AUTHOR:

BARGE, HERMANN

TITLE:

DIE VERHANDLUNGEN ZU LINZ UND PASSAU...

PLACE:

STRALSUND

DATE:

1893

Master Negative #

92-80671-11

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DEPARTMENT

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

Original Material as Filmed - Existing Bibliographic Record

```
BKS/SAVE  Books       FUL/BIB   NYCG92-B38190        Acq Maintenance  NYCG-NEH
FIN ID NYCG92-B38190 - Record 1 of 1 - SAVE record
+
  ID:NYCG92-B38190            RTYP:a    ST:s    FRN:   MS:   EL:      AD:06-18-92
  CC:9668  BLT:am      DCF:?  CSC:?   MOD:    SNR:       ATC:         UD:06-22-92
  CP:gw      L:ger     INT:?  GPC:?   BIO:?   FIC:?      CON:???
  PC:s       PD:1893/         REP:?   CPI:?   FSI:?      ILC:????    II:?
  MMD:       OR:    POL:     DM:     RR:      COL:       EML:        GEN:   BSE:
  040     NNC‡cNNC
  100 1   Barge, Hermann.
  245 14  Die verhandlungen zu Linz und Passau und der vertrag von Passau im jah
       re 1552‡h[microform]‡cvon Hermann Barge Dr. Phil.
  260     Stralsund,‡bVerlag von Karl Meincke's Buchhandlung (E.Warnke),‡c1893.
  300     161 p.
  LDG     ORIG
  QD      06-18-92
```

F

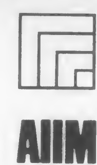
TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11X

IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 8-11-92 INITIALS SA

FILMED BY: RESEARCH PUBLICATIONS, INC WOODBRIDGE, CT

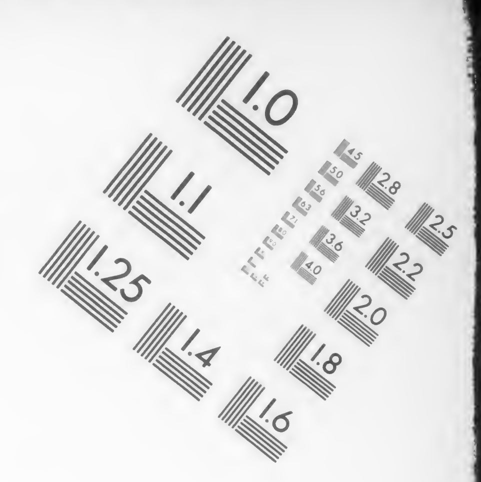


AIIM

Association for Information and Image Management

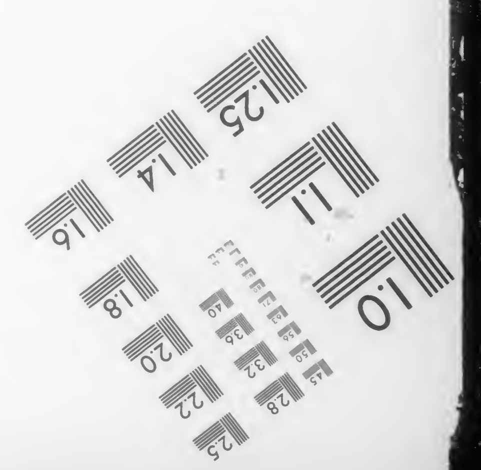
1100 Wayne Avenue, Suite 1100
Silver Spring, Maryland 20910

301/587-8202



Centimeter

Inches



Herrn Geheimrat von Miaskowski in größter Hochachtung der Verfasser. April 1893.

DIE

VERHANDLUNGEN ZU LINZ UND PASSAU

UND DER

VERTRAG VON PASSAU IM JAHRE 1552.

VON

HERMANN BARGE
DR. PHIL.

STRALSUND.
VERLAG VON KARL MEINCKE'S BUCHHANDLUNG (E. WARNKE).
1893.

Dem Andenken

Wilhelm Maurenbrechers.

Einleitung.

Die völlige Niederlage der Protestanten im schmalkaldischen Kriege hatte für Karl V. den Ausgangspunkt einer im grossen Stile angelegten Umwandlung der Zustände im gesamten Deutschland gebildet. Von politischen und religiösen Tendenzen war dabei sein Handeln in den Jahren nach dem Kriege in gleicher Weise erfüllt, sie schienen ihm beide untrennbar von einander zu sein. Denn nur wenn es ihm gelang, eine starke politische Regierungsgewalt aufzurichten, glaubte er auf eine erfolgreiche Durchführung seiner kirchlichen Massnahmen rechnen zu können. Dabei aber war vorauszusehen, dass er in Gegensatz zu sämtlichen Reichsständen geraten würde: der protestantischen natürlich, die sich dagegen sträuben mussten, dass sie an Stelle ihres evangelischen Bekenntnisses eine fast in allen ihren Teilen katholische Glaubensformel — das Augsburger Interim — annehmen sollten. Doch auch bei den katholischen Ständen konnte eine Entfremdung gegenüber dem Kaiser nicht ausbleiben. Die auf eine Einschränkung der ständischen Libertät, auf eine Stärkung der Centralgewalt abzielenden politischen Reformen Karls waren ihnen nicht minder widerwärtig, wie den Protestanten.

Daran freilich, dass diese allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck in einer ständischen Erhebung gegen den Kaiser käme, war zunächst nicht zu denken. Einmal hegte man begründete Furcht vor der Macht Karls. Sodann waren die Stände unter einander einig doch nur in der Opposition gegen den Kaiser. Sowie man zur Aufstellung positiver Forderungen schritt, gingen die Wünsche der verschiedenen Stände weit auseinander.

Frühzeitig finden wir allerdings schon Ansätze zu einem Karl feindlich gesinnten Fürstenbunde.[1]) Nach einem vorübergehenden in den Anfang des Jahres 1548 fallenden Versuche des Herzogs Otto von Braunschweig, einen solchen Bund zu stande zu bringen,[2]) suchte der Markgraf Johann von Küstrin — der im schmalkaldischen Kriege an der Seite Karls eben noch gegen seine protestantischen Glaubensgenossen zu Felde gezogen war — die Elemente der Opposition gegen den Kaiser um sich zu scharen. Es gelang ihm, den Herzog Albrecht von Preussen und einige Zeit darauf auch den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg auf seine Seite zu bringen. Beweggründe religiöser Natur hatten diesen Bund ins Leben gerufen und durchaus religiöser Natur waren die Ziele, die er verfolgte. Die Fürsten wollen sich gegen jeden Gewissenszwang, der ihnen vom Kaiser droht, wehren, sie wollen kämpfen und sterben für ihren protestantischen Glauben. Dagegen lag eine Erschütterung der politischen Machtstellung des Kaisers nicht in ihrer Absicht. Sie versuchten auch mit auswärtigen Mächten — mit Frankreich, England, Dänemark, Polen — Verbindungen anzuknüpfen und von ihnen für den Fall, dass sie von Karl mit Krieg überzogen würden, Hülfe zu erlangen. Aber nirgends hatten diese Bemühungen dauernden Erfolg. Auch innerhalb Deutschlands wollte der Fürstenbund nicht zu rechter Blüte gedeihen. Er blieb, solange Markgraf Johann sein Leiter war, auf jene 3 Territorialfürsten beschränkt.

Ein wesentlicher Fortschritt erfolgte erst, als der Kurfürst Moritz von Sachsen dem Fürstenbunde beitrat.[3]) Verschiedener Natur waren die Momente, die Moritz hierzu bewogen. Gründe persönlicher Art wirkten dabei zusammen mit allgemeinen poli-

1) Vergl. darüber Joh. Voigt, der Fürstenbund gegen Kaiser Karl V. in Raumers hist. Taschenbuch 1857 p. 1—194. Ferner H. Kiewning, Herz. Albrechts v. Preussen und Markgraf Johanns von Brandenburg Anteil am Fürstenbunde gegen Karl V. 1547—50 in der Altpreuss. Monatsschrift XXVII. 1889 p. 615 ff.

2) Darüber Voigt p. 19—21.

3) Es geschah um die Jahreswende von 1550/51. Vergl. über das folgende S. Issleib, Moritz von Sachsen gegen Karl V. bis zum Kriegszuge 1552 im Neuen Sächsischen Archiv VI, p. 210—250.

tischen Erwägungen: die Gefangenhaltung seines Schwiegervaters, des Landgrafen Philipp von Hessen, die nach Moritzens Ansicht gegen die in Halle im Jahre 1547 geschlossne Capitulation verstiess;[1]) das rücksichtslose Vorgehen des Kaisers in der Interims- und Successionsfrage;[2]) das Bestreben Moritzens, sich aus den Banden, mit denen er seit dem schmalkaldischen Kriege an die Politik Karls V. gefesselt war, freizumachen. Wiewohl der Kurfürst anfangs, bis er festen Fuss gefasst hatte, dem Markgrafen Johann von Küstrin in seinen Wünschen entgegenkam,[3]) verstand er es doch bald, den Bestrebungen des Bundes den Stempel seines Geistes aufzudrücken. Er war sich von vornherein darüber klar, dass man mit dem Vorsatze, für seinen evangelischen Glauben in den Tod zu gehen, allein nicht zum Ziele kommen werde. Wenn anders man mit Erfolg gegen Karls Übergriffe in Deutschland einschreiten wollte, musste der Bund eine breitere Basis erhalten, als er bisher besessen hatte. Es galt, nicht einseitig religiöse Ziele zu verfolgen, sondern der Bewegung zugleich einen politischen Charakter zu verleihen; es galt, eine Verbindung mit auswärtigen politischen Mächten anzustreben, die, mochten auch ihre Bestrebungen nichts mit denen des Fürstenbundes gemein haben, doch mit ihm einig waren im Widerstande gegen den Kaiser; es galt vor allem unter genauer Erwägung der politischen Chancen in kühner Offensive der Macht Karls einen Stoss zu versetzen und nicht erst abzuwarten, bis er, wohl gerüstet, zum zweiten Male gegen die Protestanten ins Feld zöge.

Dies Programm hat Moritz seit der Zeit seines Eintritts in den Fürstenbund rücksichtslos und consequent durchzuführen gesucht. Er that dies von vornherein in der Voraussicht, dass er durch sein Vorgehen schlimmen Anstoss besonders bei dem politisch beschränkten Markgrafen Johann erregen würde. Aber er liess sich dadurch nicht einschüchtern. Als ein bei den

1) Vergl. darüber S. Issleib im N. Sächs. Arch. XI., p. 177—244.

2) Vergl. Maurenbrecher, Beiträge zur Geschichte Maximilians II. 1548—52 in Sybels Hist. Zschrft. XXXII., p. 238/39 u. p. 242.

3) Noch am 20. Februar willigt Moritz darein, dass das Bündnis ein Defensiv-Bündnis sein solle. Vergl. A. von Druffel, Beiträge zur Reichsgeschichte I., Nr. 586.

Lochauer Verhandlungen zwischen den beiden Fürsten ausgebrochener Streit den Austritt des Markgrafen aus dem Bunde veranlasste, war dies dem Kurfürsten nur genehm, da er nun volle Actionsfreiheit erhielt.[1])

Ein Jahr nach dem Eintritt Moritzens in den Fürstenbund hatte derselbe ein völlig andres Aussehen erhalten, als er vorher besass. Von seinen ursprünglichen Mitgliedern gehörte ihm nur noch der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg an: Markgraf Johann hatte sich grollend von ihm zurückgezogen, ihm war der Herzog Albrecht von Preussen gefolgt. Diese Verluste aber wurden völlig aufgewogen durch den Gewinn der Bundesgenossenschaft einer europäischen Grossmacht: mit Frankreich war nach langwierigen Verhandlungen[2]) am 15. Januar 1552 zu Chambord ein Vertrag geschlossen, nach welchem sich der französische König Heinrich II. verpflichtete, den Bundesfürsten eine namhafte Geldsumme monatlich zu erlegen[3]) und mit einem stattlichen Heere an der lothringisch-deutschen Grenze zu gleicher Zeit, wie die Bundesfürsten in Oberdeutschland gegen Karl zu Felde zu ziehen. Nicht ohne grosse Gegenleistungen hatte sich Heinrich zu diesen Opfern verstanden: die bisher zum Reiche gehörigen Bistümer Metz, Toul, Verdun und Chambray erhielt er als Preis für seine Hülfe zugesagt. Es hatten sich, um das Reich vor ferneren Gewaltacten seitens seines spanischen Kaisers zu schützen, die Bundesfürsten gezwungen gesehen, Reichsgebiet an den französischen König abzutreten — freilich waren es eben die Gebietsteile, die bei der romanischen Nationalität ihrer Bewohner von jeher nur lose Glieder des deutschen Reiches gebildet hatten.

Innerhalb Deutschlands war der Landgraf Wilhelm von Hessen, welcher durch einen Krieg gegen Karl die Befreiung seines gefangenen Vaters zu erringen hoffte, dem Bunde bei-

---

1) Vergl. über den Streit zwischen Moritz und Markgraf Hans in Lochau Druffel III., p. 264—275.

2) Über dieselben giebt Schlomka, Kurfürst Moritz und Heinrich II. v. Frankreich Hall. Diss. 1884 eine auf Druffel I. beruhende Zusammenstellung.

3) Für die ersten 3 Monate 240000 Goldgulden auf einmal, dann für jeden weiteren Monat 70000 Goldgulden. Druffel III., p. 342/43.

getreten. Schliesslich hatte Kurfürst Moritz noch den Markgrafen Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach — einen bei seiner Beliebtheit unter den Söldnern schwer entbehrlichen Bundesgenossen — zu dem Versprechen vermocht, in dem kommenden Kriege den Bundesfürsten mit einer namhaften Truppenzahl Zuzug zu leisten.

Nach dem Vertrage von Chambord gab es im einzelnen noch manche Differenzen zwischen den Bundesfürsten und Frankreich beizulegen. Dem Kurfürsten Moritz musste daran liegen, jede Einmischung des französischen Königs in die inneren Angelegenheiten des Bundes und jede Beeinträchtigung der Freiheit seines Handels entschieden von der Hand zu weisen. Heinrich dagegen war bestrebt, dauernden Einfluss auf die Bundesfürsten zu gewinnen und sie nach seinem Gutdünken zu lenken. In der Schlussverhandlung, welche im Febr. d. J. 1552 zu Friedewalde zwischen den Bundesfürsten und dem Abgesandten des französischen Königs, de Fresse, Bischof von Bayonne, stattfand, trat der letztere den verbündeten Fürsten am 11. Februar mit der Forderung entgegen, sie sollten in das Ausschreiben, welches sie an die deutsche Nation erlassen würden, die Zusicherung aufnehmen, keinem Reichsstande und insbesondere nicht „den Ehrwürdigsten Prälaten, Äbten und andern geistlichen Personen und Ständen,“ welche sie alle „in ihren Schutz und Schirm aufgenommen haben wöllen und hiermit aufnehmen,“ den geringsten Schaden zuzufügen.[1]) Die Forderung war für die Fürsten durchaus unannehmbar. Wie hätten sie, die bei ihrem Unternehmen gegen den Kaiser sehr wesentlich auf die evangelischen Sympathieen des Volkes und der protestantischen Fürsten rechneten und nachmals oft ausdrücklich an die evangelische Gesinnung derselben appellierten,[2]) in ihrem Ausschreiben energisch für die verhassten Prälaten eintreten sollen? Damit hätten sie in ihr eignes Fleisch geschnitten und selbst

---

1) Vergl. C. A. Cornelius, Zur Erläuterung der Politik des Churf. Moritz von Sachsen im Münchner hist. Jahrbuch 1866 p. 273/74.

2) Vergl. Hortleder II., p. 1313-14. Druffel II. Nr. 1389. 1468. 1511. Buchholz, Geschichte der Regierung Ferdinand des Ersten IX, 533.

nach Kräften dazu beigetragen, ihr Unternehmen unpopulär zu machen.[1])

Es entspann sich hierüber ein hitziger Streit zwischen den Fürsten und de Fresse. Schliesslich gelangte man zur Einigung: die Bundesfürsten setzten durch, dass ihnen die Einfügung jener vom französischen Könige geforderten Klausel in ihr Ausschreiben erspart bliebe.[2])

Nach dem Abschiede von Friedewalde[3]) wurden die Kriegsrüstungen beschleunigt. Allenthalben sammelten sich die Fähnlein der Kriegsknechte. Die Fürsten benachrichtigten einander von dem Stande der Rüstungen und verabredeten die Marschroute, die sie einschlagen würden, die Orte, an denen sich die verschiedenen Aufgebote vereinigen sollten. Der Ausbruch des Krieges stand unmittelbar bevor.

1) Daraus, dass sich die protestantischen Fürsten weigerten, „die Ehrwürdigsten Prälaten und Äbte" in ihren besonderen Schutz zu nehmen, zieht Cornelius a. a. O. mit apodiktischer Zuversichtlichkeit den Schluss: diese Weigerung bewiese deutlich, dass es den Bundesfürsten bei ihrem Kriegszuge lediglich auf eine Säkularisation des geistlichen Besitzes angekommen wäre. Dasselbe behaupten, Cornelius gedankenlos ausschreibend, die übrigen ultramontanen Geschichtsschreiber, so Schönherr p. 201, Pastor, die kirchlichen Reunionsbestrebungen p. 429, Janssen III., p. 657—58. Auch Egelhaaf, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert etc. II., p. 560 (1892) hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Diese Schlussfolgerung ist willkürlich und unrichtig. Direct widerlegt wird sie durch zwei im Dresdener Archiv befindliche Urkunden aus der Zeit gleich nach dem Beginne des Krieges. In der einen (Reg. III. 66 f. 164b No. 16 Bl. 229) verspricht Landgr. Wilhelm am 26. März 1552 dem Bischof von Würzburg gegen geringe Leistungen möglichste Schonung seines Landes: „Wir wollen auch für uns und alle unsere Bundesverwandten uf solche bescheene und bewilligte erclerung und Obligation gedachts unsers Herrn und Freundes des Bischofs von Würzburg und soferne derselben, wie wir nicht zweifeln, allenthalben nachgesetzt wirt, daran sonders ernstes und vleis sein, das S. L. und das Stift Wirtzburg sampt iren Underthanen geistlichs und weltlichs standes mit Plunderung, verherung und sonst durch unser Kriegsvolk nicht beschedigt, sondern sovil muglich und menschlich ist, wie unsere eigene underthanen verschont sollen werden." In der 2. Urkunde vom 6. April (ib. Bl. 232) verspricht Moritz dem Bischof von Bamberg das Gleiche. Er fordert dafür von ihm 12 000 Gulden und verspricht dem Bischof, diese geringe Summe innerhalb 3 Jahren zurückzuerstatten.

2) Dagegen findet sie sich in ihrem ersten Teile in dem Ausschreiben des Königs v. Frankreich bei Hortleder II., p. 1293.

3) Bei Druffel III., p. 350.

I. Abschnitt.

Der Kriegszug der Bundesfürsten und die Verhandlungen des Kurfürsten Moritz mit König Ferdinand bis zum Beginne des Passauer Tages.

1. Kapitel.

Die Ereignisse bis zur Zusammenkunft in Linz.

Die Bundesfürsten hatten ihre Absichten nach Möglichkeit vor den Augen ihrer Gegner zu verhüllen gesucht. In der Correspondenz, die sie unter einander und mit dem französischen Könige führten, bedienten sie sich einer für den Nichteingeweihten schwer verständlichen Sprache; die Gesandtschaften, welche zwischen den einzelnen Fürstenhöfen gewechselt wurden, gingen in grösster Heimlichkeit vor sich. Gleichwohl waren verhältnismässig früh das Bestehen des Bundes, seine Beziehungen zu Frankreich, seine feindlichen Absichten gegen den Kaiser bekannt geworden.

Schon Anfang Oktober d. J. 1551 hatte die Königin Maria, die Statthalterin der Niederlande, die Grösse der Karl drohenden Gefahr völlig erkannt. Am 5. Oktober schrieb sie an den Kaiser[1]): alle Welt wisse, dass Moritz mit Frankreich und den Verbündeten des Landgrafen von Hessen, sowie mit den Hansestädten im Bunde stände, und forderte Karl auf, durch energische Massregeln den verbündeten Fürsten entgegenzuarbeiten. Kurze Zeit darauf wurde Karl auch von seinem Bruder Ferdinand in dringender Form vor den Praktiken des sächsischen Kurfürsten und der Franzosen gewarnt.[2]) Karl schenkte diesen

1) Lanz, Korrespondenz Karls V. III., p. 78.

2) Schreiben Ferdinands an Karl vom 5. Nov. 1551 bei Druffel I. Nr. 801, übersetzt bei Buchholz VII., 23. Minder bestimmt lautet Ferdinands Ansicht, besonders bez. Moritzens, in dem Schreiben an Karl vom 2. Dec. 1551 bei Lanz III., 85/86, mit dem er Karls Schreiben vom 24. November bei Druffel I. 825 beantwortet.

Warnungen nicht die gebührende Beachtung: gerade er, gegen den der Fürstenbund gerichtet war, vermochte nicht an das Bestehen desselben zu glauben. In dem Gefühl seiner Sicherheit wurde er noch bestärkt durch seinen Minister Granvella.[1]) Nicht als ob des Kaisers Urteil durch eine besondere Zuneigung zu dem Kurfürsten Moritz verblendet worden wäre[2]): schon längst hatte er ihn als einen ehrgeizigen Fürsten erkannt, der nicht gewillt war, sich als Werkzeug der kaiserlichen Politik gebrauchen zu lassen. Aber er unterschätzte die politischen Fähigkeiten Moritzens, er traute ihm nicht den Wagemut zu, sich gegen ihn, den gefürchteten Kaiser, in eine Verschwörung einzulassen. Nur selten hielt es Karl für der Mühe wert, auf die ihm von seiten der Königin Maria mit steigender Dringlichkeit zugesandten Mahnungen[3]) persönlich zu antworten. Granvella fand in seinen an die Königin Maria gerichteten Briefen stets neue Erklärungen, die das Haltlose der Gerüchte über die Existenz eines Fürstenbundes darthun sollten: diese Gerüchte würden wohl — das sei Karls Ansicht — ausgehen von den Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg, die dadurch den Kaiser zur Freilassung des Landgrafen Philipp von Hessen drängen wollten, oder von den Söldnern, die gewöhnlich in aufgeregten Zeiten oder um für den Sommer beschäftigt zu werden, derartige Reden ausstreuen;[4]) er sähe nicht ein, warum man rüsten solle, ohne zu wissen, gegen wen; denn, was den Kurfürsten Moritz betreffe, so wären weder seine an Karl gerichteten Briefe, noch sein sonstiges Verhalten darnach angethan, Misstrauen gegen ihn zu erwecken.[5])

1) Granvella hat — zum Unglück für Karl — mit seltener Hartnäckigkeit das Vorhandensein einer Fürstenverschwörung geläugnet. Noch am 24. Jan. 1552 schreibt er an den Präsidenten Viglius: je voys que l'on commence a me lapider pour ce que je ne veulx avoir peur, en quoy il me semble que l'on me faict grand tort. Druffel II. p. 54.

2) Diese Legende weist Maurenbrecher Karl V. und die deutschen Protestanten p. 292 zurück. Vergl. ferner Syb. Hist. Zeitschrift XVII. p. 150.

3) Vergl. Druffel II. Nr. 894. 923. 947. 964. 976. 977. 1008.

4) Schreiben Granvellas an Maria vom 23. Nov. 1551 Druffel I. Nr. 821.

5) Granvella an Präsident Viglius vom 24. Jan. 1552 bei Druffel II. Nr. 933 p. 55. — Vergl. ferner Karls Äusserung in dem Schreiben an Ferdinand vom 24. Nov. 1551 Druffel I. Nr. 825 p. 828: et quant a moy, treuveroy fort estrange que ledit duc Mauris oblya tant ce qu' ay fait pour luy qu' il preste l'oreille à practiques Françoises. Ferner das Schreiben Karls an die Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier vom 3. Jan. 1552 bei Sleidan (Frankfurter Ausgabe von 1786) III, 302 (dazu Druffel II Nr. 871). — Interessant ist sodann Karls Äusserung in seiner Instruction für Juan Manrique de Lara vom 28. März bei Döllinger, Dokumente zur Geschichte Karls V., Philipps II. und ihrer Zeit p. 183: Puesto que en aquella sazon teniamos aviso de algunos ministros y aficionados vestros que se sospechaba traian platicas y comunicaciones el (= Moritz) y el Marques Alverto de Brandemburg con el Rey de Francia y otros Principes del Imperio nunca por entonces nos pudimos persuadir a que tubiese fundamento, paresciendonos que no tenian causa ni razon antes muy particular obligacion de servirnos y seguirnos por el mucho honor y beneficio que de nos han recibido.

Bis in das Jahr 1552 hinein gab sich Karl dieser Täuschung hin. Der Schleier lüftete sich ihm erst, als die gegen ihn gerichtete Fürstenverschwörung in ihren Keimen nicht mehr zu ersticken war. Wir sind in der Lage, mit ziemlicher Genauigkeit den Zeitpunkt festzustellen, an welchem Karl die letzten Zweifel bezüglich der feindseligen Absichten des Kurfürsten Moritz und seiner Verbündeten fallen liess: es geschah in den letzten Tagen des Monats Februar oder den ersten des Monats März. Am 24. Februar erwartete Karl noch, dass Kurfürst Moritz seinem Versprechen gemäss nach Innsbruck kommen werde, um mit ihm über die Freilassung des Landgrafen Philipp von Hessen zu verhandeln und ist der Meinung, dass die ihm gemeldeten Praktiken nichts zu bedeuten hätten.[1]) Am 26. Februar erscheinen ihm die Nachrichten über die Unruhen in Deutschland[2]) noch nicht klar und bestimmt genug, als dass er entschiedene Massregeln zur Bekämpfung der vermeintlichen Rebellen ergreifen könne. Aber schon vernehmen wir aus einem Schreiben Granvellas an Maria vom gleichen Datum, wie es in seinem Innern kocht und gährt, wie er die Wucht der kommenden Gefahr zu ahnen beginnt.[3]) Völlige Mutlosigkeit, begleitet

1) Karl an Maria 24. Febr. Druffel II., Nr. 1012 p. 150: et est vraysemblable qu' ils ne mouvront riens, que ledit duc Maurits ne soit avec eulx.

2) . . . . mouvements que l'on doubtoit du coustel de la Germanie. Druffel II. Nr. 1020.

3) Druffel II. Nr. 1022.

von Ausfällen des Ärgers und Ingrimms, bildet den Grundzug der damaligen Stimmung des Kaisers. Am 3. März endlich hat Karl die Sachlage vollkommen erkannt[1]): er sieht ein, dass er sich einer von langer Hand her vorbereiteten Fürstenverschwörung gegenüber befindet, dass an ein Kommen Moritzens nach Innsbruck kaum mehr zu denken ist, dass der französische König mit den deutschen Fürsten im Bunde stehe.[2])

Die Lage Kaiser Karls war in diesen Tagen eine höchst bedenkliche. Schon seit dem Ende des vorigen Jahres befand er sich in chronischer Finanznot;[3]) seine Soldaten standen unter Gonzagas Führung sämtlich in Oberitalien, wo sie mit den Franzosen Krieg führten;[4]) nirgends hatte sich Karl von den Ständen des Reichs Zusicherungen für den Fall eines kommenden Krieges geben lassen, da er an die Möglichkeit eines solchen bis zu diesem Augenblicke selbst nicht geglaubt hatte.

Unter diesen Umständen hielt es Karl für das geratenste, so schnell als möglich sich mit den Gegnern in Unterhandlungen einzulassen, noch ehe der Ausbruch des Krieges erfolgt wäre.[5]) Zu dem Zwecke fertigte er am 3. März den Herrn von Rye zu seinem Bruder Ferdinand ab.[6]) Die geheime Instruction, die der Kaiser seinem Gesandten mit-

---

1) Vielleicht hatten dazu die Benachrichtigungen, die ihm der päpstliche Gesandte an seinem Hofe gab, mit beigetragen. Vergl. Instr. für Manrique v. 28. März. Döllinger p. 184.

2) Vergl. Karls Instruction für Rye an Ferdinand bei Lanz III., 99. Diese Instruction übersieht D. Schönherr, der Einfall des Churfürsten Moritz von Sachsen in Tyrol 1552. Archiv für Geschichte Tyrols IV. 1868 p. 238, wenn er behauptet, Aufang März habe man in Innsbruck von den Praktiken Moritzens noch nichts gehört oder doch nicht an sie geglaubt.

3) Karl klagt Maria gegenüber öfters über seine gänzliche Mittellosigkeit, desgl. Granvella. Vergl. Druffel I. Nr. 813., II. Nr. 1022.

4) Vergl. Maurenbrecher p. 286.

5) Vergl. Karls Instruction für Manrique bei Döllinger p. 185: Y aunque importara mocho haberlo hecho para romperles con tiempo sus designios e intelligencias, por no tener dinero ni haberle podido hallar entre los mercaderes . . . no se ha puesto en efecto y la cosa ha llegado a terminos que se ha mirado y platicado en lo que debiamos hacer.

6) Instruction Karls an Rye bei Lanz III p. 98—106, sowie die geheime p. 107/8. Vergl. die Correcturen bei Druffel II. Nr. 1053 Note 2.

gab, zeigt deutlich, dass er von tiefem Misstrauen gegen Ferdinand erfüllt war.[1]) Nur ganz im allgemeinen habe ihn dieser von den drohenden Unruhen in Deutschland unterrichtet, kein Wort des Beileides habe er dazu gesagt, keine Hülfe ihm angeboten, keinen Ratschlag erteilt. Wenn sich Karl gleichwohl dazu entschloss, die Vermittlung seines Bruders anzurufen, so that er dies zum guten Teil eben aus dem Grunde, weil nach seiner Ansicht Ferdinand in freundschaftlichen Beziehungen zu den aufrührerischen Bundesfürsten stand und deshalb für ihn von diesen günstigere Bedingungen auswirken konnte, als wenn er selbst mit ihnen in Unterhandlung getreten wäre. Das letztere erachtete er ausserdem als seiner Würde nicht entsprechend.[2]) Der Kaiser trug seinem Gesandten Rye auf, Ferdinand zu bitten, er möge eine Vertrauensperson zu den verbündeten Fürsten schicken, die in Ferdinands Namen mit ihnen Verhandlungen anknüpfen, sie beruhigen und ihnen die Concession, die Karl machen werde, mitteilen solle. Die letztere freilich beweist, wie wenig Karl den innersten Kern der Fürstenverschwörung erkannt hatte. Er giebt sich noch jetzt dem Glauben hin: er könne den Aufstand beilegen, wenn er dem Landgrafen Philipp die Freiheit schenke. Dazu ist er unter dem Drange der jetzigen Not bereit, wiewohl er noch am 25. Februar an Ferdinand geschrieben hatte, falls etwa Moritz die Befreiung des Landgrafen mit Gewalt ertrotzen wollte, würde er dem Landgrafen den Kopf abschneiden lassen.[3])

---

1) Trotzdem dass Karl sagt (Lanz III., 107), er befinde sich en quelque scrupule que le dict seigneur roy pourroit avoir quelque secrete asseurance des auteurs de cette conspiracion behauptet Gerhard Fischer, die pers. Stellung und pol. Lage Ferdinands I. vor und während der Passauer Verhandlungen des J. 1552 (Königsb. Diss. 1891) p. 17: in jener Zeit könne von gar keiner Verstimmung Karls gegen Ferdinand die Rede sein. Überhaupt sind die Resultate dieser unkritischen, dürftigen Arbeit in jeder Beziehung unhaltbar.

2) Lanz III., 101.

3) S. Druffel II., Nr. 1022, p. 165. Druffel II., Nr. 1088 sagt, er hielte es für unwahrscheinlich, dass Karl, „dessen Kundgebungen stets die Befreiung des Landgrafen in Aussicht stellten“, eine von Christof von Strassen dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg berichtete Aeusserung Karls, er werde im Falle eines Krieges den Landgrafen töten, gethan habe.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als Rye zu Ferdinand abgefertigt wurde, trat der kaiserliche Hof auch direct mit dem Kurfürsten Moritz und seinen Räten Carlowitz und Mordeisen in Verbindung. An die letzteren schrieb Granvella,[1]) Moritz möge ja sein Versprechen einlösen und nach Innsbruck kommen. Die Befreiung des Landgrafen wird von Granvella für den Fall, dass Moritz in Innsbruck erschiene, in sichere Aussicht gestellt. Am 8. März schrieb Karl an Moritz einen Brief ähnlichen Inhalts.[2]) Der ausserordentlich entgegenkommende Ton, in dem diese Schreiben gehalten sind, beweist uns die Notlage des Kaisers vielleicht deutlicher, als die langen Declamationen, in denen er gegenüber der Königin Maria und seinem Bruder Ferdinand über seine völlige Hülflosigkeit klagt.

Karl gab damals die Hoffnung noch nicht ganz auf, durch ein Entgegenkommen in der Frage der Freilassung des Landgrafen den Ausbruch des Krieges zu verhindern.[3]) Aber so gross war doch seine Sorglosigkeit nicht mehr, dass er nicht auch die Möglichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen in Betracht gezogen und für den Fall, dass dies eintreten sollte, schon jetzt seine Gegenmassregeln getroffen hätte. Bei der Mittellosigkeit des Kaisers war es für ihn, sofern er den Kriegsfürsten energisch entgegentreten wollte, eine notwendige Voraussetzung, dass er bei den geistlichen und weltlichen Ständen des Reiches Rückhalt und Untersützung fand. Ihre Stimmung zu erkunden und sie um Hülfe anzugehen, schickte er verschiedene seiner Räte an die Höfe der einflussreichsten deutschen

---

Druffel übersieht dabei die von ihm Nr. 1022 gedruckte Stelle. — Der Entschluss Karls, den Landgrafen Philipp freizulassen, erfolgte erst jetzt, als der Krieg der Bundesfürsten ihn zu überraschen drohte. Indem Janssen III, 673/74 behauptet, Karl sei von vornherein zur Freilassung des Landgrafen entschlossen gewesen, ignoriert er zwei ausdrücklich gegen diese Ansicht sprechende Stellen bei Druffel I. Nr. 821 p. 819 und Nr. 825 p. 828.

1) Schreiben vom 3. März Druffel II., 1053 und vom 4. März Lanz III., p. 109.

2) Bei v. Langenn, Kurfürst Moritz II., 335. Damit beantwortet Karl ein Schreiben Moritzens an ihn vom 1. März bei Hortleder II., 1283.

3) Vergl. besonders sein Schreiben an Ferdinand vom 11. März bei Druffel II. Nr. 1097 p. 225: Je présuppose que ses conseillers l'ont (= Moritz) adoulcy.

Landesfürsten ab.[1]) Zugleich befahl er einer Anzahl von Hauptleuten der Infanterie und Cavallerie, Truppen in Bereitschaft zu halten, die jeden Augenblick losschlagen könnten[2]) und gab seinem Bruder Ferdinand in einem Schreiben vom 11. März den Auftrag, wenn möglich, den Markgrafen Albrecht-Alcibiades und den Markgrafen Hans von Küstrin durch Geldversprechungen auf die kaiserliche Seite zu ziehen.[3])

Ferdinand ging auf das Ansuchen des Kaisers, Unterhandlungen mit den aufständischen Fürsten anzuknüpfen, sofort bereitwillig ein. Schon seit dem ersten Auftauchen von Gerüchten über die Fürstenverschwörung hatte er mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, der ihm durch die Interessen seiner Hauspolitik geboten schien: nach Kräften dem Ausbruch eines Krieges vorzubeugen, den Frieden zu erhalten um jeden Preis. Wiederholt war Ferdinand mit dem Kurfürsten Moritz direct in Verbindung getreten und hatte ihn in dringendster Form beschworen, seine kriegerischen Absichten fallen zu lassen.[4]) Noch kurz vor der Ankunft Ryes hatte er am 4. März, ohne von Karl dazu beauftragt zu sein, den Grafen Albrecht Schlick und Otto von Neideck zu Moritz abgefertigt und ihm durch diese vorstellen lassen, die Rüstungen abzustellen und sich zum Kaiser zu begeben. Dieser würde ohne Zweifel sich gnädig erweisen und den Landgrafen freilassen.[5]) Auch läge eine Vergewaltigung der Protestanten um ihrer Religion willen weder in seiner noch in Karls Absicht.[6]) Jetzt, nachdem Karl selbst die Anregung gegeben, mit den Bundesfürsten Unterhandlungen anzuknüpfen, nachdem er mit ausdrücklichen Worten die Freilassung des Landgrafen zugesagt hatte, konnte Ferdinand mit grösserem Nachdruck seine auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen fortsetzen.

---

1) S. Druffel II., Nr. 1097.

2) Karls Instruction für Manrique, Döllinger p. 185.

3) Druffel II., Nr. 1097.

4) Vergl. bes. sein Schreiben vom 12. Febr. bei Druffel II., Nr. 982.

5) Vergl. darüber S. Issleib, Moritz von Sachsen gegen Karl V. 1552 im Neuen Sächsischen Archiv VII., p. 4. 9. Druffel II. 1056.

6) Ferdinand an Schlick 5. März. Druffel II. Nr. 1060.

Am 10. März schrieb Ferdinand von Pressburg aus an den Grosskanzler von Böhmen, den Grafen Heinrich von Plauen, er möge sich eiligst zu Moritz verfügen, ihm die Anerbietungen des Kaisers mitteilen und mit ihm eine Malstatt verabreden, an der sich beide Fürsten — Moritz und Ferdinand — zum Zwecke von Friedensverhandlungen treffen könnten.[1]) Der Grosskanzler erhielt diesen Brief am 13. März in Prag. Sofort trat er die Reise zu Moritz an, traf am 15. März in Dresden ein, nahm hier mit den Räten des Kurfürsten Rücksprache und eilte von da aus nach Leipzig, wo er am 16. März anlangte. Kurze Zeit vorher war auch Moritz von Torgau nach Leipzig gekommen.[2])

In Torgau hatte der sächsische Kurfürst mit seinen Landständen, von denen er die Bewilligung der zum Feldzuge notwendigen Geldmittel forderte, eine erbitterte Fehde zu führen gehabt.[3]) Seitdem Moritz im schmalkaldischen Kriege an der Seite des Kaisers gegen die protestantischen Glaubensgenossen gekämpft hatte, war das Verhältnis zwischen ihm und den sächsischen Ständen stets ein unerquickliches gewesen. Misstrauisch waren die letzteren ihrem Fürsten in der Frage des Interims gegenübergetreten, misstrauisch betrachteten sie auch jetzt seine gegen den Kaiser gerichteten Kriegsrüstungen. Mochten sie sich von einem Kriege Moritzens gegen Karl keinen Erfolg versprechen, mochten sie eine Stärkung der landesherrlichen Gewalt zu Ungunsten der ständischen befürchten, in dem Falle, dass Moritz als Sieger aus dem Feldzuge heimkehrte: sie hatten auf die Forderungen des Kurfürsten mit entschiedener Weigerung geantwortet. Aber kühn hatte er sich über diesen Widerspruch hinweggesetzt. Die Stände hatten ihn gemahnt, in der Frage des gefangenen Landgrafen von Hessen nur Hand in Hand mit dem brandenburgischen Kurfürsten zu gehen, be-

1) Druffel II. Nr. 1091. — Heinrich von Plauen war über die Pläne der Bundesfürsten sehr gut unterrichtet und hatte schon seit Ende 1551 Ferdinand wiederholt Nachrichten über den Fürstenbund zukommen lassen. Vergl. B. Schmidt, Burggraf Heinrich IV. zu Meissen etc. Gera 1888. p. 273—282.

2) S. Issleib p. 13.

3) Die Acten der Torgauer Verhandlung bei Hortleder II., 1280—1288. Issleib p. 3—10.

sonders sich mit dem jungen hessischen Landgrafen nicht einzulassen und ja nicht durch Krieg oder Gewaltthätigkeit die Befreiung des Landgrafen Philipp ertrotzen zu wollen. Er antwortete kurz: er wolle in der landgräflichen Sache handeln, wie es seine Ehre erfordere. Und wie er diese Worte auffasst, lässt ein Brief des Kurfürsten an den Landgrafen Wilhelm von Hessen vom 11. März erkennen,[1]) in dem er schrieb: Wilhelm möge mit dem Anzuge aller seiner Reiter und Reiffenbergs Regiment nicht feiern, sondern fortrücken und das Stift Würzburg, sowie den Mainpass einnehmen. Kein Zweifel konnte darüber obwalten: Moritz war festen Willens, den Krieg zu beginnen, ohne sich um den Widerspruch der Stände zu bekümmern.

Und nun liess er gleichwohl dem Grafen Heinrich von Plauen eine freundliche Aufnahme zu teil werden; er versicherte ihm lebhaft seine durchaus friedlichen Absichten, er sprach seine Freude darüber aus, dass Karl willens sei, den Landgrafen freizulassen, er sicherte zu, sich am 4. April in Linz einzufinden, um daselbst mit Ferdinand über den Abschluss des Friedens zu verhandeln. Graf Heinrich war glücklich über die Erfolge seiner Sendung. Niemand hätte geglaubt, dass er dieses erreichen würde. Er schliesse aus dem Benehmen des Kurfürsten, es werde kein Angriff geschehen, sofern das Herz nicht anders sei, als der Mund, was er doch nicht glaube.[2])

An demselben Tage, an welchem Heinrich diese Hoffnung aussprach, hatte thatsächlich der Angriff begonnen: Markgraf Albrecht hatte am 16. März Donauwörth erobert.[3]) Der eigentümliche Fall, der in den Annalen der Geschichte nur selten zu verzeichnen sein dürfte, war hier eingetreten: an demselben Tage, an welchem die ersten Vorpostengefechte stattfanden, die eine grosse, seit lange her vorbereitete kriegerische Action einleiteten, wurden auch schon Vereinbarungen zur Einleitung der Friedensprälimiarien getroffen.

1) Druffel II. Nr. 1094.

2) Heinrich an Ferd. 16. März. Druffel II. Nr. 1128.

3) Markgraf Albrecht hat am 17. März davon Moritz in Kenntnis gesetzt. Druffel II. Nr. 1131.

In sich widerspruchsvoll kann auf den ersten Blick das Verhalten des sächsischen Kurfürsten erscheinen. Aber eine eingehendere Erwägung ergiebt, dass das, was er that, nicht in zaghafter Unentschlossenheit seine Ursache hatte, sondern das Resultat einer weit ausschauenden, die Verhältnisse der Gegenwart und die Aussichten für die Zukunft weise berücksichtigenden politischen Erwägung war.

Schon seit dem Ende des Jahres 1551 war sich Moritz der Grösse der Schwierigkeiten, die einem Kriege gegen den Kaiser sich entgegentürmten, voll bewusst gewesen. Während er in der Zeit nach seinem Eintritt in den Fürstenbund stets aufs heftigste zur Action gedrängt hatte, suchte er jetzt den stürmischen Kriegseifer seiner Genossen mehr zu dämpfen, als anzufeuern. Moritz hat — bis zu dem Augenblicke, da die Ratification des Bündnisses mit Frankreich zu Chambord vollzogen war — sich immer die Möglichkeit offen gehalten, einzulenken und sich mit dem Kaiser gütlich über die streitigen Fragen zu einigen. Er versprach Karl, persönlich nach Innsbruck zu kommen und daselbst mit ihm über die Freilassung des Landgrafen zu verhandeln.[1] Noch am 7. Januar 1552 war er entschlossen, sofern die Verhandlungen mit Frankreich keine Resultate ergäben, diese Absicht auszuführen.[2] Auch jetzt glaubte er, noch nicht alle Fäden, die in Zukunft eine Verbindung zwischen dem Kaiser und den Bundesfürsten herstellen konnten, durchschneiden zu dürfen.

Verschiedener Art waren die Schwierigkeiten, die Moritz zu seinem entgegenkommenden Verhalten gegen den Grafen Heinrich von Plauen bestimmten.

Auf nur wenige Teilnehmer war ja der Fürstenbund in Deutschland beschränkt geblieben. Gerade die eifrigsten protestantischen Elemente trugen vielfach Bedenken, sich einem Bunde anzuschliessen, an dessen Spitze der Kurfürst Moritz stand, welcher durch seinen Einfall nach Kursachsen im schmalkaldischen Kriege hauptsächlich die Niederlage der Protestanten herbeigeführt hatte. Dazu lag die Gefahr nahe, dass im eignen

2) Vergl. darüber Issleib im Neuen Sächs. Archiv VI., p. 249.

3) Druffel II. Nr. 887.

Lager der Bundesfürsten Streit und Unfrieden entstand: Markgraf Albrecht-Alcibiades verfolgte von vornherein in dem Feldzuge seine eignen Ziele, die mit denen der übrigen Kriegsfürsten nichts gemein hatten; zwischen dem Herzoge Georg von Mecklenburg, der mit einer kleinen Hülfstruppe dem Bundesheere zuzog, und dessen Bruder, dem Herzoge Johann Albrecht von Mecklenburg, bestanden seit lange weitgehende Differenzen.[1]

Der geringen Zahl der Teilnehmer am Fürstenbunde stand eine Reihe von Reichsständen gegenüber, die von Anfang an auf die Seite des Kaisers traten: so Bremen,[2] so Frankfurt,[3] so der jugendliche Prinz Wilhelm von Oranien, Graf von Nassau, der mit Hessen wegen der Grafschaft Katzenellenbogen in Streit lag und durch eine energische Parteinahme für den Kaiser von diesem Förderung in der streitigen Sache erhoffte.[4]

Wenn die inneren Verhältnisse Deutschlands dem Kurfürsten Moritz eine gewisse Mässigung in seinem Vorgehen gegen den Kaiser geraten erscheinen liessen, so musste ihm die äussere politische Lage in gleichem Masse Besorgnis einflössen. Dänemark war nicht zum Anschluss an den Fürstenbund bewogen worden. In England hatte Sommerset seinen Einfluss bei dem Könige Eduard VI. für eine Unterstützung der deutschen Protestanten geltend gemacht. Aber nach seinem Sturze (Ende 1551) verlor der letztere bald jedes Interesse für den Fürstenbund: Die Erkenntnis, dass seine Tendenzen nicht, wie er anfangs gemeint hatte, ausschliesslich religiöser, sondern vorwiegend politischer Natur waren und die Kunde von der geringen Zahl seiner Teilnehmer veranlassten ihn, das Hilfegesuch der verbündeten Fürsten rundweg abzuschlagen.[5] Auch die

1) Vergl. darüber Schirrmacher, Johann Albrecht I., Herzog von Mecklenburg I., p. 173.

2) Vergl. Maria an Karl. 13. März 1552. Druffel II. Nr. 1099.

3) Vergl. Kirchner, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main II, p. 166/167.

4) Wilhelm von Oranien focht im Heere der Maria gegen die Franzosen. Vergl. Archives ou Correspondances inédites de la maison D'Orange-Nassau. ed. Prinsterer I. (2. Aufl. 1841), bes. p. 9. und Correspondance de Guillaume le Taciturne etc. ed. Gachard I, p. 1.

5) Vergl. über die Verhandlungen mit England Hans Kiewning in Forsch. zur Brandenb. u. Preuss. Gesch. IV., 1891, bes. die Sendung des

Bundesgenossenschaft mit Frankreich, so unentbehrlich sie für den Augenblick war, barg Gefahren in sich. Einmal liess der französische König erkennen, dass er bei erster passender Gelegenheit sich in die inneren deutschen Angelegenheiten einmischen werde.[1]) Ferner war das innige Bündnis, in dem König Heinrich mit den Türken stand, bedenklich. Der französische König suchte durch seinen Gesandten Codignac in Konstantinopel den Sultan zu ermutigen, dass er, im Hinblick auf die gegen Karl gerichtete Fürstenverschwörung, in Deutschland seinerseits einen Angriff auf die ungarischen Lande Ferdinands unternähme.[2]) Für die Bundesfürsten aber war es geboten, jeden Schein zu vermeiden, als ob sie mit dem Feinde der Christenheit in irgend welcher Beziehung ständen. Sie würden sich sonst den König Ferdinand, der sich von den Türken in seinen unmittelbarsten dynastischen Interessen bedroht sah, zu ihrem entschiedenen Gegner gemacht haben — für Moritz ein neuer Beweggrund, sich nicht allzutief in die Fäden der französischen Politik verstricken zu lassen.

Diese Erwägungen hatten Moritz dazu geführt, schon kurz vor der Ankunft des Grafen Heinrich von Plauen Ferdinand zu ersuchen, eine Zusammenkunft zwischen seinem Sohne Maximilian, dem persönlichen Freunde des sächsischen Kurfürsten, und dem letzteren zu bewirken, auf der man über die Förderung des gemeinen Friedens unterhandeln könne.[3]) Aus diesen Erwägungen heraus findet auch die Antwort, die Moritz dem Grafen Heinrich erteilte, ihre Erklärung.

Über die Pläne seines Handelns bis zur vereinbarten Zusammenkunft in Linz, über den Inhalt der Forderungen, die er daselbst an den Kaiser stellen würde, vermied Moritz jede Andeutung. Er liess den Grafen Heinrich geflissentlich in dem Irrtum, als ob es sich nur um die Freilassuug des Landgrafen

---

Joh. Fuess nach England p. 157—168. Dazu der anschauliche Bericht des Simon Rost über die Reise des Fuess vom 12. April 1552 im Dresdner Arch. Reg. III., 66 f. 164 No. 10, Bl. 695—710.

1) Vergl. Cornelius a. a. O. p. 303.

2) Ribier II., p. 396.

3) Schreiben v. 14. März aus Torgau bei v. Langenn II., p. 336—338.

Philipp handeln werde.[1]) Er hat sich durch seine Zusage, in Linz zu erscheinen, nicht im mindesten die Freiheit seiner kriegerischen Action beeinträchtigt und doch die Möglichkeit offen gehalten, wenn er es für geboten erachtete, sich dem Kaiser zu nähern.[2])

Am 17. März übergab Moritz dem Grafen von Plauen die schriftliche Antwort auf seine Werbung: an demselben Tage, nachmittags um 3 Uhr, brach er zum Feldzuge gegen Karl auf.[3]) Damit ist der Sinn gekennzeichnet, in welchem er sein Versprechen zu erfüllen gedachte. Kein erspriessliches Resultat konnte bei den Verhandlungen für die Kriegsfürsten erzielt werden, wenn nicht grosse kriegerische Erfolge die Basis derselben bilden würden. Nachgiebigkeit schien man von Karl nur erwarten zu können, wenn ihm Furcht vor der Macht der Bundesfürsten eingeflösst wurde.

In raschem Zuge eilte Moritz durch Thüringen, vereinigte am 23. März in der bereits zum Bistum Würzburg gehörigen Stadt Bischofsheim seine Truppen mit denen des Landgrafen Wilhelm; beide Fürsten zogen dann nach Schweinfurt, von wo aus sie nach 3tägiger Rast den eigentlichen Feldzug am 27. März begannen. Bereits im November des Jahres 1551 hatten die Bundesfürsten beschlossen gehabt, in dem Feldzuge gegen Karl ihren Marsch zunächst längs der Grenze von Schwaben und Baiern zu nehmen:[4]) hier lag eine Fülle von kleinen Territorien, die dem Bundesheere nicht leicht ernsthaften Widerstand leisten konnten. In Eilmärschen zog das verbündete Heer über Kitzingen nach Rotenburg, wo Markgraf Albrechts Truppen zu ihm stiessen, die sich nach dem Handstreich auf Donauwörth

---

1) Druffel II., Nr. 1129.

2) Von dem gleichen Datum, wie die Antwort an Plauen (17. März) ist ein Schreiben Moritzens an Karl bei Lanz III., p. 128—130, in dem er dem Kaiser für sein Entgegenkommen dankt und sein Bedauern ausspricht, dass er der hessischen Einmahnung folgen und am Feldzuge teilnehmen muss.

3) Vergl. über Moritzens Zug bis nach Augsburg Issleib p. 14—23. M. Radlkofer, der Zug des sächsischen Kurfürsten Moritz und seiner Verbündeten durch Schwaben im Frühjahr 1552. Zeitschrift für Schwaben und Neuburg XVII. 1890 p. 153 ff.

4) Druffel III., p. 261.

vom 16. März wieder nordwärts gewandt hatten.[1]) Ohne Unterbrechung ging der Marsch von Rotenburg aus nach Dinkelsbühl, Nördlingen, Donauwörth: am 1. April bereits standen die Bundesfürsten vor den Mauern Augsburgs; am 4. öffnete die mächtige Reichsstadt ihnen die Thore.[2])

Grosses war in wenigen Tagen erreicht worden. Nirgends war dem Bundesheere Widerstand begegnet; noch ehe die Kunde von dem Beginne des Feldzuges in alle Teile Deutschlands gedrungen war, standen die Bundesfürsten bereits im Herzen von Süddeutschland, hatten den Donaupass inne und hielten Augsburg besetzt. Der Kaiser in Innsbruck war bedroht.

Unbedenklich nutzten die Kriegsfürsten die Erfolge, die sie errungen hatten, aus. Den Städten und Territorien, die sie erobert hatten, legten sie Contributionen auf. Den Bischof von Würzburg zwangen sie zu dem Versprechen, ihnen Geschütz, Pulver, Kugeln, Blei zu liefern; zugleich musste er ihnen die Summe von 60000 Gulden zahlen[3]); vom Bischofe von Bamberg forderten sie 12000 Gulden[4]); an Nürnberg sandten von Augsburg aus Moritz und Landgraf Wilhelm ein Schreiben, in dem sie die Zahlung von 80000 Gulden verlangten — eine Summe, die später noch um 20000 Gulden erhöht wurde.[5]) Den Städten Nördlingen, Schwäbisch-Hall, Rotenburg u. a. befahl Markgraf Albrecht in einem Ausschreiben, für 6 Monate ein Fähnlein Knechte zu unterhalten, welches gemeinsam mit dem Bundesheere operieren solle.[6]) Und noch weiter gingen die Bundesfürsten. Mit kühnem Griff legten sie Hand an die Einrichtungen, die Karl in den letzten Jahren zur Befestigung seiner Herrschaft getroffen hatte. In Augsburg wurde der von Karl eingesetzte patrizische Rat beseitigt, der Gemeinde das freie Wahlrecht, das sie vor dem schmalkaldischen Kriege besessen hatte,

---

1) Sleidan III., 352.
2) Vergl. Häberlin Neueste Teutsche Reichs-Gesch. II., p. 156.
3) Druffel III., p. 366.
4) Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 b Nr. 16 Bl. 232.
5) Voigt, Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach I., p. 277. 279.
6) Bei Hortleder II., p. 1304—5.

wiedergegeben.[1]) Die am 6. April vollzogene Wahl des Rates ergab eine überwiegende Mehrheit für die Candidaten der Zünfte. Sie zählten zu den entschiedensten Gegnern der kaiserlichen Neuerungen. Hatten die Kriegsfürsten nur den katholischen Priestern die Ausübung ihres Gottesdienstes in Augsburg verboten, so schärfte der Rat jetzt den Prädicanten ein, sich auch aller interimistischer Kirchengebräuche zu enthalten: Die Stadt „entledigte sich des Zwanges und der Drangsal unreiner Religionssachen.“ Die einst vom Kaiser vertriebenen Prediger wurden nach Augsburg zurückgerufen Mit namhaften Theologen knüpfte der Rat Verbindungen an, um von ihnen Vorschläge für eine Neuordnung der kirchlichen Zustände in Augsburg entgegenzunehmen.[2])

Die fürstlichen Genossen Moritzens waren nur allzugeneigt, die Tragweite dieser ersten kriegerischen Erfolge zu überschätzen und in ihrem Handeln die notwendige Rücksicht auf die Haltung der Reichsstände ausser Augen zu lassen. Anders der Kurfürst. Aus seinen eignen Landen kamen ihm beunruhigende Nachrichten. Die sächsischen Stände befanden sich in offener Opposition gegen ihren Landesherrn. Aus eigner Vollmacht hatten sie eine Gesandtschaft zu Karl geschickt, um von ihm die Freilassung des Landgrafen zu erbitten[3]); auch der Herzog August hatte ihr einen Abgeordneten beigegeben.[4]) Die Schwierigkeiten des Verhältnisses zu Frankreich haben wir oben berührt. „Wenn einmal der Franzose mit seinem Geld nicht hält“, so äussert sich

---

1) Über die Vorgänge in Augsburg Häberlin II., p. 156—160. Ferner Buchholz IX., p. 531—534. Druffel II., Nr. 1215.

2) Schreiben des Rates an Brenz vom 22. April in Anecdota Brentiana ed. Pressel p. 332. Vergl. auch Dr. Joh. Bugenhagens Briefwechsel ed. Vogt p. 528—530.

3) Druffel II., Nr. 1193. 1292.

4) Verschiedene Äusserungen scheinen darauf hinzuweisen, dass das Verhältnis zwischen Moritz und August kein ungetrübtes war. Vergl. Lanz, Staatspapiere etc. p. 502. Druffel II., Nr. 1221. Druffel III., p. 439. Doch lässt sich eine Entscheidung in dieser Frage auf Grund des gedruckten Materials nicht fällen. Über frühere Streitigkeiten zwischen den Brüdern vergl. W. Wenck im Archiv für Sächs. Gesch. IX., p. 381—427.

ein Gesandter in jenen Tagen,[1]) „so werden die Sachen ganz baufällig stehen.“ Diese Umstände wiesen den sächsischen Kurfürsten darauf hin, die Fühlung mit den Reichsständen nicht zu verlieren.

Die Art und Weise, wie er mit ihnen in Beziehung trat, legt Zeugnis ab von Moritzens hervorragender diplomatischer Befähigung. Landgraf Wilhelm und Markgraf Albrecht sprechen in ihren Schreiben die innersten Absichten und Motive ihres Handelns offen aus: Moritz im geraden Gegenteil verbirgt sorgfältig seine eigensten Gedanken. Es würde ein vergebliches Bemühen sein, durch eine äusserliche Zusammenstellung seiner Äusserungen aus jenen Tagen eine Vorstellung von den Plänen, die er im Kopfe trug, zu erhalten. Moritz richtet den Ton seiner Schreiben nach dem Adressaten, an den sie gerichtet sind. Jedem einzelnen Fürsten weiss er einleuchtend zu machen, dass doch der Kriegszug gegen Karl auch für ihn wesentliche Vorteile im Gefolge haben oder wenigstens dass eine offene Parteinahme gegen die Bundesfürsten ihm selbst den grössten Schaden bringen werde. Den Ton der Entrüstung schlägt er an, wenn es gilt, die erbitterte Volksstimmung gegen Karl sich zu nutze zu machen;[2]) das Unternehmen ist ein „christliches“, wenn Moritz an den frommen Herzog Albrecht von Preussen schreibt;[3]) dem ernestinischen Herzoge Friedrich den Mittleren wird die Befreiung des Vaters in Aussicht gestellt, wenn er Kriegshülfe leistet;[4]) in dem Schreiben an Ferdinand kehrt das Versprechen ständig wieder: würde erst der Frieden geschlossen sein, so würde Moritz sich freuen, an der Seite von Ferdinand gegen die Türken zu Felde zu ziehen. Vor allem aber versteht es der Kurfürst, aus dem Missmut der Stände über die autokratischen Eingriffe des Kaisers in ihre durch die goldne Bulle verbriefte „Libertät“ für sein Unternehmen Vorteil zu ziehen. „Dann ein mal ist gewiss“, so schreibt er an den Herzog Albrecht von Baiern, „wo wir verdrugkt oder vernachtheilt werden

1) Friedrich v. d. Ölsnitz, Gesandter des Herzogs von Preussen bei Markgraf Hans, am 9. April, Voigt I., p. 261—262.

2) Vergl. das Ausschreiben der Bundesfürsten bei Hortleder II., p. 1294—98. — Druffel II., 1195.

3) Druffel II., 1147.

4) Druffel II., Nr. 1267.

solten, das E. L. und ander wenig verschonet, sonder einer nach dem andern aufgefressen würde.“[1]) „Die vielfaltige vordruckung der alten loblichen deutzschen freihait und libertet“ hat ihn bestimmt, die Waffen zu ergreifen, als er gegenüber den 4 rheinischen Kurfürsten eine Rechtfertigung seines Kriegszuges giebt.[2]) In andrer Beleuchtung wiederum erscheint der Kriegszug gegenüber dem Kaiser: da ist es Moritz, der persönlich keine Ahnung von dem Bestehen des Bundes gehabt hat, „gantz bekommerlich und schmertzlich gewest“, als er bei seiner Zusammenkunft mit Landgraf Wilhelm erfuhr, dass dieser, „aus kindtlichem mitleiden“ mit dem gefangenen Vater „etwas hart bewogen,“ „sich mit andern derhalben etwas weit eingelassen“ hat.[3])

Von dem Erfolge, den diese Bemühungen bei Karl, Ferdinand und den Ständen des Reiches haben würden, machte der sächsische Kurfürst sein ferneres Verhalten abhängig.

Da war es nun von der höchsten Bedeutung, dass nicht nur der römische König, sondern auch die durch ihre Macht einflussreichsten deutschen Landesfürsten mit der grössten Entschiedenheit einmütig für die Herstellung des Friedens eintraten.

Seit der Zeit, da das Bestehen des Fürstenbundes bekannt wurde, waren die rheinischen Kurfürsten unter einander und mit dem Herzoge Christof von Würtemberg in lebhaften brieflichen Verkehr getreten. Sie besprachen eingehend die Massregeln, die in dem Falle, dass der Krieg der Bundesfürsten zum Ausbruch komme, zu ergreifen wären. Herzog Christof wiederum stand in regem Briefwechsel mit dem Herzoge Albrecht von Baiern, der dadurch seinerseits genau über die Gesinnung der rheinischen Kurfürsten unterrichtet war. In dem Punkte kamen alle diese Fürsten überein: dass man sich keiner der beiden feindlichen Parteien von vornherein anschliessen dürfe, vielmehr eine zwischen beiden vermittelnde Stellung einnehmen müsse. Ver-

1) Druffel, II. Nr. 1169.

2) Antwort des Kurf. Moritz auf das Ansuchen der 4 rheinischen Kurfürsten vom 7. April. Augsbg. Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 10 Bl. 655—660.

3) Lanz III., 144. — v. Langenn II., 338.

suche, die Fürsten auf ihre Seite zu ziehen, waren weder von der bundesfürstlichen, noch von der kaiserlichenSeite ausgeblieben.

Bei seiner Rückreise aus Frankreich hatte Markgraf Albrecht am 28. Januar mit dem Herzoge Christof eine Zusammenkunft, in der er ihn zum Anschluss an den Fürstenbund zu bewegen suchte.[1]) Eine Woche später stellte er in einem an den Herzog Albrecht von Baiern gerichteten Schreiben an diesen das gleiche Begehr.[2]) Dabei hielt der Markgraf dem Herzoge lockende territoriale Erwerbungen vor Augen: „denke an Augsburg, wie ich mit dir und von Salzburg geredt hab“, ruft er aus. Ähnliche Ansuchen wiederholten die Bundesfürsten noch mehrere Male, besonders suchten sie den Herzog Christof auf ihre Seite zu ziehen.[3])

Karl hatte es, wie wir sahen, unterlassen, mit den Reichsständen in Unterhandlungen zu treten bis zu dem Augenblicke, als die Rüstungen der Bundesfürsten vollendet waren. Um so eifriger suchte er später das Versäumte nachzuholen. Er sandte den Grafen von Eberstein an den Herzog von Würtemberg und die Kurfürsten von Trier und von der Pfalz ab; den Herrn Damant zu den noch auf dem Concil in Trient weilenden Kurfürsten von Mainz und Köln; den Lazarus von Schwendi zum Herzoge Albrecht von Baiern und zum Erzbischof von Salzburg.[4]) Truppen und Geld forderte der Kaiser zur Bekämpfung der Rebellen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Reiche.

Die Antworten, die die einzelnen Fürsten auf die Werbungen der Bundesfürsten und des Kaisers erteilten, kennzeichnen deutlich ihre politische Stellung. In der Form ihrer Erklärungen befleissigen sie sich, bei keiner der beiden Parteien Anstoss zu erregen, und fliessen von Versicherungen ihrer guten Absichten über. Thatsächlich liessen sie sich zu keiner bindenden Zusage

1) B. Kugler, Christof, Herzog zu Wirtemberg I., 182. Vergl. ferner Druffel II., Nr. 937. 956. 961.

2) Druffel II., Nr. 967.

3) Vergl. Druffel II., Nr. 986. 1069. Ferner das Schreiben aus dem Lager von Augsburg vom 3. April bei Kugler I., 196. Druffel II., Nr. 1205. Diesem Schreiben fehlt die Unterschrift Moritzens. Vergl. Druffels Note.

4) Druffel II., Nr. 1035. 1097.

herbei. Ebenso den Gesandten Karls, wie denen der verbündeten Fürsten gegenüber sprachen sie ihr Unvermögen aus, bei der finanziellen Erschöpfung ihrer Lande, bei der geringen Stärke ihrer Truppen kräftige Hilfe leisten zu können.[1])

Zugleich legten sie beiden Parteien unumwunden ihr eignes Programm dar: auf dem Wege gütlicher Verhandlungen die zwischen dem Kaiser und den Bundesfürsten obschwebenden Streitigkeiten beizulegen. Die Einmütigkeit, mit der die Fürsten dieselbe Erklärung den Gesandten des Kaisers fast zu der gleichen Zeit an verschiedenen Orten abgaben,[2]) beweist, dass wir es hier mit einem sich auf vorhergehende Verabredungen gründenden planvollen Vorgehen derselben zu thun haben.

Persönliche Besprechungen der einzelnen Fürsten unter einander trugen dazu bei, ihren Friedensbund noch enger zu verkitten und eine Verständigung zwischen ihnen über die in Zukunft zu ergreifenden Massregeln herbeizuführen. Am 8. März kam der vom Trienter Concil in seine Lande zurückkehrende Erzbischof von Trier nach Heidelberg, wo er mit dem Pfalzgrafen verhandelte.[3]) Einige Zeit darauf trafen die gleichfalls von Trient kommenden Kurfürsten von Mainz und Köln

1) Wenn Voigt I, p. 259, Anm. 2 und nach ihm Kugler I., 182 behaupten, Herz. Christoph habe dem Markgrafen Albrecht die von ihm geforderte Summe von 60 000 Gulden als Darlehn gewährt, so widerspricht dem die Erneuerung dieser Forderung in der Instruction für Bruch (Druffel II., Nr. 986) und die Äusserung des Markgrafen bei Druffel II., Nr. 1005.

2) In dem Schreiben vom 22. März bei Lanz III., 132 ff. fasst Karl das Resultat der bei den Reichsfürsten vorgenommenen Werbungen in die Worte zusammen: Et en fin tous les princes s'arrestent a trouver bien que lon pourra poursuyvre par negociacions dappaiser la Germanie (p. 135). Vergl. die Erklärung des Herzog Albrecht vom 6. März bei Druffel II., Nr. 1068 und die des Herzogs Christof ib. Nr. 1070.

3) Hubertus Leodius Annales de vita et rebus Friderici II. Electoris Palatini p. 280 (Frankf. 1624). Kuglers Annahme von einer Zusammenkunft der 4 rheinischen Kurfürsten zu Bingen am 7. März (Würtembergische Jahrbücher 1868 p. 376) ist unhaltbar. Es befanden sich die Kurfürsten von Köln und Mainz noch in Trient, welches sie nach Sleidan III., 322 erst am 11. März verliessen. In Bingen kamen Anfang März nur Räte der 4 Kurfürsten zusammen nach Druffel III., p. 418.

mit dem Herzoge Christoph in Göppingen zusammen und erklärten ihm daselbst ihre Zustimmung zu seinen die Verhandlungen mit den Bundesfürsten betreffenden Vorschlägen.[1]) Von Göppingen aus begaben sie sich nach Heidelberg zum Kurfürsten Friedrich von der Pfalz.[2]) Hier ward eine neue Zusammenkunft der 4 rheinischen Kurfürsten nach Bingen für den 7. April verabredet.[3]) Vielleicht das wichtigste Ergebnis der Heidelberger Besprechungen aber war der Beschluss, im Namen der 4 rheinischen Kurfürsten an die Kriegsfürsten eine Gesandtschaft abzuschicken. Besonders sollten sich die Gesandten an Moritz wenden. Erklärung sollten sie von ihm fordern, warum er das Kriegsvolk so lange in und um Mühlhausen zusammengehalten und darauf, statt es zu entlassen, den Krieg gegen Karl eröffnet habe. Zugleich aber sollten sie die entschiedene Absicht der Kurfürsten mitteilen, gütliche Unterhandlung vorzunehmen, und erkunden, wie Moritz sich dazu stellen würde.[4])

Die Kriegsfürsten waren kurz vorher in Augsburg eingezogen, als die rheinischen Gesandten bei ihnen eintrafen. Landgraf Wilheim gab sich in jenen Tagen zügellos der Freude über die errungenen Kriegserfolge hin.[5]) Er war wenig geneigt, sich dem Willen der Kurfürsten zu fügen und glaubte vielmehr, ihnen Bedingungen vorschreiben zu können. In seiner Antwort an

1) Kugler Herz. Christ. I. 188. Vorher waren die beiden Kurfürsten bei Karl in Innsbruck gewesen. Vergl. Döllinger p. 186 und Lanz III, 135—136.

2) Nach Hubertus Leodius p. 280 kamen sie hier am 28. März an.

3) Der Heidelberger Recess der 3 Kurfürsten vom 29. März bei Druffel II. Nr. 1183.

4) Dass die Abfertigung der Gesandtschaft bei jener Zusammenkunft in Heidelberg beschlossen wurde, erscheint zweifellos. Eine in Bingen am 7. März geplante Gesandtschaft hat nach Druffel III., 418—19 nichts mit dieser zu thun. Die vorliegende erreichte Augsburg am 6. oder 7. April. Es fehlt noch die Publication der von den Kurfürsten ihren Gesandten erteilten Instruction. Ihr Inhalt ist zu entnehmen der Antwort, die Moritz am 7. April den Gesandten in Augsburg erteilte. Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 10 Bl. 655—660. Druffel, der II., Nr. 1225 aus ihr einen ungenügenden Auszug veröffentlicht, giebt als Datum den 6. April.

5) Vergl. die Erzählung des Kurfürsten von Köln über des Landgrafen Betrunkenheit in dem Bericht des Gerhard Veltwyk, Lanz Staatspapiere p. 503.

die Gesandten vom 7. April [1]) macht er zur notwendigen Voraussetzung einer Verhandlung, dass die Freilassung seines Vaters vorher erfolgt sein müsse.

Besonnener verhielt sich Moritz. Eben zu jener Zeit belehrte ihn eine Zusammenkunft mit dem Herzoge Albrecht von Baiern in dem bairischen Städtchen Fürstenfeldbruck, dass von diesem Fürsten ein Eingehen auf die bundesgenössischen Forderungen nur unter der Voraussetzung friedlicher Unterhandlungen zu erreichen sei.[2]) Die rheinischen Kurfürsten standen — das bewies ihm ihre Werbung — ganz auf demselben Boden. Wies er ihr Ansuchen kurzer Hand zurück, so setzte er sich der Gefahr aus, die grosse Partei der vermittelnden Fürsten, die in der Folgezeit leicht zur ausschlaggebenden werden konnte, sich zu entfremden, sie in das Lager des Kaisers hinüberzudrängen, und das um so mehr, als das französische Heer in bedeutender Stärke nach Osten vorrückte und die Lande der rheinischen Kurfürsten zu überfluten drohte. — Zudem erschien eine Rücksichtnahme auf König Ferdinand geboten. Sein in Leipzig erteiltes Versprechen, am 4. April sich in Linz zur Unterhandlung einzufinden, hatte Moritz nicht erfüllt. Bereits am 24. März hatte er Ferdinand gebeten, ihm Aufschub bis zum 10. oder 11. April zu gewähren.[3]) Am 27. März ersuchte er ihn, sich weitere 4—5 Tage zu gedulden.[4]) Schon diese Schreiben hatten in Ferdinand Misstrauen erweckt: es stiegen Zweifel in ihm auf, ob Moritz überhaupt nach Linz kommen werde, ob er nicht vielmehr die Absicht hatte, durch ein vorsätzliches Hinausschieben des Termins seines Erscheinens den Kaiser hinzuhalten und einer energischen Gegenrüstung desselben gegen die Bundesfürsten so lange als möglich vorzubeugen.[5]) Die Thatsachen

1) Druffel II., Nr. 1229.

2) Vergl. Hunds Protokoll vom Tage von Fürstenfeldbruck am 7. April bei Druffel III., p. 394 f.

3) Druffel II., Nr. 1167.

4) Druffel II., Nr. 1176.

5) Vergl. das von Druffel in der Note zu Nr. 1198 mitgeteilte Schreiben Ferdinands an den Burggrafen Heinrich.

konnten dies Misstrauen nur berechtigt erscheinen lassen. Als der Burggraf Heinrich, der Leipziger Verabredung gemäss, am 7. April in Regensburg eintraf, fand er Moritz daselbst nicht vor. Die kursächsischen Räte Carlowitz und Mordeisen, die gleichfalls nach Regensburg kamen, waren nicht darüber unterrichtet, was ihr Herr zu thun willens sei.[1] Man sieht: die Lage wurde kritisch. Für Moritz war nur die doppelte Möglichkeit vorhanden: entweder sofort in Linz zu erscheinen oder den Krieg, unbekümmert um sein früheres Versprechen, fortzusetzen. In dem letzteren Falle war vorauszusehen, dass er sowohl bei den vermittelnden Reichsständen, wie bei dem Könige Ferdinand schweren Anstoss erregen und sich für lange Zeit die Möglichkeit, mit der Gegenpartei zu unterhandeln, abschneiden würde. An einen weiteren Aufschub des Termins der Verhandlung war jedenfalls unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu denken.

Drängten so vielfältige Erwägungen den Kurfürsten zu dem Entschlusse, seinem Leipziger Versprechen gemäss nach Linz zu reisen, so lag ihm auf der andern Seite der gegenwärtige Zeitpunkt für den Beginn der Friedensverhandlung sehr unbequem. Wohl waren die kriegerischen Erfolge in der kurzen Zeit seit dem Beginne des Feldzuges grosse gewesen: aber zu einer entscheidenden Action war es nicht gekommen. Noch hatte kein eigentlicher Zusammenstoss mit den Truppen des Kaisers stattgefunden. Karl selbst befand sich unversehrt in Innsbruck und konnte ungehindert seine Kriegsrüstungen gegen die Reichsrebellen betreiben. Durch einen gewaltigen Sieg ihm „die Reputation im Reiche zu entziehen," hätte Moritzens Wunsche weit mehr entsprochen, als Friedensunterhandlungen anzuknüpfen.

Bei dieser eigentümlichen Gestaltung der Verhältnisse, in diesem Widerstreit der Erwägungen, die auf Moritz einstürmten, fand derselbe geschickt einen Ausweg: er entschloss sich, nach

1) Vergl. Druffel II. Nr. 1236. 1264. 1274. — Witter, Die Beziehungen und der Verkehr des Kurfürsten Moritz von Sachsen mit dem Röm. Könige Ferdinand seit dem Abschlusse der Wittenberger Capitulation bis zum Passauer Vertrage p. 58—60.

Linz zu gehen; aber von vornherein mit dem Vorsatze, dort sich auf den Abschluss eines definitiven Friedens nicht einzulassen, die Verhandlungen möglichst rasch wieder abzubrechen und darauf eiligst in das Kriegslager zurückzukehren, um den Kampf gegen den Kaiser fortzusetzen. Moritz hoffte, dass die Unterhandlungen später unter Hinzuziehung der mächtigsten Stände des Reiches von neuem aufgenommen würden — freilich erst zu einer Zeit, da die Bundesfürsten für die Erreichung ihrer Forderungen das Gewicht eines grossen Sieges in die Wagschale werfen könnten.

Am 7. April schrieb Moritz dem Könige Ferdinand, er sei entschlossen, nach Linz zu kommen[1]) — ohne Zweifel unter dem Eindruck des Anbringens der rheinischen Gesandten, denen er am gleichen Tage erklärte, gern würde er mit Ferdinand und „anderen Fürsten deutscher Nation" in friedliche Unterhandlung treten.[2])

Die Abreise des Kurfürsten verzögerte sich um mehrere Tage. Im Kriegslager hatte Moritz noch einen heftigen Strauss auszufechten. Die übrigen Bundesfürsten und vor allem der französische Gesandte de Fresse erhoben, in der Befürchtung, Moritz werde ihnen untreu werden und sich in einen Separatvertrag mit Ferdinand und Karl einlassen, gegen seine Abreise entschiedenen Widerspruch. „Heinrich gäbe Geld und Heer," so erklärte der letztere, „er könne darum nicht in die Verhandlungen willigen."[3]) Moritz bemühte sich, den Argwohn seiner Bundesgenossen zu beschwichtigen. Es lag ihm daran, dass durch sein Vorgehen nicht die bisherige Eintracht zwischen den Gliedern des Bundes gestört wurde. Aus diesem Grunde stellte er noch in letzter Stunde an Ferdinand das Verlangen, den französischen Gesandten mit nach Linz bringen zu dürfen, damit auch dieser seine Wünsche vortragen könne — ein Ansuchen, das Ferdinand abschlägig beantwortete.[4]) In versöhn-

1) Druffel II., Nr. 1228.
2) Dresdn. Arch. l. c.
3) v. Langenn I., 512.
4) Vergl. Druffel II., Nr. 1241. v. Langenn II., 342—44. Druffel II., Nr. 1297.

lichem Sinne ist auch das Schreiben gehalten, welches er am 10. April an den König von Frankreich absandte. [1])

Als Moritz am 14. April das Kriegslager verliess, [2]) war gleichwohl die Verstimmung seiner Genossen und des französischen Gesandten eine grosse. Moritzens Wunsche, Waffenstillstand für die Dauer der Verhandlung zu bewilligen, waren sie nicht nachgekommen. [3]) Kurze Zeit nach der Abreise des Kurfürsten that Markgraf Albrecht in einem vertraulichen Gespräch, das er mit dem Herzoge Christof von Würtemberg in Geisslingen hatte, die Äusserung: es könne in Linz nichts Wesentliches zustande kommen, sofern Moritz nicht „dan ain bub an seinen mitgenossen werden wolte.“ „wo Saxen nit werde farb halten, wolle er mit seinem gesint zu dem Franzossen ziehen.“ [4])

De Fresse suchte den Unmut der Bundesfürsten noch nach Kräften zu schüren. Seit der Stunde, da Moritz das Lager verliess, war es ihm klar, dass der sächsische Kurfürst nicht sich zum willenlosen Werkzeuge französischer Politik hergeben, sondern entschlossen seine eignen Wege gehen werde. Seitdem richtete er sein ganzes Streben darauf, die übrigen Kriegsfürsten dem Bunde mit Frankreich zu erhalten und von Moritz zu trennen. Die ersten Anfänge jener von Frankreich angezettelten Conspiration, die sich in der Folgezeit gegen Moritz in dessen eignem Lager erheben und noch beim Abschluss des Passauer Vertrags einen sichtbaren Ausdruck erhalten sollte, fallen in jene Tage.

Moritz reiste ohne Zweifel in voller Kenntnis dieser Vorgänge nach Linz: so unliebsam sie ihm waren, sie erschienen ihm doch nicht gewichtig genug, dass er um ihretwillen die Unterhandlung mit Ferdinand unterlassen und sich und die übrigen Bundesfürsten in eine isolierte Stellung gebracht hätte. Selbst

1) bei v. Langenn II., 341—42.

2) Vergl. Druffel II., Nr. 1280. Die Abreise erfolgte bereits aus dem Lager der Bundesfürsten vor Ulm, wohin sie nach Issleib p. 23 von Augsburg aus am 10. April aufgebrochen waren.

3) Vergl. Druffel II., Nr. 1300.

4) Eigenhändige Aufzeichnung des Herzog Christof über das Gespräch bei Kugler Würtembergische Jahrbücher 1868. p. 390.

ein offener Bruch mit Frankreich schien minder gefährlich zu sein, als eine Verfeindung mit Ferdinand und den Reichsständen Wusste doch Moritz nur zu gut, dass ein Bündnis zwischen ihm und Frankreich — das für ihn nur unter gewissen Voraussetzungen von Wert war — dem französischen Könige zu jeder Zeit erwünscht sein musste; dass es, wenn Moritz eine neue Annäherung an Frankreich suchen würde, nur eines Wortes von ihm bedurfte, dieselbe wiederherzustellen.

Am 15. April fuhr Moritz von Donauwörth aus die Donau stromabwärts nach Linz zu. In Regensburg traf er mit dem Grafen Heinrich zusammen; in Passau stiessen der Herzog Albrecht von Baiern und der Bischof von Passau, die an den Verhandlungen teilnehmen wollten, zu ihm. Am 18. April langte er in Linz an. [1])

2. Kapitel.

Die Verhandlungen in Linz.

König Ferdinand war in Linz am 16. April eingetroffen. [2]) Schon geraume Zeit vorher hatten sich dahin seine Söhne Maximilian und Ferdinand begeben. [3]) Am 14. April bereits hatte Maximilian mit dem kursächsischen Rate Mordeisen, der zusammen mit Carlowitz von Regensburg kommend seinem Herrn nach Linz vorausgeeilt war, eine eingehende Besprechung gehabt. [4]) Auch kurbrandenburgische Räte fanden sich ein: der Kurfürst Joachim, der ursprünglich sein Erscheinen zugesagt hatte, [5]) war durch Krankheit verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen. [6]) Der Kaiser hatte seine Räte Rye und Schwendi nach Linz geschickt.

1) Vergl. Druffel II., Nr. 1313.

2) Vergl. Druffel II., Nr. 1309.

3) Vergl. Druffel II., Nr. 1254.

4) Vergl. Druffel II., Nr. 1294.

5) Druffel II., Nr. 1152.

6) Vergl. Druffel III., p. 399 Note. Lanz Staatspapiere p. 502.

Nach Ankunft des Kurfürsten Moritz stand einem Beginne der Unterhandlungen nichts mehr im Wege.

Nach Lage der Dinge war freilich von vornherein wenig Aussicht dazu vorhanden, dass diese Verhandlungen Resultate ergeben würden. Wir lernten die Gründe kennen, die Moritz zu dem Entschlusse bewogen, sich in Linz auf keine bindenden Versprechungen einzulassen. Und nun traf es sich, dass die kaiserlichen Gesandten auf Grund der ihnen von Karl erteilten Instructionen mit ähnlichen Vorsätzen in Linz erschienen waren, wie der sächsische Kurfürst!

Solange die verbündeten Fürsten den Krieg gegen Karl noch nicht begonnen hatten, war dieser nicht abgeneigt gewesen, sich auf dem Wege gütlicher Verhandlungen mit ihnen zu vergleichen. Darin trat ein Wandel ein, sobald als Karl von dem Vordringen der Kriegsfürsten nach Süddeutschland Kunde erhielt. Das Verlangen, sich an den Reichsrebellen zu rächen, die seine Herrschaft zu stürzen, seine erst jüngst den Deutschen aufgezwungenen Reformen über den Haufen zu werfen drohten, wirkte mit der Besorgnis, dass die Bundesfürsten in den Verhandlungen lediglich seine Pläne erkunden und daraus für ihr ferneres Handeln Vorteil ziehen würden, zusammen, ihm den Gedanken einer Unterhandlung zum Zwecke des Friedens zu verleiden. Von kriegerischen Absichten ist seine ganze Seele erfüllt. Aus dem gefährdeten Innsbruck suchte er zu entfliehen nach Flandern, um von hier aus mit den von der Statthalterin Maria gesammelten Streitkräften den Kampf gegen die Franzosen und ihre deutschen Verbündeten zu eröffnen.[1]) An den türkischen Grossvezier Rostan Bascha schrieb der Kaiser am 11. April, er sei sehr geneigt, trotzdem dass ihm von den Türken schweres Unrecht zugefügt sei, Frieden zu halten; er würde sein einmal gegebenes Wort halten und nicht treulos, wie die Franzosen, und die, welche mit ihnen verbündet seien, handeln:[2]) erzielte das Schreiben eine günstige Wirkung, so

1) Über seinen am 6. April unternommenen misslungenen Fluchtversuch berichtet Karl an Maria am 30. Mai. Das Schreiben, gedruckt bei Buchholz IX. 547 f. Druffel II. Nr. 1470. Darnach die Schilderung bei Buchholz VII. 61, bei Witter, Henne u. ö.

2) Das Schreiben bei Ribier II., 399—401.

hoffte Karl, Ferdinand, der in steter Besorgnis vor einem türkischen Einfall nach Ungarn ihm bisher Kriegshülfe versagt hatte,[1]) für eine Teilnahme am Kriege gegen die Rebellen zu gewinnen. Gleichzeitig that er Schritte, den ihm bereits im vorigen Jahre von Maria erteilten Rat,[2]) den gefangenen Herzog Johann Friedrich freizulassen und an die Spitze der Unternehmung gegen Moritz zu stellen, auszuführen.[3]) Den Plan, durch die Zahlung einer Geldsumme und einer jährlichen Pension den Markgrafen Albrecht auf seine Seite zu ziehen, nimmt er jetzt mit grossem Eifer wieder auf.[4]) Den gefangenen Landgrafen will er nach Spanien schicken.[5])

Wenn Karl gleichwohl das Zustandekommen der Linzer Verhandlungen nicht geradezu zu vereiteln suchte, so bewogen ihn hierzu Rücksichten auf die Stände des Reiches.[6]). Auch er war vorläufig, wie Moritz, darauf angewiesen, mit der Haltung der einflussreichsten Reichsstände zu rechnen. Aber auch seine innerste Absicht war es, in Linz es zu einem definitiven Friedensschlusse nicht kommen zu lassen. In ganz allgemeine Worte und Wendungen soll Ferdinand die Zugeständnisse, die er den Gegnern machen will, einkleiden.[7]) Da von Moritz die Ankunft in Linz hinausgeschoben wäre, so sei er — so folgert der Kaiser — an die Ergebnisse der Unterhandlung nicht gebunden. Dieselbe hat für ihn nur die Bedeutung einer Beratung.[8])

So ging die Politik der beiden Gegner Karl und Moritz — mochten auch die Ziele derselben gerade entgegengesetzte sein — durchaus parallel.

1) Karl beklagt sich darüber gegenüber Maria Lanz III., 163.

2) Lanz III., 79.

3) S. das Schreiben Karls an Ferdinand vom 6. April bei Druffel II. Nr. 1221.

4) Vergl. Lanz III., 140/41.

5) Lanz III., 162.

6) Vergl. seine Schreiben an Herz. Albrecht vom 20. März (Druffel II., Nr. 1146) und an die rhein. Kurfürsten vom 2. April (Druffel II., Nr. 1203).

7) Lanz III., 140.

8) Lanz III., 162.

Nachgiebiger erscheint der Kaiser in dem am 18. April an den Herrn von Rye gerichteten Schreiben.[1]) Der misslungene Fluchtversuch nach Flandern und die Nachricht von dem endgültigen Entschlusse Moritzens, sich nach Linz zu begeben,[2]) haben Karl zu momentaner Mässigung bewogen. In die Freilassung des Landgrafen willigt er; aber masslos sind die Forderungen, die er dafür an die Kriegsfürsten stellt: sie alle sollen vorher die Waffen niederlegen, ihr Heer in der Weise auflösen, dass ein Zuzug der entlassenen Söldner zum französischen Könige nicht möglich ist, und darauf nach Hause zurückkehren. Durch seinen Hauptmann Hans Walther von Hirnheim, der in Augsburg mit den Kriegsfürsten unterhandelt hatte, war Karl davon unterrichtet, dass die Freilassung des Landgrafen nur eine ihrer Forderungen neben vielen andern war, die ungleich grössere principielle Bedeutung hatten.[3]) Karl konnte voraussehen, dass durch dies eine Zugeständnis der Krieg nicht beigelegt werden würde.

In Linz begannen die Verhandlungen am 19. April.[4]) Ferdinand liess durch seinen Vicekanzler Jonas erklären: er habe vom Kaiser Ermächtigung betreffs der Erledigung des Landgrafen von Hessen, und sofern Moritz noch in andern Punkten etwas vorbringen wolle, würde es Ferdinand „auch anhorn und allen gnedigsten guten fleis anwenden, das zu befordern, das got zu ehre und sonst zu rhue und fridt mecht gelangen."

Die Antwort, die Moritz durch Mordeisen auf diese Proposition erteilen liess, kennzeichnet schon deutlich das Verfahren, welches er während der ganzen Verhandlung in Linz eingeschlagen hat: trotz lebhafter Beteuerungen seiner Friedens-

1) Druffel II., Nr. 1311.

2) Dazu kam das Ansuchen Ferds. durch Martin v. Guzmann. Lanz III., 164 ff.

3) S. Druffel II., p. 402.

4) Über die Linzer Verhandlungen hat das Material Druffel III., p. 396—415 veröffentlicht. Dazu hinzugezogen habe ich noch ein von Mordeisen verfasstes Protokoll über den Linzer Tag. Dresden Arch. Reg. III., 66 f. 164 b. Nr. 16. Bl. 358—364.

liebe vermeidet er es, concrete Vorschläge zu bringen; indem er seine eigensten Gedanken in Allgemeinheiten einhüllt, wird eine klare Erkenntnis dessen, was er will, und damit eine Erfolg verheissende Discussion überhaupt unmöglich. Mordeisen führte aus: nachdem die Freilassung des Landgrafen vom Kaiser so oft versprochen und doch nicht gehalten sei, wäre ihnen nichts anderes übrig geblieben, als sie durch einen Krieg zu erzwingen. Wider des Kurfürsten Willen habe man sich dabei auch mit fremden Potentaten einlassen müssen. Jetzt begnügten sich Moritzens Mitgenossen nicht mit der Erledigung des Landgrafen, sondern hätten noch andere Beschwerungen herangezogen, „sonderlich was anlangt die Christliche religion der Augsburgischen Confession und die Freiheit der deutschen Nation."

Ferdinand forderte ein schriftliches Verzeichnis der Beschwerden, sowie ein Gutachten Moritzens über dieselben. Moritz suchte auszuweichen. Eine schriftliche Darlegung der Sache könne den Gang der Verhandlungen nur verzögern. Ein Gutdünken über die Beschwerden seinerseits sei wohl überflüssig. Er könne mit seinem Rate nicht dem erleuchteten Verstande des Königs vorgreifen. Auf die Anfrage Ferdinands, welche Fürsten dem Bunde angehörten, antwortete Moritz: er wisse die Namen selbst nicht alle, da sich täglich noch neue Bundesgenossen den Kriegsfürsten zugesellten. Doch erklärte sich der Kurfürst bereit, um dem Wunsche des Königs entgegen zu kommen, ihm einige Beschwerden „zu furderung des Handels" „ungeferlich und ins gemein ufs papier gebracht" zu überreichen.

Aus 5 Artikeln bestand das Schriftstück, welches Moritz dem Könige übergab. Die Form, in der sie abgefasst waren, war so unbestimmt gehalten, dass Ferdinand aus ihnen nichts Greifbares entnehmen konnte, sondern nur den allgemeinen Eindruck erhalten musste, dass die Bundesfürsten sicherlich nicht um geringen Preis Frieden mit dem Kaiser schliesen würden.[1])

1) Druffel III., Nr. 1322, III.

Ferdinand hielt mit seinen Söhnen und Räten sowie mit den kaiserlichen Gesandten über diese Artikel eine eingehende Beratung ab. Das Resultat war, dass er von Moritz eine ausführliche Darlegung der einzelnen Punkte forderte, zu der sich der Kurfürst schliesslich bereit erklärte. Damit schlossen die Verhandlungen des 19. April: sie hatten in keiner Beziehung zu einem Ergebnis geführt.

Am Morgen des 20. April übergab Moritz dem Könige die geforderte Deklarationsschrift.[1]) Ein merkwürdiges Schriftstück diese Erklärung des Kurfürsten! Eine Specification der Beschwerden sollte sie enthalten — und in Wirklichkeit war sie nichts, als eine wortreiche Wiederholung der 5 Artikel vom 19. April. In den letzteren hatte er Aufhebung der dem Landgrafen von Hessen nach dem schmalkaldischen Kriege in seinen Landen zugefügten Beschwerden verlangt:[2]) jetzt erklärte er, die Beschwerden des Landgrafen im einzelnen nicht zu kennen; er habe nur von Irrungen mit Mainz, von einem beschwerlichen Vertrage mit dem Deutschmeister, dem Grafen von Solms u. A. gehört. Bei fernerer Verhandlung würde der junge Landgraf sie im einzelnen anzugeben wissen. Hatte Moritz am 19. April sich beklagt, dass „durch emsige Mandate und Schriften“ den Augsburgischen Confessionsverwandten allerlei aufgelegt sei, was im Widerspruch mit der Augsburger Confession stände, so führte er jetzt aus: wie die Prädicanten und Kirchendiener, die sich den kaiserlichen Mandaten nicht hätten fügen wollen, abgeschafft, ja teilweise aus dem Reiche verbannt wären; wie darüber lebhafter Unwille bei den protestantischen Unterthanen und die Besorgnis entstanden sei, dass die Massregeln des Kaisers bald im ganzen Reiche durchgeführt würden. Bestimmt formulierte Forderungen stellte Moritz gleichwohl nicht auf. Wenn es zu weiterer Handlung käme, könne man das Nähere beraten. Auf künftige Unterhandlungen verwies Moritz auch die Specification der Beschwerden über das kaiserliche

1) Druffel III., Nr. 1322, IV.

2) Vergl. über die in den späteren Verhandlungen noch oft berührten Ereignisse in Hessen nach dem schmalk. Kriege besonders Rommel in der Zeitschrift für hess. Geschichte u. Landeskunde Bd. V., 1850 p. 97—184.

Regiment. Eine nähere Specification der am Kriege Beteiligten endlich erklärte er für unmöglich, da er die Namen selbst nicht alle wissen könne.(!)

Die kaiserlichen Räte hatten, wie wir sahen, von Karl die Weisung erhalten, jedem Ansinnen des sächsischen Kurfürsten, das über die Erledigung des gefangenen Landgrafen hinausging, entschiedene Weigerung entgegen zu setzen. Es war an ein Entgegenkommen ihrerseits gegenüber den Forderungen Moritzens, deren allgemeine Formulierung die weitgehendste Auslegung zuliess, nicht zu denken. Ferdinand gewann die Einsicht: schritt man auf dem bisher eingeschlagenen Wege weiter, so war kein Ergebnis zu erzielen. Wie grosse Differenzen bei Friedensverhandlungen durch die geschickte Thätigkeit eines Vermittlers ausgeglichen werden können: wenn bei beiden Parteien der ernstliche Wille zur Versöhnung fehlt, dann entstehen Schwierigkeiten, die selbst grösstes diplomatisches Geschick zu beseitigen nicht im stande ist.

Gleichwohl wollte Ferdinand verhindern, dass die Verhandlungen rasch abgebrochen würden. Am Nachmittage des 20. Aprils unterhandelte er in geheimer Besprechung persönlich mit dem Kurfürsten. Am nächsten Tage fanden Unterredungen zwischen Moritz und den kaiserlichen Räten statt. Das schliessliche Ergebnis war: es sollte der kaiserliche Rat Schwendi zum Kaiser geschickt werden und von ihm eine neue Resolution fordern. Die Instruction, die Karl seinen Gesandten bezüglich der Punkte „Religion und Vertrag mit Frankreich“ nach Linz mitgegeben hätte, wäre, besonders was die Religion angehe, dunkel, sich in einigem widersprechend, betreffs des Vertrages mit Frankreich sehr eng.[1]) Aus der politischen Lage heraus erklärte der König es für notwendig, dass Karl auf die Forderungen des Kurfürsten Moritz einginge. In seinem dem Schwendi mitgegebenen Memorial[1]) führte er aus: Wenn Karl in dem Punkte „Religion“ auf seinem früheren Standpunkte verharre, sei Gefahr vorhanden, dass sich viele Reichsstände den Kriegsfürsten anschlössen. Wenn er sich bereit erkläre, mit dem französischen

1) Druffel II., Nr. 1335.

Könige zu verhandeln, könne man vielleicht Moritz von seinen Bundesgenossen trennen: denn alsdann habe der Kurfürst sein den übrigen Kriegsfürsten erteiltes Versprechen eingelöst, Unterhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich zu stande zu bringen. Auch die Möglichkeit wird in dem Memorial bereits erwogen, dass ein neuer Verhandlungstag anzuberaumen sei. Karl möge sich darüber erklären, welche Fürsten er zu demselben hinzuzuziehen wünsche und welcher Ort ihm für die Beratung geeignet erscheine.

Bis zur Rückkehr Schwendis von Innsbruck ruhten die Verhandlungen. Ferdinand und Herzog Albrecht von Baiern überzeugten sich mehr und mehr, dass Moritz sich in Linz zu keiner endlichen Zusage herbeilassen werde. Mit Mühe war er zu bewegen, die Rückkunft Schwendis abzuwarten.[1])

Am 23. April war Schwendi von Linz abgereist; bereits am 24. Abends traf er in Innsbruck ein. Am 27. langte er mit der kaiserlichen Resolution wieder in Linz an.

Die Antwort, die Karl auf das Memorial Ferdinands erteilt hatte,[2]) ist in vieler Hinsicht der Deklaration des Kurfürsten Moritz vom 20. April zu vergleichen. Wie dieser, so suchte auch der Kaiser zu vermeiden, deutlich den Standpunkt zu bezeichnen, den er gegenüber den streitigen Fragen einnahm; wie Moritz, verschob auch er die Erledigung der Streitpunkte auf künftige Verhandlungen.

Keine thatsächliche Zusage hat Karl in seiner Antwort den Bundesfürsten erteilt, ausser der einen, den Landgrafen nach der Auflösung des Kriegsheeres freizulassen — jener Zusage, die gleich beim Beginne der Verhandlungen als durchaus ungenügend befunden war. Die Sendung Schwendis, die bezweckte, den Kaiser zu weiteren Concessionen zu bewegen, musste als völlig erfolglos angesehen werden.

Gleichwohl versuchte Ferdinand noch einmal, Moritz in Linz zur Annahme eines definitiven Vertrages zu bewegen.

---

1) Vergl. Druffel II., Nr. 1356. III., p. 402.

2) Vom 25. April bei Druffel II., Nr. 1345. Dazu das Schreiben Karls an Ferdinand vom 25. April Lanz III., 185—86.

Wenn anders er bei diesem Versuche auf Entgegenkommen seitens des Kurfürsten rechnen wollte, musste er den Bundesfürsten grössere Concessionen machen, als es bisher geschehen war. In der That war Ferdinand hierzu bereit — in offenbarem und ohne Zweifel bewusstem Gegensatze gegen den ausdrücklichen Willen seines kaiserlichen Bruders. Der dringende Wunsch des Königs, Frieden zu stiften zwischen Karl und den Kriegsfürsten führte ihn dazu, das Mass der ihm vom Kaiser erteilten Vollmacht zu überschreiten.

„Damit der Kurfürst sehe, wie der Kaiser die Herstellung der Ruhe im Reiche deutscher Nation erstrebe“, giebt Ferdinand dem Kurfürsten die folgende Erklärung:[1])

1) Karl ist zur Befreiung des Landgrafen bereit: falls die Bundesfürsten ihr Heer entlassen und das Bündnis mit Frankreich aufgeben, wird 14 Tage später der Landgraf in Köln auf freien Fuss gestellt werden. In diesem Punkte richtet sich Ferdinand nach der Instruction des Kaisers.

2) Bezüglich des Punktes „Religion“ hatte Karl seinem Bruder bestimmte Directiven für sein Verhalten gegeben. Er hatte ihn ermächtigt, den von Moritz in seiner Declaration aufgestellten Artikel bez. der Augsburger Confession anzunehmen, doch mit der Bestimmung: dass man den Ausdruck „Nationalconcil“ vermeiden solle, weil er dem Papste verhasst sei.[2]) Da jener Artikel Moritzens, abgesehen von allgemeinen Klagen, nur die Forderung enthielt, bei künftiger Verhandlung solle man darauf bedacht sein, ob der Zwiespalt der Religion durch ein Nationalconcilium oder Colloquium verglichen werden möchte,[3]) so konnte Karl ihm, besonders wenn das Wort „Nationalconcil“ wegfiel, ohne Bedenken zustimmen. Lag es doch, nach dem Scheitern des Tridentiner Concils, in seiner eigensten Absicht, Verhandlungen über die Herstellung der Einheit der christlichen

---

1) Druffel III., Nr. 1322, VI. Sie trägt das Datum: 28. April. Nach Hunts Protokoll (ib. p. 399) erfolgte die Überreichung bereits am 27. April.

2) Druffel II., p. 428.

3) S. Druffel III., p. 401.

Kirche wieder zu eröffnen. Ferdinand war durch ein von Karl an ihn persönlich gerichtetes Privatschreiben darüber unterrichtet, dass der Kaiser nur in diesem Sinne den Artikel annehmen wolle.[1]) Und jetzt gelobte er, wie er fälschlich vorgab, anstatt und im namen I. Kai. M.

„Dass I. Kai. M. hinfuro der religions-und glaubenssachen halben mit der that keinen stand des h. reichs beschweren noch dringen wolle"; jetzt sagte er den Kriegsfürsten zu, bis es zu einer neuen Religionsvergleichung käme, dürften sie „irer renten, zins, gülten, güter und gerechtigkeiten halber unbeschwert und unbetrübt bleiben und sie derselben friedlich und rueblich gebrauchen und geniessen lassen."

3) Bezüglich seiner Stellung zu den Beschwerden über das Hofregiment hatte der Kaiser Ferdinand keine Andeutung gegeben. In dem Schreiben an Rye vom 18. April sagt er gelegentlich einmal ironisch: es schiene dieser Punkt dem Markgrafen Albrecht sehr am Herzen zu liegen. Der wünsche keine Justiz, weil er durch sie gezwungen würde, seine Schulden zu bezahlen. Und doch sei ohne Justiz eine Landesverwaltung undenkbar. Übrigens gebrauche er ja bei den Reichstagen deutsche Räte.[2]) Ferdinand erklärte namens des Kaisers: etwaige Beschwerden würde der Kaiser auf dem nächsten Reichstage anhören und mit den Kurfürsten beraten. Der Hofrat, dem die Reichssachen unterständen, solle mit deutschen Räten besetzt werden.

4) Dem Wunsche der Kriegsfürsten gemäss, so erklärte der römische König, würde Karl auf Frieden mit Frankreich bedacht sein, seinen eignen Nutzen dabei hintansetzen; doch müsse der Kurfürst die Bedingungen überreichen, auf welche hin der französische König eine Vermittlung erreichen zu können glaube. — Karl hatte über diesen Punkt an Ferdinand

1) Schreiben vom 25. April an Ferdinand (Lanz III., 185): Quest au premier lieu, qu ant à celluy de la religion, que je n' entends m' obliger ny traicter, sinon me remectant a ung concille conforme aux recez passez et a ce que en la diette touchee se traictera et conclura du consentement nostre et mien et des estaz.

2) Druffel II., p. 405.

geschrieben (Lanz III, 185) : Die Kriegsfürsten hätten Gründe genug, sich von Frankreich zu trennen, sie brauchten sich um dasselbe nicht mehr zu kümmern. Voraussetzung für jede Capitulation mit den Bundesfürsten sei ihre Trennung von Frankreich.

Moritz liess sich auf diese Vorschläge Ferdinands nicht ein: da ihm die hier in Aussicht stehenden Erbietungen unbekannt gewesen wären, so hätte er vom jungen Landgrafen keine Vollmacht zu erlangen vermocht.[1])

Damit hatten die auf den Abschluss eines endgültigen Friedensvertrages in Linz abzielenden Verhandlungen ihr Ende erreicht. Sie waren resultatlos verlaufen. Die folgenden Besprechungen in Linz bezweckten nur noch, nähere Vereinbarungen über einen neuen Verhandlungstag herzustellen.

Neben vielen Einzelheiten von untergeordneter Bedeutung galt es hierbei vor allem, zwei Fragen von principieller Wichtigkeit zu erledigen. Einmal: welche Reichsfürsten sollten an den künftigen Verhandlungen teilnehmen. Das konnte nicht zweifelhaft sein, dass die neuen Unterhandlungen auf breiterer Grundlage unternommen werden mussten, als die gegenwärtigen. Beschlüsse von reichsrechtlicher Bedeutung, wie sie ein Eingehen auf Moritzens Forderungen erheischte, konnten nur gefasst werden, wenn nicht von einem ordnungsgemäss berufenen Reichstage, so doch wenigstens von einer stattlichen Vertretung der Reichsstände. Über die Auswahl der zu berufenden Fürsten einigte man sich sehr rasch. Am 29. April schlug König Ferdinand folgende Fürsten vor: Die 4 rheinischen Kurfürsten, den Kurfürsten von Brandenburg, den Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Würzburg, Eichstädt, Passau, Herzog Albrecht von Baiern, Markgraf Hans von Brandenburg-Küstrin, Herzog Heinrich von Braunschweig, Herzog Wilhelm von Jülich, Herzog Christof von Würtemberg, Herzog Philipp von Pommern.[2]) Moritz erklärte sich mit der Berufung dieser Fürsten am 30. April einverstanden.[3]) Nur wünschte er, an Stelle eines der geist-

1) Vergl. dazu die von Moritz mit überreichten Artikel, die bei dem jungen Langrafen Anstoss erregen könnten. Druffel III., Nr. 1322, VII.

2) Druffel III., p. 411.

3) Druffel III., p. 412.

lichen Fürsten den Cardinal von Trient zu setzen, mit dem er seit Jahren freundschaftliche Beziehungen pflegte. Doch als Ferdinand am gleichen Tage auf Moritzens Wunsch einging und den Cardinal Madruzzo an Stelle des Bischofs von Eichstädt zu berufen versprach, stellte Moritz es dem Gutdünken des Königs anheim, welchen von beiden er an den Verhandlungen teilnehmen lassen wolle.[1]) Eine Reihe der von Ferdinand vorgeschlagenen Fürsten war dem sächsischen Kurfürsten, trotzdem dass sein Votum ein zustimmendes war, sicherlich wenig genehm gewesen: besonders beunruhigend musste der Umstand sein, dass fast die Hälfte derselben dem geistlichen Stande angehörte. Von ihnen allen schien man in der religiösen Frage nicht leicht Nachgiebigkeit erwarten zu können. Dazu kam, dass Markgraf Hans Moritzens persönlicher Gegner war. Wenn der Kurfürst gleichwohl auf Gegenvorschläge verzichtete, so führte ihn hierzu das Verlangen, die provisorische Beratung in Linz möglichst bald abzubrechen und in das Kriegslager zurückzukehren. Er wusste, dass dort seine Anwesenheit in hohem Masse erforderlich war.

Nicht so schnell, wie bez. der Auswahl der zu berufenden Fürsten, erfolgte in dem zweiten Punkte eine Einigung. Ferdinand stellte am 28. April an Moritz das Verlangen, dass bis zum Beginne der neuen Verhandlungen die Kriegsfürsten jede feindselige Handlung gegen Karl einstellen sollten.[2]) Geschickt wusste er die Notwendigkeit dieser Forderung durch den Hinweis auf die Sicherheit der zu dem Verhandlungstage geladenen Reichsfürsten zu begründen: keiner von ihnen, so meinte Ferdinand, werde gern Land und Leute verlassen, falls der Krieg fortdauere; ohne Aufrichtung eines Waffenstillstandes könne man eine Malstatt für einen künftigen Tag nicht bestimmen. Doch Moritz hütete sich, auf diese Forderung des Königs einzugehen. Er setzte ja eben darauf seine Hoffnung, dass er vor dem Zusammentritt der Friedensunterhändler dem Kaiser einen entscheidenden Schlag versetzt haben würde. Die Bemühungen

1) Im Linzer Abschied wird der Bischof von Eichstädt unter den zu berufenden Fürsten genannt.

2) Druffel III., p. 409.

Ferdinands blieben ohne Erfolg. In dem am 1. Mai aufgesetzten Linzer Abschiede[1]) zwischen Ferdinand und Moritz stand nur die Bestimmung: der letztere möge mit seinem „eussersten besten möglichen Fleisse“ bei seinen Mitverwandten dahin wirken, dass am 11. Mai ein bis zum Schlusse der Verhandlungen währender Waffenstillstand begänne.

Als Ort der neuen Verhandlungen ward im Linzer Abschiede Passau festgesetzt. Am 26. Mai sollten daselbst die Unterhandlungen beginnen.

Die Linzer Verhandlungen hatten somit nicht, wie Ferdinand anfangs gehofft hatte, zur Herstellung des Friedens im Reiche geführt.[2]) Die beiden kriegführenden Parteien standen sich am Schlusse der Unterhandlungen noch ebenso feindselig gegenüber, wie zuvor.

Nach einer Seite hin aber ist der Linzer Tag von bleibender Bedeutung geworden. Indem sich hier die Parteien dahin einigten, zu dem neuen Verhandlungstage jene Gruppe der vermittelnden Reichsfürsten hinzuzuziehen, war vorauszusehen, dass auf der neuen Zusammenkunft die Friedenspartei in ausschlaggebender Stärke vertreten sein würde.

Schon vor den Linzer Verhandlungen waren die rheinischen Kurfürsten mehrmals mit Ferdinand in brieflichen Verkehr getreten: am 24. März und am 12. April hatten sie Schreiben an ihn gerichtet und darin die Ansicht ausgesprochen, dass die Abstellung der aus dem Kriege erwachsenden Übel wohl nicht besser zu erreichen sei, als durch „guetliche underhandlungen und tregliche Mittelwege“.[3]) Ferdinand hatte an sie am 9. April ge-

1) Gedruckt bei Hortleder II., p. 1311—13.

2) Thöricht ist es, wenn Witter p. 67 sagt: Es wäre schwierig, auf Grund der bis jetzt vorliegenden Quellen eine Antwort darauf zu geben, ob Ferdinand gezwungen gewesen wäre, Moritz die Möglichkeit offen zu lassen, dem Kaiser durch einen gewaltigen Schlag die Reputation zu entziehen. Das schon Witter vorliegende reiche Quellenmaterial über die Linzer Verhandlungen ergiebt deutlich, dass Ferdinand sein möglichstes that, einen definitiven Friedensschluss zwischen Moritz und Karl in Linz zu stande zu bringen.

3) Die Schreiben der Kurfürsten, resp. ihrer Räte gedruckt bei Kugler, Würtembergische Jahrbücher 1868 p. 391 u. 399.

schrieben und sie ermahnt, neben den Linzer Verhandlungen her ihre Beratungen weiter zu pflegen.[1]) Doch jetzt erst, durch die Beratungen der Linzer Versammlung, ward eine Vereinigung der beiden grossen — durch Ferdinand auf der einen, durch die Reichsfürsten auf der andern Seite vertretenen — friedlichen Strömungen angebahnt. Gleich nach dem Schlusse der Verhandlungen sandte Ferdinand seinen Rat Zasius nach Worms ab, wo die rheinischen Kurfürsten — teils persönlich, teils vertreten durch Räte — in Gemeinschaft mit dem Herzoge von Würtemberg und Gesandten von Würzburg und Jülich am Tage nach dem Linzer Abschiede Besprechungen unter einander eröffneten. Am 8. Mai kam Zasius in Worms an. Er teilte den Fürsten die Linzer Beschlüsse mit und bat sie, auf dem Tage zu Passau zu erscheinen oder doch ihre Gesandten dahin zu schicken.[2]) Die Fürsten erklärten am 9. Mai dem Zasius: sie seien jeder Beförderung des Friedens geneigt und würden, wenn nicht die von den Franzosen drohende Gefahr sich vergrössern würde, Ferdinands Wunsche willfahren.[3]) So reichten sich Ferdinand und die zu Worms versammelten Fürsten in ihren auf Herstellung des Friedens gerichteten Bestrebungen gegenseitig die Hände.

---

3. Kapitel.

Die Ereignisse vom Schlusse des Linzer Tages bis zum Beginne der Passauer Verhandlungen.

Während der Zeit, da Moritz in Linz weilte, hatte sich die politische Lage wesentlich zu Ungunsten der Bundesfürsten verändert. Ihre kriegerischen Unternehmungen waren nicht von Erfolg begleitet gewesen. Sie belagerten 6 Tage lang vergeb-

1) ibidem p. 397.
2) Vergl. Kugler in den Würtembergischen Jahrbüchern 1869, p. 348—49.
3) ibidem p. 360.

lich die Stadt Ulm, die die verlangte Übergabe hartnäckig verweigerte: am 19. April mussten sie unverrichteter Sache von der Stadt abziehen.[1]) Die Kunde von diesem kriegerischen Misserfolge der Bundesfürsten drang rasch in alle Teile Deutschlands; am 13. Mai schrieb ein Vertrauensmann der Kriegsfürsten an die letzteren aus Lübeck: weil sich Ulm gehalten habe, wäre vorläufig jede Aussicht geschwunden, die Hansestädte zum Anschluss an die Kriegsfürsten zu bewegen.[2]) Die Anhänger des Kaisers schöpften neuen Mut; sie begannen, sich über die Truppenstärke des Bundesheeres zu informieren und fanden, dass dieselbe bedeutend geringer sei, als sie anfangs geglaubt hatten.[3])

Von grösserer Tragweite noch ward es, dass der Markgraf Albrecht-Alcibiades sich vom Bundesheere trennte und den Krieg auf eigene Faust weiter führte. Mit der Art, wie die Bundesfürsten auftraten, war Albrecht von Anfang an nicht einverstanden gewesen. Er hatte gehofft, in diesem Feldzuge den Reichsstädten gewaltige Contributionen auflegen und auf diese Weise grosse Reichtümer erwerben zu können: statt dessen erhielten dieselben glimpfliche Capitulationen. Der Entschluss Moritzens, nach Linz zu reisen, erhöhte noch seine Verstimmung und trug dazu bei, dass er in der ersten Hälfte des April das Bundesheer verliess. Während das letztere Ulm belagerte, plünderten Albrechts Soldaten im Würtemberg'schen Donaukreis. Am 12. April eroberte der Markgraf das feste Schloss Helfenstein, brannte darauf das Zisterzienzerkloster Königsbronn nieder und nahm schliesslich seinen Weg nach Franken zu.[4]) Hier setzte er seine Brandschatzungen fort. Am 4. Mai erschien er mit 1500 Reitern und 18 Fähnlein Knechten in der Umgegend von Nürnberg und forderte von dem Rate der Stadt eine unumwundene Erklärung, ob er Freund oder Feind der Bundesfürsten sein wolle. Der Rat wies auf den mit Moritz und Wilhelm geschlossnen Vertrag hin, nach

1) S. Issleib p. 28.
2) Druffel II., Nr. 1400.
3) Vergl. besonders Lanz Staatspapiere, p. 502 u. 504.
4) Voigt I., p. 283.

welchem Nürnberg durch die im Lager vor Ulm geleistete Zahlung von 100000 Gulden vor jeder Belästigung seitens des Kriegsvolkes sicher gestellt war. Albrecht begann nichts destoweniger am 11. Mai die Belagerung der Stadt.[1]) Furchtbar wurde die Umgegend Nürnbergs von seinen Söldnern heimgesucht. Halb türkisch ist es, was Markgraf Albrecht vor und um Nürnberg anrichtet — so schrieb in jenen Tagen Graf Albrecht Schlick an den Markgrafen Johann von Küstrin.[2]) Um dieselbe Zeit wurden die Bischöfe von Würzburg und Bamberg zu einer Capitulation gezwungen, deren Bestimmungen von einer erschreckenden Masslosigkeit Albrechts zeugen. Hatten Moritz und Wilhelm vom Bischof von Würzburg 60000 Gulden, von dem Bamberger Bischof 12000 Gulden gefordert, so musste jetzt der erstere 570000 Gulden erlegen, der letztere in die Zahlung von 80000 Gulden und die Abtretung von 20 Ämtern des Bistums willigen.[3])

Moritz blickte unwillig auf die rohen Gewaltthaten Albrechts. Den ganzen Ernst der Situation erfuhr er erst, als er wieder im Kriegslager angelangt war.[4]) Die Schreiben Albrechts[5]) liessen es deutlich erkennen: er würde sich mit einer Brandschatzung Nürnbergs nicht begnügen lassen, sondern nach der Eroberung dieser Stadt gegen andre Reichsstädte — zunächst

---

1) Voigt I., p. 291—294.

2) Voigt I., p. 306. Janssen III., 665 u. ö. stellt natürlich den Markgrafen, über dessen Gräuelthaten unter Katholiken und Protestanten nur ein Urteil der Entrüstung herrschte, als das eigentliche Haupt und die Seele des Fürstenbundes hin. Albrecht hat dem Bunde mehr geschadet als genützt.

3) Voigt I., p. 299 und 302. Die Capitulation mit Bamberg erfolgte am 19., die mit Würzburg am 21. Mai.

4) Moritz traf in Gundelfingen an der Donau wieder mit dem Bundesheere zusammen. Dahin war dasselbe am 1. Mai gelangt. Sleidan III., p. 356. Die Marschroute des Bundesheeres bei Häberlin II., p. 166—67 u. Issleib p. 28—29. In Stockach im Hegau nahm Landgraf Wilhelm die französischen Subsidien und als Geisel den Herrn von Jametz entgegen. (Der als andrer Geisel bestimmte Herr von Nauteuil war unterwegs gestorben.)

5) Vergl. besonders seinen Brief an Moritz vom 7. Mai, Druffel II, Nr. 1387. Ferner Druffel II., Nr. 1403.

Regensburg[1]) — in gleicher Weise vorgehen. Auch erschien der Markgraf den sämtlichen süddeutschen Städten als gemeinsamer Feind: als Mitte Mai die Abgeordneten von 27 Städten in Augsburg versammelt waren,[2]) wurden daselbst allgemein Klagen über Albrecht laut.[3]) Es gewann die Belagerung Nürnbergs und die Brandschatzung der Bistümer Bamberg und Würzburg allgemeinere Bedeutung. Moritz hatte den Reichsständen durch sein Verhalten und durch ausdrückliche Erklärungen stets kund gethan, dass sein Kriegszug ausschliesslich gegen den Kaiser gerichtet sei. Albrecht bewies durch sein Vorgehen, dass er in diesem Unternehmen auf Kosten der Reichsstädte und der geistlichen Territorien möglichst grossen eignen Gewinn zu erlangen suchte, unbekümmert darum, ob er damit bei den Ständen des Reiches Anstoss erregen würde oder nicht. Hatte er doch bereits in seinem Ausschreiben gesagt: Niemand dürfe es ihm verdenken, wenn er die übermässige „und in göttlichem und geistlichem Gesetz und Rechten verbotene“ Gewalt der Bischöfe und Prälaten im Reich schwächen und brechen würde.[4]) So gerieten die Bundesfürsten zu dem Markgrafen Albrecht in einen Gegensatz, der die Einheitlichkeit der kriegerischen Action unmöglich machte und für die Zukunft schlimme Gefahren in sich barg.[5]) Für die Bundesfürsten war dies Verhältnis um so unerquicklicher, als sie wussten, dass Karl kein Mittel unversucht liess, Albrecht durch Geldzahlungen auf seine Seite zu ziehen.[6])

---

1) Vergl. Druffel II., Nr. 1450. Ferner Widmann, Regensburger Chronik, in den Chroniken deutscher Städte XV., p. 224.

2) Vergl. Druffel II., Nr. 1389 u. 1428. Ferner G. Egelhaaf II., p. 565.

3) Voigt I., p. 306.

4) Hortleder II., p. 1302.

5) Der Gegensatz der Politik Moritzens und Albrechts findet einen treffenden Ausdruck in dem Schreiben, welches Moritz am 21. Juni 1552 an den Cardinal von Trient aus Passau richtet, abgedruckt bei Sinnacher, Beyträge zur Geschichte der bischöflichen Kirche Säben und Brixen in Tirol. Brixen 1831. VII., p. 441 f. Hier sagt Moritz: „Obschon Etliche unsere Mitverwandte sich vernemen lassen, das sy den geistlichen Herren den uberigen Pracht abziehen wollen, so sein Wir doch in dem geschrai nicht, das Wir unsers tails vil darzue helffen, sondern man gibt uns vil mehr schuld, das Wir der Pfaffen zu gueter freund seyen.“

6) Maurenbrecher p. 301. Voigt I., p. 284.

Im Westen des Reiches, an der französischen Grenze, nahmen die Ereignisse gleichfalls einen Verlauf, der für Moritz und seine Genossen nicht günstig war. König Heinrich hatte den Feldzug etwa zu derselben Zeit begonnen, wie die Bundesfürsten. Ehe noch die Königin Maria ihm von den Niederlanden aus eine genügende Heeresmacht entgegenstellen konnte, war Toul genommen.[1]) Schon am 10. April zog der Connetable Monmorency in Metz ein, das keinen Widerstand leistete, am 18. folgte der König selbst dahin nach.[2]) Ganz Lothringen befand sich in den Händen der Franzosen: Heinrich machte ernstliche Anstalten, das Land dauernd dem französischen Reiche einzuverleiben. Noch waren mit dem Erwerbe von Lothringen die Eroberungsgelüste Heinrichs nicht befriedigt. Auf das mächtige Strassburg richtete er begehrlich seinen Blick. Ein Glück für die Stadt, dass sie das Verlangen des Königs, seinem Heere Einlass in ihre Mauern zu gewähren, zurückwies. „Sie haben daran weisslich gehandelt", schreibt der damals im französischen Heere weilende Schärtlin von Burtenbach,[3]) „dann da wir hinein, weren wir mit lieb nimmermehr herauskommen". Zu Beginn des Monats Mai war ein grosser Teil des linken Rheinufers von dem französischen Heere besetzt: Heinrich hatte sich nicht gescheut, Gebietsteile zu occcupieren, die dem rheinischen Pfalzgrafen gehörten.[4]) Bis in die Gegend von Speyer war er vorgerückt.[5])

1) Thuani Historiarum sui temporis libri Tomus I., p. 346 (der Londoner Ausgabe).

2) Sleidan III., p. 353. Thuanus I., 347. Druffel II., Nr. 1290.

3) Leben und Thaten des weiland wohledlen und gestrengen Herrn Sebastian Schärtlin von Burtenbach ed. Schönhuth 1858. p. 89. Vergl. ferner Sleidan III., 357—359, der hier natürlich vortrefflich unterrichtet ist. — Holländer, Strassburg im franz. Kriege 1552. Beiträge zur Landes- und Volkskunde von Elsass-Lothringen. 6. Heft. Strassburg 1888.

4) Thuanus I., p. 350.

5) Am 7. Mai schrieb er an die zu Worms versammelten Fürsten, sie möchten nach Speyer kommen, wo er in 4—5 Tagen eintreffen werde. Das Schreiben bei Kugler Würt. Jahrb. 1868 p. 433. Nach Ribier II., p. 392 hat Heinrich thatsächlich vor Speyer gelegen, wiewohl die Gesandtschaft der Wormser Fürsten ihn am 13. Mai bereits vor Weissenburg traf.

Das Vorgehen des französischen Königs konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der Reichsstände, insbesondere der rheinischen Kurfürsten bleiben. Wie nachdrücklich sie am Anfange des Krieges dem Kaiser und den Bundesfürsten gegenüber ihre Neutralität betont hatten: jetzt wurden sie notwendig auf die Seite des Kaisers hinübergedrängt.[1]) Drohend stand ihnen das Schicksal von Metz, Toul und Verdun vor Augen. Leicht konnten auch ihre Lande von französischen Truppen überschwemmt und ausgesaugt werden — von jenen Truppen, die die Bundesgenossen der deutschen Kriegsfürsten waren. Nicht sowohl nationale Entrüstung über den Verlust der lothringischen Reichsstädte, als territorial-politische Besorgnisse bewirkten eine Annäherung der rheinischen Kurfürsten an Karl. Zu kräftigem Handeln waren sie freilich wenig entschlossen. Sie schickten eine Gesandtschaft an den französischen König ab, die ihm in devotester Form den Wunsch aussprechen sollte, er möge mit seinem Heere aus Deutschland abziehen: der Kaiser habe sich bereit erklärt, den hessischen Landgrafen freizulassen und die deutsche „Libertät" nicht zu beeinträchtigen — damit wären ja die Hauptursachen des Krieges erledigt.[2]) Einen besseren Einblick indessen, als durch diese Gesandtschaftsinstruction, erhalten wir in die Gesinnung der rheinischen Fürsten aus einem Berichte, den Gerhard Veltwyk, der Secretär der Königin Maria, über eine Unterredung mit dem Erzbischofe von Köln nach Brüssel schickte.[3]) Veltwyk blickt sehr vertrauensvoll in die Zukunft. Der zuversichtliche Ton, in dem er schreibt, zeigt, dass er der Meinung ist, der Augenblick liege nicht mehr ferne, da Karl die aufrührerischen Bundesfürsten zu Paaren treiben könne. Die Einnahme von Metz und Lothringen habe in Deutschland allgemeine Entrüstung hervorgerufen.[4])

1) Dies hat besonders nachdrücklich hervorgehoben Maurenbrecher p. 298. Druffel, Hist. Zeitschrift XVIII., p. 152 vermag dagegen nichts von Wesenheit vorzubringen.

2) Kugler, Würt. Jahrb. 1868 p. 407.

3) Der Bericht vom 30. April bei Lanz, Staatspapiere p. 501—508.

4) Vergl. über die Versammlung zu Oberwesel Druffel III., p. 416—426.

Deutlich spricht ferner der Unmut der rheinischen Fürsten über die Bundesfürsten, die im letzten Grunde doch an allem Unheil schuld seien, aus der Einleitung eines an den König von Frankreich aus Worms gerichteten Schreibens.[1]) „Wir haben", so schreiben sie, „zu unserm grossen Leidwesen vor einiger Zeit vernommen, dass verschiedene Tumulte im Reiche entstanden und von einigen Fürsten des heiligen Reiches neue Kriegsunternehmungen, neue Brandschatzungen ins Werk gesetzt sind, höchst gefährliche Kriege, die das schlimmste Unheil im Gefolge haben müssen." Der Eindruck, den die Einnahme von Metz in Deutschland hervorrief, blieb auch im Ausland kein Geheimnis. Am 25. Mai berichtete der Cardinal von Tournon an den König von Frankreich aus Rom: „Die Nachrichten, die aus Deutschland an den Papst und die Venetianer gelangen, enthalten, dass die Deutschen schon einigen Ärger empfinden über die Einnahme und Befestigung von Metz, was bei ihrer Wandelbarkeit den Anlass geben könnte, ihre Gesinnung zu ändern und ihnen den Glauben zu benehmen, den sie bisher hatten, dass das, was Ew. Maj. thäten, für ihre Befreiung geschähe."[2]) Hierzu kam, dass König Heinrich durch sein Vorgehen in Metz die Gefühle der protestantischen Deutschen schwer verletzen musste: nachdem er in die Stadt eingezogen war, liess er daselbst die lutherischen Schriften und Bücher den Bewohnern entreissen und verbrennen.[3])

All diese Umstände — das Ausbleiben eines grossen kriegerischen Erfolges, die Trennung des Markgrafen Albrecht vom Bundesheere, das rücksichtslose Vorgehen des französischen Königs an der Westgrenze des Reiches —, dazu noch der Ungehorsam der eignen Landesstände und die Besorgnis, dass Herzog Johann Friedrich von Karl aus seiner Gefangenschaft entlassen und mit Heeresmacht gegen ihn ausgeschickt würde, riefen in Moritz

1) Gedruckt bei Kugler, Württ. Jahrb. 1868 p. 405. Das Schreiben (datiert vom 6. Mai) ist Entwurf. Es steht dahin, ob es in dieser Fassung abgeschickt ist.

2) Ribier II., 424.

3) Dies berichtet Raynaldus Annales ecclesiastici Tomus XXI., Pars II., p. 31.

schwere Besorgnisse hervor und befestigten in ihm den Entschluss, baldmöglichst den Frieden herbeizuführen.

Was Landgraf Philipp vor dem Ausbruche des Krieges seinem Sohne warnend geschrieben hatte:[1]) „So ists umb den Krieg, als wan einer mit dreien Wurffeln funfftzehn will werffen, geraten kaume sechs, ist ein ungewis gefahrlich Ding umb den Krieg", das hatten die Bundesfürsten durch den missglückten Angriff auf Ulm genugsam erfahren. Sicherlich bringt Moritz seine innerste Ansicht zum Ausdruck, wenn er am 29. April von Linz aus an seine Frau, die er im übrigen nicht in seine politischen Geheimnisse einweiht, schreibt: „In summa, es muss längstens in zwei Monaten Frieden geschlossen werden oder Deutschland muss zu Grunde gehen."[2])

Eine Lockerung des bisherigen festen Bündnisses mit Frankreich schien dem Kurfürsten in Anbetracht der damaligen politischen Lage unbedingt notwendig zu sein. Der französische König war in gleicher Weise der Feind der vermittelnden Reichsstände, deren Lande er bedrohte, und Ferdinands, mit dessen Bedrängern — den Türken — er in engem Bundesverhältnis stand. Wollte Moritz bei den künftigen Friedensverhandlungen die vermittelnden Fürsten zu einem Eingehen auf seine Forderungen bewegen, so durfte er nicht als Freund und Bundesgenosse Frankreichs auftreten. Bereits in Linz hatte Moritz Ferdinand gegenüber keinen Hehl daraus gemacht, dass ihm die französische Bundesgenossenschaft lästig sei. Der Kaiser möge nur mit dem französischen Könige baldmöglichst Frieden schliessen, so erklärte der Kurfürst. Alsdann würde sich leicht ein Anlass zu einem neuen Kriege mit Frankreich finden, in welchem er — ohne gegen irgend eine Abmachung zu verstossen — Karl Kriegshülfe leisten könne.[3])

1) Brief des Landgr. Philipp an seinen Sohn Wilhelm aus Mecheln vom 16. März, bei Duller, Neue Beiträge zur Geschichte Philipps des Grossm. 1842 p. 212.

2) G. A. Arndt Nonnulla de Ingenio et Moribus Mauritii. Leipz. 1806 p. 13. Issleib p. 28.

3) Diese interessante Äusserung berichtet Karl an seinen Sohn Philipp am 9. Juni. Döllinger p. 201: que despues no faltarian occasiones, por donde tornar a romper la guerra y que en este caso el nos podria servir y seguir libremente sin ir contra lo que tiene capitulado.

Am 3. Mai schrieb Moritz von Augsburg aus an König Heinrich den Absagebrief.[1]) Wie freundlich immer der Ton des Briefes gehalten sein mag: in bündigen Worten spricht es Moritz aus, dass er fortan nicht mehr gemeinsam mit Frankreich den Krieg führen will. In Linz habe er vom Kaiser einen solchen Bescheid erhalten, dass er hofft, „das denselben unsern beschwerungen nuhemer ane ferneren krieg, Plutvergiessen ader vorterb der armen Leute fuglich konnen abgeholffen werden.“ Wenn man die kaiserlichen Anerbietungen ausschlagen würde, wäre nichts gewisser, als der „eusserste vorterb, vorwustung und undergang“ der ganzen deutschen Nation. Auch sei alsdann Gefahr vorhanden, dass der gefangene Landgraf Philipp von den Kaiserlichen getödtet werde. Deshalb möge Heinrich es ihnen, den Kriegsfürsten, nicht verargen, wenn sie sich am 26. Mai in Passau zur Friedensverhandlung einfänden, sondern vielmehr sich selbst mit dem Kaiser aussöhnen, so dass er durch Moritz den Kaiser von den Bedingungen, unter denen er Frieden schliessen wolle, in Kenntnis setze. Denselben Inhalt hat die Antwort, die Moritz in jenen Tagen dem Herrn Lansac erteilte, welchen Heinrich nach Augsburg geschickt hatte, damit er Erkundigungen über die Gesinnung und die Absichten Moritzens einzöge.[2])

Entledigte sich Moritz somit der Fesseln des französischen Bündnisses, die anfingen, ihm lästig zu werden, so war er darum nicht minder entschlossen, den Feldzug gegen den Kaiser fortzusetzen. Die Absage von Frankreich vermochte wohl die Reichsstände und Ferdinand freundlicher gegen ihn zu stimmen: Karls starrer Sinn schien nur durch einen grossen Sieg der Bundesfürsten zur Nachgiebigkeit gebracht werden zu können.

In diesem Punkte trafen Moritzens Wünsche mit denen seiner Genossen zusammen. Landgraf Wilhelm, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und der Pfalzgraf Ottheinrich von

1) Gedruckt bei v. Langenn II., 346—349. v. Langenn datiert den Brief: Landshut den 2. Mai. Das ist nach Druffel II., Nr. 1374 Note 2 wohl nicht richtig. Druffel teilt zugleich Vervollständigungen des Wortlauts mit.

2) Davon berichtet Thuanus I., p. 352.

Pfalz-Neuburg, welcher sich Anfang April den Bundesfürsten angeschlossen hatte, brannten vor Begierde, den Kaiser in Person aufzusuchen und aus seinem Sitze in Innsbruck aufzuscheuchen. Moritz hatte Mühe, den Kriegseifer der übrigen Fürsten zu mässigen und unbedachte Übereilung zu verhüten. Als er verlangte, dass sie in einen Waffenstillstand für die Dauer der Passauer Verhandlungen willigen sollten, stiess er auf heftigen Widerspruch. Nur Landgraf Wilhelm liess sich dazu bewegen, gemeinsam mit Moritz eine schriftliche Erklärung abzugeben, in der beide Fürsten versprachen: falls der Kaiser samt seinen Bundesgenossen nichts Feindliches vornehme, würden sie einen Waffenstillstand halten, der am 26. Mai — dem Tage des Beginnes der Passauer Verhandlungen — anfangen und 14 Tage währen solle.[1]) Der Herzog Johann Albrecht hat in diesen Stillstand nicht gewilligt.[2]) Bis zum 26. Mai indessen behielten sich auch Moritz und Wilhelm völlige Freiheit des Handelns vor; bis zu diesem Tage hofften sie, dem Kaiser, dessen Kriegsrüstungen noch nicht vollendet waren, eine entscheidende Niederlage beigebracht zu haben, aus der sie dann während der Passauer Verhandlungen Vorteil ziehen könnten.[3])

Sofort nach Moritzens Rückkehr ins Kriegslager trieben die übrigen Fürsten zum Aufbruch gegen den Feind. Herzog Johann Albrecht, der in Augsburg zurückgeblieben war,[4]) schrieb am 9. Mai an den im Kriegslager weilenden de Fresse:[5]) „Es sicht mich diser handel etwas seltzam an. Man verdirbt die

1) Erklärung Moritzens und Wilhelms vom 10. Mai. Druffel II., Nr. 1392. — Wenn Buchholz VII., p. 73 meint: Moritz habe sich bemüht, dass seine Genossen einen Stillstand schon vom 11. Mai an bewilligten — wie in Linz verabredet war —, so dürfte dies kaum richtig sein. Sonst müsste man annehmen, dass Moritz nur ungern an dem Sturme auf die Ehrenberger Klause und dem Vorrücken gegen Tyrol teilgenommen habe.

2) Dies erklärt er selbst gegenüber Moritz am 26. Mai bei Druffel II. Nr. 1448 und in seiner Instruction für Andreas Saur vom 4. Juni nach Schirrmacher I., p. 184. Anm. 3.

3) Diese Erwägung stellt bereits v. Langenn I., p. 526 an.

4) Nach Voigt I., p. 307, um die Verhandlung mit den Vertretern der Städte zu leiten.

5) Der Brief gedruckt bei Schirrmacher II., p. 170—71.

freunde, lieget stille, versäumt die Zeit, richtet nichts aus, verthut das geldt.“

Am 12. Mai[1]) erfolgte der Abmarsch aus dem Feldlager von Gundelfingen. Südwärts ging der Zug: es galt, „den Fuchs in der Spelunke aufzusuchen“.[2]) Am 18. Mai stiess das Heer der Kriegsfürsten auf die kaiserlichen Truppen, die bei Reutte südlich von Füssen, ein Lager bezogen hatten. Sie wurden unter beträchtlichen Verlusten zum Weichen gebracht und zum Rückzug auf die Ehrenberger Klause gezwungen. Um ihren Besitz begann am nächsten Tage ein neuer erbitterter Kampf. Wieder blieben die Truppen der Bundesfürsten Sieger: der Pass wurde erstürmt, der kaiserlichen Truppen „bis in ein Thausendt erstochen, erschossen, gefangen und auch viel im Lech ersoffen.“[3]) Ein glänzender Sieg war erfochten. Nichts mehr stand dem Vordringen der Bundesfürsten gegen Innsbruck, den Sitz des Kaisers, im Wege.

Die Nachricht von dem Anrücken der Feinde war Karl völlig überraschend gekommen. Als er Mitte April von dem Zuge der Kriegsfürsten gegen Ulm erfuhr, glaubte er, sie hätten ihren ursprünglichen Plan, gegen Innsbruck vorzurücken, endgültig aufgegeben.[4]) Hatte er sich vorher mit dem Gedanken getragen, seinen gefährdeten Sitz zu verlassen und sich nach Italien zu begeben,[5]) so vernehmen wir seitdem nichts mehr von dergleichen Absichten. Die notwendigen Vorsichtsmassregeln

---

1) Vergl. Druffel II., Nr. 1396 u. 1403 Note 1.

2) Der Plan, gegen Tyrol vorzurücken, war von den Bundesfürsten schon frühzeitig gefasst worden. Vergl. Druffel III., p. 262—263. Deshalb ist die Nachricht bei Häberlin II., p. 172, erst in Berolzhofen habe der franz. Gesandte darauf angetragen, den Handstreich auf die Ehrenberger Klause zu unternehmen, mit Vorsicht aufzunehmen.

3) Bericht über die Erstürmung der Ehrenberger Klause in Lischs Jahrbüchern des Vereins für mecklenburgische Geschichte Bd. XX, p. 79—81 und in einer davon abweichenden Form bei Schönherr p. 333 (benutzt bei v. Langenn I., p. 526). Das Schloss Ehrenberg selbst blieb unerobert nach Druffel II., Nr. 1438 und Schönherr p. 277, dessen Darstellung im übrigen sehr wenig anschaulich ist.

4) Dies spricht Karl selbst aus Druffel II, p. 405.

5) Vergl. Karl an Maria. 7. April. Lanz III., p. 163.

liess er sorglos ausser Acht. Als die Kriegsfürsten die Grenze von Tyrol bereits überschritten hatten, befand sich — nach dem Berichte des damals am Hofe Karls weilenden englischen Gesandten Roger Asham — kein kaiserlicher Soldat in Innsbruck, und Karl musste zum Schutze seiner Person 20 Spanier aus Hall dahin beordern. „Ich wunderte mich“, bemerkt Asham dazu, „wie der Kaiser in so gefährlicher Zeit so sehr ohne alle Truppen sein konnte, dass er sogar diese 20 Spanier eigens holen lassen musste.“[1])

Ferdinand weilte in jenen Tagen in Karls Umgebung. Er war am 7. Mai in Innsbruck angelangt, um mit dem Kaiser die Ergebnisse der Linzer Verhandlungen und die in Zukunft zu ergreifenden Massregeln zu besprechen.[2]) Sogleich nach dem Eintreffen der Nachricht von der Eroberung der Klause hielten die beiden Brüder eine Beratung ab und kamen zu dem Schlusse, dass schleunige Flucht geraten sei.[3]) Am 19. Mai, Abends $^1/_2$9 Uhr,[4]) verliess der Kaiser, in einer Sänfte getragen, von seinem Bruder Ferdinand und einigen Hundert Reitern begleitet, Innsbruck und schlug unter strömendem Regen die Strasse über den Brenner ein. Voller Furcht, dass die Feinde ihm auf dem Fusse folgen möchten, wagte er es erst, in Bruneck Halt zu machen. Und auch hier glaubte er sich nicht sicher genug. Tiefer hinein in die Berge nahm er seinen Weg: nach einer kurzen Rast in Lienz setzte er seine Reise bis Villach fort. In dieser Stadt nahmen er und sein Hof für die nächsten Monate ihren Aufenthalt.

Unterdessen waren am 23. Mai Kurfürst Moritz, Landgraf Wilhelm und Herzog Johann Albrecht an der Spitze ihrer Truppen in Innsbruck eingezogen. Massvoll war das Verhalten der Bundesfürsten gegenüber den Bewohnern der Stadt. Um sie vor gewaltthätigen Übergriffen seitens der siegreichen Söldner

---

1) A. Katterfeld Roger Asham p. 174—175.

2) Schönherr p. 274.

3) Druffel II., Nr. 1423.

4) Nach Schönherr p. 281. Eine anschauliche Schilderung seiner Flucht giebt Karl selbst in dem Schreiben an Maria vom 30. Mai Lanz III., pag. 204.

zu schützen, wies Moritz seinen Soldaten Quartiere ausserhalb Innsbrucks an und verbot ihnen aufs strengste den Eintritt in die Stadt. Was an kaiserlichem Besitztum noch vorgefunden wurde, fiel nach Kriegsrecht in die Hand der Sieger. Dagegen machte Moritz seinen ganzen Einfluss dahin geltend, dass das Eigentum des römischen Königs unangetastet blieb.[1]) Eine minder glimpfliche Behandlung, als die Bewohner der Stadt, erfuhren die Bauern der Umgegend: die beutelustigen Söldner suchten sich an ihrem Besitze schadlos zu halten.[2])

Nur von kurzer Dauer war der Aufenthalt des Kriegsheeres in Tyrol. Bereits am 25. Mai begann es den Rückmarsch von Innsbruck.[3]) Am gleichen Tage verliess Moritz das Heer und trat, begleitet von dem Herzoge Georg von Mecklenburg, seine Reise nach Passau an.

Grossartig muss die Mässigung Moritzens erscheinen, bewundernswert sein Entschluss: unmittelbar nach dem schönsten Siege den Kampf gegen den Kaiser abzubrechen, das Kriegsheer zu verlassen, in eigner Person nach Passau zu gehen.[4]) Der helle Jubel, den seine Genossen über die dem Kaiser beigebrachte Niederlage anstimmten, vermochte ihm den klaren

1) Nur Herzog Johann Albrecht kehrte sich nicht an diese Forderung Moritzens. Schönherr, der uns pag. 286—293 über den Aufenthalt der Kriegsfürsten in Innsbruck nähere Details mitteilt, bringt in sonderbarer Weise seinen Ingrimm darüber zum Ausdruck, dass die Kriegsfürsten Besitzgegenstände als Kriegsbeute mit fortnahmen: der Herzog von Mecklenburg „stiehlt" und „gefällt sich im Annexieren" u. s. f. Auch hier, wie sonst öfters, hat Schönherr die wertvollen ihm zu Gebote stehenden Archivalien unkritisch benutzt. So erscheint der bekannte Graf Heinrich von Plauen, der Oberstmarschall von Böhmen und Fürst von Reuss, unter der Bezeichnung Herr von Plau, genannt Reuss, als oberster Hofmarschall Moritzens. p. 287 u. ö.

2) Schönherr p. 286.

3) Nach Sibottendorfs Tagebuch bei Druffel III., p. 359. Darnach ist Issleib, der p. 35 als Datum den 26. Mai giebt, zu berichtigen.

4) Maurenbrecher bemerkt in Sybels Hist. Zeitschrift XX., p. 333: „Wohl mag es oft schwieriger erscheinen, den militärischen Sieg politisch zu verwerten, als ihn zu erfechten. Bei einem von Erfolgen gekrönten Unternehmen fällt es oft schwer, im Siege zu rechter Zeit stille zu stehen und nicht mehr vom Gegner zu verlangen, als festzuhalten und zu behaupten möglich sein wird."

Blick nicht zu trüben. Er verhehlte sich nicht, dass der Sieg an der Ehrenberger Klause mehr eine moralische, als strategische Wirkung hinterlassen würde. War doch thatsächlich die Situation im Felde durch ihn nicht wesentlich geändert worden: die Person des Kaisers in Sicherheit, die Bundesfürsten bei der geringen Stärke ihrer Truppen nicht im stande, durch einen Einfall in Italien dem Kaiser weitere Verluste beizubringen, und gezwungen, den Rückmarsch aus Tyrol anzutreten.

Der Entschluss, nach Passau zu gehen, hatte bei Moritz seit den Linzer Verhandlungen unwandelbar festgestanden. Wir besitzen einen undatierten Entwurf eines von ihm an den König Ferdinand gerichteten Schreibens, dessen Inhalt uns den Beweis liefert, wie seine Gedanken in jener Zeit auf den Frieden gerichtet waren.[1]) Von dem Kaiser spricht er, als von „seinem allergnädigsten Herren." Ferdinand möge ihn bei Karl entschuldigen, dass er sich in diese Kriegshandlung eingelassen habe. Der König wisse ja: dass Moritz „sich zum hochsten gevleissiget, der hochgedachten Kay und Euer Kon. Mt ehre und Reputation zu erhalten und dabey alle mein vormug, liebs und guts nit zu sparen." Vor dieser Zeit habe er sich niemals zu einem Bündnis gegen die Kais. Maj. bewegen lassen, ungeachtet dessen, was derhalben an ihn gelangt sei. Jetzt habe er sich, nur der Einmahnung der hessischen Landgrafen folgend, zum Kriege entschlossen. „Damit aber habe ich niemals beschlossen noch gewilligt, der Kay. und Kon. Mt. Ehre, Reputation und Hoheit zu vorkleinern ader wider meine oberkeit, stadt und hocheit zu sein." — Unmittelbar vor dem Beginne der Unternehmung auf die Ehrenberger Klause, am 18. Mai aus dem Feldlager bei Rosshappen, richtete Moritz von neuem ein Schreiben an Ferdinand, in dem er beteuert, in Passau zu erscheinen.[2]) Doch bittet er den König, falls sich seine Ankunft „wegen vorfallender Geschäfte um einen Tag verziehen mechte",

1) Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 b. N. 15 Bl. 75—80. Die Abfassung des Briefes fällt in die Zeit, nachdem Moritz bei Landgraf Wilhelm die Gewährung des Waffenstillstandes durchgesetzt hat, doch vor den Sturm auf die Ehrenberger Klause, also zwischen den 10. und 18. Mai.

2) Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 11 Bl. 237.

„darin gnedigste Geduld zu tragen“. Nach dem Sturme auf die Klause wiederholte Moritz diese Zusage:[1]) Ferdinand möge ihm am 23. Mai in Innsbruck „unter augen“ wissen lassen, ob er die Absicht gleichfalls habe, in Passau zu erscheinen.

Ferdinand schickte, sobald als er Kunde von dem Vordringen der Kriegsfürsten in Tyrol erhielt, seinen Rat Zasius zu denselben ab.[2]) In einem aus Bruneck am 23. Mai an Moritz gerichteten Schreiben sprach er sein höchstes Erstaunen über die Vorgänge an der Ehrenberger Klause aus.[3]) Er erwartete bestimmt, dass die Kriegsfürsten Tyrol rasch wieder räumen würden. Den Passauer Tag indessen wollte er besuchen, „unangesehen was uns uber unser freuntlich, gnedig und vertreulich versehen begegnet und furgenommen ist worden.“

Der Kurfürst unterliess nichts, dem Dr. Zasius gegenüber die Bedeutung der That an der Ehrenberger Klause abzuschwächen und die Verstimmung Ferdinands zu beseitigen: er selbst habe den Vormarsch, der ihm treulich leid sei, gar nicht zu verhindern vermocht; denn die französischen oratores und Agenten hätten dermassen darauf gedrungen, dass es nicht anders geschehen konnte.[4])

So gab sich Moritz alle Mühe, den Boden für einen den Bundesfürsten günstigen Verlauf der Verhandlungen in Passau zu ebnen.

Mittlerweile war an der Westgrenze des Reiches ein Ereignis eingetreten, welches auf den Gang der Passauer Unterhandlungen in analoger Weise einwirken musste, wie der Sieg an der Ehrenberger Klause: der französische König hatte den deutschen Boden verlassen und sich nach Lothringen und weiterhin nach Frankreich zurückgezogen. Es waren Mitte Mai verschiedene Umstände zusammengetroffen, die dem französischen Könige ein längeres Verweilen in Deutschland unratsam erscheinen liessen. Durch einen kühnen Vorstoss des kaiserlichen

1) Schreiben vom 21. Mai aus dem Feldlager bei Reitta. Bei v. Langenn II., 351—52.

2) Druffel II., Nr. 1438.

3) Gedruckt bei v. Langenn II, 352—53.

4) Druffel II., Nr. 1438.

Feldherrn Martin van Rossem, der von Artois aus in den Norden Frankreichs plündernd einfiel und einen grossen Teil von Lothringen einnahm, sah sich Heinrich ernstlich in seinem Rücken bedroht Er musste, falls er seine Bewegungen am Rheine fortsetzte, befürchten, dass Martin van Rossem durch den Elsass und Breisgau seinen Weg nehmen und dem Kaiser in Tyrol zu Hülfe eilen würde.[1]) Dazu bewiesen ihm der Brief des Kurfürsten Moritz aus Augsburg vom 3. Mai und die Gesandtschaft der in Worms versammelten Fürsten, die ihn am 10. Mai vor Weissenburg antraf, dass er bei einem weiteren Vordringen in Deutschland weder auf eine kräftige Mitwirkung der Kriegsfürsten, insbesondere des Kurfürsten Moritz, noch auf ein wohlwollendes Entgegenkommen der Reichsstände rechnen könne.

Nur mit Widerstreben gab Heinrich seine Position am Rheine auf. Eine Reihe von Zeugnissen aus jenen Tagen stimmen darin überein, dass er über das Verhalten des Kurfürsten Moritz im höchsten Grade entrüstet war. Schärtlin schreibt,[2]) es wäre dem Kurfürsten aus seiner Reise nach Linz bei dem Könige, bei seinem eignen Kriegsvolk und bei Jedermann grosses Misstrauen erwachsen. Dem Gabriel Arnold, der von Moritz ins französische Lager geschickt war, wurde ein sehr ungnädiger Empfang zu teil. Der König sei, so erzählt Arnold, über Moritz sehr zornig und unwillig gewesen und habe von keinem Bericht hören noch wissen wollen.[3])

1) Diese Erwägung stellt Schärtlin p. 91 an. Vergl. ferner Schreiben des Landgrafen Philipp an seinen Sohn und seine Räte vom 23. Mai Lanz III., 197 ff. Ferner Druffels kritische Note 2 zu II Nr. 1418 und den Bericht bei Ribier II., p. 419—21. — Kriegerische Details bringt Vielleville Mémoires Band II.

2) pag. 84.

3) Druffel II., Nr. 1418 A. Vergl. ferner über die Sendung Arnolds Druffel II, Nr. 1401, 1413 und 1435. Höchst wahrscheinlich ist Gabriel Arnold identisch mit dem von Vielleville II., 292 erwähnten sächsischen Edelmanne, der von den Franzosen Glaris genannt wurde. Wenn F. W. Barthold, Deutschland und die Hugenotten I., p. 87 Note 1 vermutet, jener Glaris sei der Siegmund Pflugk, Edler zu Gladis, gewesen, so kann er für diese Annahme keine sachlichen Gründe beibringen.

Doch beherrschte Heinrich seinen Zorn. In der Erwägung, dass er durch ein weiteres Vordringen in Deutschland sich die Reichsstände dauernd entfremden würde, zog er es vor, Deutschland zu verlassen und sich gegen Martin van Rossem zu wenden.[1]) Die Antwort, die er im Lager vor Weissenburg den Gesandten der Wormser Fürsten erteilte, offenbart sein Bestreben, die letzteren sich möglichst geneigt zu erhalten. Es sei ihm ihre freundliche Gesinnung stets angenehm gewesen. Nicht Eigennutz, sondern das Bestreben, der deutschen Nation die Freiheit herzustellen, habe ihn zu diesem Zuge veranlasst. Da er jetzt erfahren habe, dass durch die Verhandlungen zwischen Moritz und Ferdinand die hauptsächlichsten Beschwerdepunkte erledigt seien, wolle er mit seinem Heere sich aus Deutschland zurückziehen — in dem stolzen Bewusstsein, das Land von der Tyrannei des Kaisers befreit zu haben. Strassburg wolle er nicht belästigen. Doch möchten die Fürsten ihrerseits nicht unterlassen, in den Friedensunterhandlungen, die am 26. Mai ihren Anfang nähmen, kräftig für die Erhaltung dessen, was er ihnen verschafft habe, einzutreten.[2]) — Ruhig ist auch der Ton des Schreibens gehalten, welches Heinrich am 13. Mai aus Weissenburg an Moritz richtete.[3]) Er erwarte von Moritz, dass er die Sachlage richtig erwogen habe. Gott möge geben, dass er von den Gegnern nicht getäuscht sei. Hoffentlich werde der Kurfürst in dankbarer Erkenntnis dessen, was er dem französischen Könige schulde, das halten, was er versprochen

---

1) Dass die Rücksicht auf die Reichsstände den französischen König zum Rückzug bewog, wusste auch der Kaiser. Er schreibt am 30. Mai an Maria: Heinrich habe sich aus Deutschland zurückgezogen pour non avoir trouvé en la Germanie si grande correspondance, comme lon luy avoit promis et persuadé.

2) Der beste Bericht über die Antwort Heinrichs bei Kugler, Würt. Jahrb. 1868 p. 437—441. Vergl. ferner Hubertus Leodius, der persönlich an der Gesandtschaft teilnahm, p. 281. — Sleidan III., p. 359. Thuanus I., p. 351. — In Worms war auch ein französischer Gesandter, Richer, persönlich anwesend, um die Fürsten für den König zu gewinnen. Vergl. Druffel II., Nr. 1388.

3) Gedruckt bei v. Langenn II., 350—51.

habe und in dem Kriege gegen den Kaiser ihn nicht im Stiche lassen.

Als Ende Mai die zur Friedensverhandlung geladenen Fürsten oder deren Abgesandte in Passau erschienen, stand kein französischer Krieger mehr auf deutschem Boden. Die drückendste Sorge, die auf den Gemütern der Reichsfürsten gelastet hatte, war beseitigt.[1]) Freier konnten sie ihre Entschliessungen treffen, als zuvor. Bald sollte sich zeigen, dass sie im innersten Grunde mehr der Seite der Kriegsfürsten zuneigten, als der des Kaisers, dass Moritz bez. der politischen und religiösen Reformgedanken, die er in Passau anregte, sich vielfach in voller Übereinstimmung mit ihnen befand.

---

1) Am 15. Juni schreiben die kaiserlichen Räte Rye und Seld aus Passau an Karl: dass sich der französische König aus Deutschland zurückgezogen habe, wäre des Kaisers Sache nicht förderlich: considerant que les aultres estatz vont desia hors de ceste fantasie, que le roy veulle a face d'armes subiuger Lallemagne, lequel auparavant leur toucha fort le coeur. Lanz III., p. 269.

II. Abschnitt.

Die Verhandlungen und der Vertrag von Passau.

1. Kapitel.

Die Parteien.

Am 22. Juni schrieb der französische König an seinen Gesandten Aramont: der kaiserliche Gesandte in Venedig habe der Signorie gesagt, niemals würde der Kaiser dem Herzoge Moritz verzeihen, und wenn es ihm in seinem Leben nicht mehr beschieden wäre, ihn zu züchtigen, so würde er in seinem Testamente und durch seine letzte Willensäusserung seinen Sohn beauftragen, dies zu thun.[1] Mit diesen Worten ist die Wirkung gezeichnet, die der Kampf an der Ehrenberger Klause und die Einnahme von Innsbruck auf den Kaiser Karl ausübte. Es giebt Naturen, deren Thatkraft durch Misserfolge gesteigert, ja erst geweckt wird: Karl, vor dem Ausbruche des Krieges kleinmütig und verzagt, ward durch das Verlangen, sich an den Gegnern zu rächen, die ihm eine schmachvolle Niederlage bereitet hatten, zu höchster Energie entflammt.

Karl sprach es geradezu aus, dass er in die bevorstehenden Passauer Verhandlungen nur gewilligt habe, um dadurch Zeit für Kriegsrüstungen zu gewinnen. In seinem Auftrage richtete Granvella an den nach Passau entsandten kaiserlichen Vertreter Rye am 28. Mai aus Villach ein denkwürdiges Schreiben, dessen Inhalt uns einen Einblick in Karls innerste Gedanken gewährt.[2] Rye soll sich in des Kaisers Namen zu nichts verpflichten, auch nicht zur Freilassung des Landgrafen. Er möge sich bemühen, dass es nicht zu dem komme, was die kaiserlichen Instructionen enthielten, und dass man, sei es unter dem Vorwande, dass

1) Ribier II., p. 392.
2) Druffel II., Nr. 1459.

man noch beraten müsse, oder anderswie, die Unterhandlung hinziehe. „Denn sie hinziehen heisst die Gegner mürbe machen, so dass sie schliesslich sich jeder Forderung fügen, die man von ihnen wollen wird, auch wenn sie nicht wollen“.[1] — Vor seiner Abreise nach Passau hatte Ferdinand seinem Bruder eine schriftliche Aufzählung von 19 Punkten eingehändigt, die voraussichtlich in Passau zur Besprechung kommen würden. Karl sollte sie ihm nachschicken, indem er zu jedem einzelnen Punkte kurz die Stellung, die er gegenüber der betreffenden Frage einnähme, ihm mitteilte. Die Randbemerkungen des Kaisers bestätigen das, was wir sonst von seinem Verhalten wissen: nirgends ist er zur Nachgiebigkeit bereit. Bei einzelnen Punkten finden wir einen Hinweis auf seine dem Rye für den Linzer Tag erteilten Instructionen, die doch, wie wir sahen, ungenügende waren. Bezüglich aller übrigen Beschwerden begnügt er sich mit dem Hinweise darauf, wie ungerechtfertigt sie seien.[2]

Die Kriegsrüstungen, auf deren Vollendung Karl jetzt ausschliesslich sein Augenmerk richtete, hatten bereits zu der Zeit, als die Bundesfürsten den Einfall nach Tyrol unternahmen, einen bedrohlichen Umfang angenommen. Darin lag für das Bundesheer das Gefährliche, dass der Kaiser an verschiedenen Orten zugleich Rüstungen vornehmen liess — im Rücken, in den Flanken und in der Front der Gegner — und dadurch die Feinde zu umzingeln drohte.[3] Auch die finanzielle Lage des Kaisers war nicht mehr so gedrückt, wie früher. Dafür spricht schon der grossartige Massstab, in dem die Werbungen betrieben wurden. 200 000 Scudi,[4] die Karl vom Vicekönig von Neapel

1) Car l'entretenir c' est les consumer, pour les faire venir à toute la raison que l' on vouldra, encoires qu'ilz ne veullent.

2) Die Anfragen des Königs Ferdinand mit den Antworten des Kaisers bei Druffel III., 447—453.

3) Vergl. die Angaben Karls über den Stand der Rüstungen in dem Schreiben an Maria vom 30. Mai. Lanz III., p. 205—208.

4) So übersetze ich écus Lanz III., 207. Nach Brosch Geschichte des Kirchenstaates I., p. 231. Anm. betrug ein italien. Goldscudo ungefähr 10 Francs.

zugeschickt waren, hatten der ärgsten Bedrängnis abgeholfen. Von seinem Sohne Philipp erwartete Karl neue bedeutende Geldsendungen aus Spanien.

Schliesslich gewann ein Ereignis der auswärtigen Diplomatie für die Hebung der kaiserlichen Truppenmacht in Deutschland Bedeutung. Am 15. April war in Italien zwischen dem Papste und dem französischen Könige ein Waffenstillstand zu stande gekommen.[1]) Karl ratificierte denselben, trotzdem es Gonzaga, sein Feldherr in Italien, ihm dringend widerriet, am 10. Mai — ohne Zweifel, wie Maurenbrecher bemerkt, mit Hinblick auf die deutschen Verhältnisse. War der Krieg in Italien beendet, so wurde die vor Parma und Mirandula liegende kaiserliche Armee frei verfügbar für den deutschen Krieg. In der That bilden diese italienischen Truppen den Kern des Heeres, mit dem Karl 3 Monate später zu Felde zog. An sie denkt er, wenn er am 30. Mai an Maria schreibt:[2]) falls die Deutschen sich als unzuverlässig erweisen würden, werde er ausschliesslich mit Ausländern — insbesondere mit 4000 Italienern unter dem Commando des Marquis v. Marignano und 2000 Spaniern unter Johann von Guevara — zu Felde ziehen.

Hand in Hand mit den Werbungen von Söldnern gingen Karls Bemühungen, die Stände des Reiches auf seine Seite zu ziehen. Unmittelbar nach der Katastrophe an der Ehrenberger Klause richtete er am 23. Mai von Bruneck aus an den Rat der Stadt Strassburg ein Schreiben,[3]) in dem er die Bürger der Stadt beruhigt und die Tragweite der jüngst erhaltenen Niederlage abzuschwächen sucht: unvorhergesehen sei er überfallen, doch hoffe er auf einen baldigen Umschwung der Lage. 2 Tage später schrieb der Kaiser von Lienz aus an den Herzog Albrecht

1) Maurenbrecher p. 290. Druffel, Herzog Herkules von Ferrara und seine Beziehungen zu Moritz etc. Sitzungsberichte der bair. Akad. 1878 I., pag. 338. Note 1 beanstandet Maurenbrechers Datierung und hält mit Ranke V., 212 am 29. April als dem Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes fest. Mit Unrecht. Denn nach Raynaldus XXI., Pars II., pag. 39 teilte der Papst schon am 20. April dem kaiserlichen Feldherrn Gonzaga den Abschluss des Waffenstillstandes mit.

2) Lanz III., 206.

3) Nach Katterfeld p. 176—177.

von Baiern einen Brief ähnlichen Inhalts.[1]) Da zu erwarten stehe, dass die Aufrührer diesen geringfügigen, unrühmlichen Sieg durch Ausschreien grösser machen würden, wie es ihre Gewohnheit sei, sollten sich die gehorsamen Fürsten ja nicht irre machen lassen. Bald werde es sich zeigen, wie er dem Reiche zugethan und nicht gemeint ist, seine Hand davon abzuziehen. Sicherlich wurden, wie Druffel bemerkt, ähnliche Schreiben an andere Fürsten abgesandt.

Und noch weiter schweiften des Kaisers Blicke. Im eignen Lager der Kriegsfürsten suchte er Zwiespalt und Verwirrung anzurichten. Treffliche Dienste konnte ihm bei der Durchführung dieser Absicht die Person des gefangenen Kurfürsten Johann Friedrich des Älteren leisten. Es wird uns aus jener Zeit eine Äusserung des Kaisers überliefert: er führe, an der Kette gebunden, einen Bären mit sich, den er nur loszulassen brauche, um Moritz zu vernichten.[2]) Wie gefährlich Johann Friedrich ihm werden konnte, hatte Kurfürst Moritz selbst erkannt. Aus dieser Einsicht erklärt sich die grosse Nachgiebigkeit, die er in den Verhandlungen mit Johann Friedrich dem Mittleren, der an Stelle des gefangenen Vaters in Weimar die Regierung führte, in der Zeit nach der Wittenberger Kapitulation offenbarte.[3]) Nirgends war es Geheimnis, dass der gefangene Kurfürst, der für seinen lutherischen Glauben seine Kurfürstenwürde, sein Land, seine Freiheit geopfert hatte, der auch in der Zeit der Gefangenschaft trotz harter Drangsale nicht von dem protestantischen Bekenntnisse gewichen war, in den Kreisen der evangelischen Bevölkerung die weitgehendsten Sympathien besass, ja als Märtyrer der protestantischen Sache glühende Verehrung genoss. Georg Arnold, der Lobredner des Kur-

1) Druffel II., Nr. 1444.

2) Georgii Arnoldi Vita Mauritii bei Mencken II., col. 1230.

3) Vergl. darüber die vortrefflichen Abhandlungen von W. Wenck Albertiner und Ernestiner nach der Wittenberger Capitulation im Archiv für Sächsische Geschichte VIII., pag. 225—265 und W. Wenck, Kurfürst Moritz und die Ernestiner in den Jahren 1551 und 1552. Forschungen XII., pag. 1—54.

fürsten Moritz kann doch nicht die Bemerkung unterdrücken:[1]) „der grössere Teil der Unterthanen des Kurfürsten Moritz wünschte, voll Mitleid über den Wandel des Geschickes, das Johann Friedrich betroffen, dessen Rückkehr und war Moritz feindlich gesinnt, wegen der Hülfe, die er dem Kaiser im Kriege in früheren Jahren geleistet hatte.“ Frankreich glaubte mit dieser Thatsache rechnen zu müssen und forderte, im Jahre 1551, dass die Ernestiner für den Kriegsbund um jeden Preis gewonnen würden „schon zur Vermeidung des gemeinen Mannes Unwillens“.[2]) Wenn es jetzt Karl gelang, den gefangenen Kurfürsten dazu zu bewegen, die gegen Moritz zu schleudernde Reichsacht zu vollziehen, bot sich für ihn eine neue Aussicht für einen siegreichen Ausgang des deutschen Feldzuges.

Johann Friedrich war nicht abgeneigt, auf das Verlangen Karls einzugehen. Wie tiefe Verachtung er gegen den katholischen Glauben, dessen vornehmster Vorkämpfer der Kaiser war, im Herzen tragen mochte, vor der Person des letzteren hegte er ein hohes Mass von Ehrfurcht. Die Strenge, mit der er den Kriegszug der Bundesfürsten verurteilte, entsprang nicht ausschliesslich Gefühlen der persönlichen Feindschaft gegen den Kurfürsten Moritz, sondern zugleich seiner innersten religiösen Überzeugung, die ihm jeden Angriff auf das von Gott gesetzte weltliche Oberhaupt als sündhaft erscheinen liess. „Christus und Belial gehören nicht in ein Reich“ hatte er einmal seinem Sohne geschrieben, als dieser Neigung verriet, mit Moritz sich in ein Bündnis einzulassen.[3])

Schon vor dem Ereignis an der Ehrenberger Klause, unmittelbar nach Ferdinands Ankunft in Innsbruck, hatten Besprechungen zwischen den kaiserlichen Räten Granvella und

1) col. 1230.

2) Wenck, Forschungen XII., pag. 23.

3) Wenck, Sächs. Archiv VIII., pag. 251. — Johann Friedrich d. Mittl. neigte sehr zu den Kriegsfürsten hin. Eben im Mai 1552 stand er im Begriffe, sich enger mit ihnen zu verbinden. Druffel II., Nr. 1419. Issleib, pag. 31. Wenck, Forschungen pag. 33 ff. Davon zurückgehalten wurde er durch ein Schreiben des Vaters vom 18. Mai, gedruckt bei Beck Johann Friedrich der Mittl. II., pag. 222 f.

Seld und dem gefangenen Kurfürsten stattgefunden.[1]) Nach dem Einfall der Bundesfürsten in Tyrol wurden die Verhandlungen mit grösserem Nachdruck fortgesetzt. Gleich am Abend des 19. Mai fand eine Unterredung zwischen Johann Friedrich und Ferdinand statt.[2]) Noch an demselben Tage wurde er seiner Haft entlassen[3]), obschon er vorläufig noch in Karls Umgebung weilen musste. Wenn die Verhandlungen gleichwohl noch nicht zu einem dauernden Ergebnis führten, so lag dies daran, dass Johann Friedrich die Forderungen, die er als Entgeld für seine, dem Kaiser zu leistende Hülfe beanspruchte, übermässig hoch spannte. In dem Gutachten, welches er am 23. Mai in Bruneck dem kaiserlichen Rate in die Feder dictierte,[4]) verlangte er: freie evangelische Predigt im Kriegslager, Wiedereinführung des abgesetzten Hermann von Wied in sein Kölner Kurfürstentum, Amnestie für alle, die sich wegen der Religion oder „aufgelegter Rebellion“ in der Acht befänden, besonders für den Herzog Albrecht von Preussen; Entfernung alles italienischen und spanischen Kriegsvolkes aus Deutschland; Zahlung von 100 000 Kronen. „Ganz ähnliches“, bemerkt Wenck hierzu, „wie das, was dem Kaiser von den Feinden als Friedensbedingung angesonnen wurde, sollte er sich hier als den Preis auferlegen lassen, um den er sich die Hülfe gegen den Feind erkaufte.“[5])

Nichtsdestoweniger gab Karl die Hoffnung nicht auf, sich Johann Friedrichs gegen die Reichsrebellen bedienen zu können. In dem Schreiben an Maria vom 30. Mai spricht er aus: Johann Friedrich würde vielleicht der rechte Zügel sein, mit dem er Moritz und den jungen hessischen Landgrafen im Zaume halten könnte, der geeignete Mann, Unfrieden zwischen den Kurfürsten

1) Wenck pag. 36 ff. Issleib pag. 30—31.

2) Wenck pag. 40—41.

3) Nach Johann Friedrichs eigner Mitteilung in dem Briefe an seinen Sohn vom 11. Juni bei Beck II., pag. 229.

4) Jetzt von Druffel III., pag. 429—437 in seiner ursprünglichen Gestalt veröffentlicht, vorher nur in ungenauer französischer Übersetzung bekannt bei Lanz Staatspapiere pag. 510 ff.

5) Wenck pag. 44.

Moritz und seine Landesstände zu säen.[1]) Auf Karls Intentionen sind sicherlich die Schreiben Johann Friedrichs an den Strassburger Jakob Sturm und den Augsburger Bürgermeister Herbrot zurückzuführen.[2]) In diesem Schreiben warnt er die Städte, sich an Moritz anzuschliessen, und spricht die Erwartung aus, dass sie, sobald die Acht gegen Moritz erklärt sei, ihm ihre Hülfe nicht versagen werden.

So waren die Gedanken des Kaisers ausschliesslich darauf gerichtet, die Reichsrebellen im Felde zu schlagen und zu völliger Unterwerfung zu bringen.

Damit aber geriet er in einen principiellen Gegensatz zu der Politik seines Bruders Ferdinand — in einen Gegensatz, der zwar in der Folgezeit nicht in einem offenen Conflicte zwischen beiden Brüdern seinen Ausdruck erhalten sollte, aber darum nicht minder für den Ausgang der Passauer Verhandlungen von Bedeutung ward. Ferdinands politische Stellung war vornehmlich bestimmt durch zwei Faktoren: einmal durch seine Zugehörigkeit zu den Habsburgern und sodann durch seine Eigenschaft als deutscher Territorialfürst. Als Bruder des Kaisers dazu ausersehen, ihm in der Kaiserwürde zu folgen,[3]) war er eng verflochten in die Interessen des habsburgischen Hauses und musste darauf bedacht sein, mit dem Oberhaupte desselben nicht zu brechen; auch die exponierte Lage seiner österreichischen Lande, die stete Bedrängnis durch die Türken gebot ihm, in gutem Einvernehmen mit dem Bruder zu bleiben, der als Leiter des Reiches ihm bei der Bekämpfung der Osmanen wesentliche Unterstützung gewähren konnte. Als deutscher Landesfürst und Beherrscher eines umfangreichen Territoriums dagegen war er darauf angewiesen, die partikularen Interessen seiner Lande im Auge zu behalten und die Politik seines Bruders nur soweit zu unterstützen, als es sich mit den letzteren vereinbaren liess.

1) Lanz III., pag. 202. Siehe auch Karls Schreiben an Maria vom 31. Mai bei Buchholz IX., pag. 542.

2) Vom 27. Mai. Druffel II., Nr. 1453 u. 1454.

3) Vergl. Maurenbrecher pag. 248.

Aus diesen beiden Momenten ergiebt sich die eigentümliche Zwitterstellung, die Ferdinand während des Aufstandes im Jahre 1552 und während der Passauer Verhandlungen eingenommen hat. Es ist gewiss unbillig, die Ergebenheitsversicherungen, die sich in seinen Briefen an Karl vorfinden, kurzer Hand als Heuchelei zu bezeichnen.[1]) Ferdinand hat vor dem Beginne des Feldzugs sein Möglichstes gethan, im Interesse seines Bruders zu wirken. Er hat Karl gewarnt vor den Umtrieben der Bundesfürsten;[2]) er hat Moritz in einem eigenhändigen Schreiben inständig gebeten, seinen als Kurfürst dem Kaiser geleisteten Eid zu halten und nicht gegen ihn zu Felde zu ziehen.[3]) Auch nachdem der Krieg unabwendbar geworden war, fehlt es nicht an Beteuerungen seiner völligen Ergebenheit. Am 11. März schreibt er an seinen Bruder:[4]) „Ew. Maj. kann fest davon überzeugt sein, dass die Kön. Maj. in allem ihre treue und äusserste Pflicht erfüllen wird.“ Am 1. April wiederholt er diese Versicherung.[5]) Eingehend betont er ferner seine treue Anhänglichkeit an Karl in einem Schreiben an Maria vom 2. Mai:[6]) „Madame“, so äussert er, „ich brauche wohl nicht gross Zeugnisse für das aufrichtige brüderliche Pflichtgefühl, das ich alle Zeit meines Lebens Sr. Maj. bewiesen habe und das ich bewahren werde, so lange ich lebe. Denn das ist bekannt genug — zunächst Gott, der alle Dinge sieht und kennt, und auch Euch. Habe ich doch in Karls Dienste gestellt meine Person, mein Gut, meine Kinder, alles, was mir Gott geschenkt hat.“ Thatsächlich freilich äusserte sich die Aufopferung Ferdinands für seinen Bruder nach dem Beginne des Krieges mehr in Worten, als in Thaten. Jetzt, wo die Sachlage sich verschärft hatte, wo ein energisches Auftreten Ferdinands gegen

1) Hierzu ist Witter geneigt.

2) Vergl. besonders sein Schreiben vom 5. Nov. 1551. Druffel I., Nr. 801.

3) Schreiben vom 12. Februar 1552. Druffel II., Nr. 982.

4) Lanz III., 121—122.

5) Druffel II., Nr. 1196.

6) Druffel II., Nr. 1373.

die Feinde Karls ihn selbst mit in einen gefährlichen Krieg verwickelt hätte, zog er es vor, seine Macht nicht rückhaltlos in den Dienst des Bruders zu stellen. Nicht, dass er heimlich mit den Feinden gegen den Kaiser conspiriert hätte! Den mannigfachen Versicherungen der Treue gegen Karl, die wir von Ferdinand besitzen, steht kein einziges Zeugnis gegenüber, das uns von geheimen Verbindungen zwischen ihm und den Kriegsfürsten Kunde gäbe. Aber die Interessen seiner territorialen Politik bestimmen in dem Masse, als die Situation kritischer wird, mehr sein Handeln, als das Interesse Karls. Und diese territorialpolitischen Gesichtspunkte wiesen ihn darauf hin, gegenüber den Kriegsfürsten eine neutrale Haltung an den Tag zu legen. Insbesondere vermied er es, gegen den Kurfürsten Moritz, mit dem ihn seit langer Zeit ein freundschaftlich-nachbarliches Einvernehmen verband, in auffälliger Weise Partei zu ergreifen. Denn von ihm erhoffte Ferdinand gemäss den Versprechungen, die Moritz zu wiederholten Malen gemacht hatte, nach der Beendigung des Krieges Unterstützung im Kampfe gegen die Türken.

Bei diesem politischen Programm, welches Ferdinand verfolgte, konnte es nicht ausbleiben, dass er Massregeln anordnete, die in Karl schweres Misstrauen[1]) oder doch bittern Unmut hervorriefen. Während des Krieges hat Ferdinand seinem Bruder nicht einen einzigen Soldaten zur Bekämpfung der Reichsrebellen gestellt. Zu einer Zeit, da er über die kriegerischen Absichten der Bundesfürsten vollständig unterrichtet war, hat er es mit den Versicherungen seiner treuen Ergebenheit an den Bruder für vereinbar gehalten, seinen in Tyrol stationierten Truppen den Befehl zum Abmarsch nach Ungarn zu geben, wo sie gegen die Türken kämpfen sollten. Als ihm sein damals in Innsbruck weilender Sohn Maximilian und die Tyroler Regierung am 20. Januar schrieben, er möge die für Ungarn bewilligte Hülfe solange im Lande lassen, bis sich zeige, wohin die französischen Praktiken zielten, antwortete er

---

1) Vergl. die geheime Instruction Karls für Rye vom 3. März bei Lanz III., 107—108. Ferner Druffel II., pag. 164.

aus Prag am 9. Februar: „dass in allweg von der Bewilligung der Landschaft ein Kriegsvolk nach Ungarn abgesendet und unterhalten werde."[1]) Und an diesem Befehle hielt er, trotz lebhafter Gegenvorstellungen seitens der tyroler Regierung, noch Ende März fest[2])

Seinem Bruder gegenüber rechtfertigte er dies Verfahren stets durch den Hinweis auf die drohende Türkengefahr.[3]) Sie bot ihm einen geeigneten Rechtfertigungsgrund für seine neutrale Haltung gegenüber den Feinden des Kaisers. Was bei Ferdinand im Grunde dem Bewusstsein entsprang, dass seine Interessen andere seien, als die Karls, suchte er darzustellen als notwendig bedingt durch das Wohl des deutschen Reiches und der Christenheit. So konnte er sich am 11. März in einem Briefe an seinen Bruder zu der Äusserung versteigen: „Wenn die Unterhandlung keinen Erfolg hat, dann möge ein Jeder von uns, auf Gott sein Vertrauen setzend, für sich seine Pflicht thun — die kaiserliche Maj gegen die Rebellen, und die königliche Maj. gegen die Türken und zur Verteidigung ihrer Lande und Unterthanen."[4])

Besonders schwierig wurde die Lage für Ferdinand, als die Kriegsfürsten in sein Land Tyrol einfielen. Er ward da vor eine bedenkliche Alternative gestellt — entweder mit den verfügbaren Truppen den Kriegsfürsten zum Schutze der Person seines Bruders entgegenzutreten oder sie ungehindert in seinem Lande schalten und walten zu lassen. Im ersteren Falle musste Ferdinand die von ihm bisher festgehaltene Neutralität preisgeben; im zweiten würde er in den dringenden Verdacht

---

1) Schönherr pag. 229—30. 233.

2) Schönherr pag. 247. Die Ansicht Schönherrs: Dass König Ferdinand auf dem Abmarsche des Hülfscorps aus Tyrol bestanden habe, liesse sich nur aus seiner Ungewissheit über den wahren Stand der Dinge in Deutschland erklären, bedarf nicht erst der Widerlegung. Erst am 9. April traf in Innsbruck die Nachricht ein, dass er den nach Ungarn marschierenden Fähnlein den Befehl zur Umkehr nach Tyrol gegeben habe. Schönherr pag. 264.

3) Lanz III., pag. 120 u. ö.

4) Diese für Ferdinands Standpunkt sehr interessante Äusserung bei Lanz III., pag. 124.

eines verräterischen Einverständnisses mit den Feinden Karls gekommen sein. Der König blieb auch in diesem kritischen Zeitpunkte seiner bisherigen Politik getreu. In dem Verlangen, gegenüber den Reichsständen für seine Person und seine Lande die Neutralität aufrecht zu erhalten, hat er ihrem Vordringen in Tyrol nichts in den Weg gelegt. Eine Gesandtschaft der tyroler Regierung wies den Kriegsfürsten, nachdem Moritz die Versicherung abgegeben hatte, „dass das Kriegsvolk allen Proviant nach ziemlichen Dingen bezahle und den Unterthanen so viel möglich ohne Schaden durch das Land ziehen solle", den nächsten Weg von der Ehrenberger Klause nach Innsbruck. „Wir haben," so berichten die Räte an Ferdinand, „aus gedrungener Not den nächsten Weg, den wir von Ew. Maj. in Befehl gehabt, an die Hand genommen, den Kriegsfürsten unter Augen geschickt und ihnen auf ihr Begehren den Pass gegen die bemeldete Vertröstung bewilligt." [1]) Dies Vorgehen beweist gewiss: Ferdinand war nicht gewillt, für seinen Bruder Gut und Blut dahinzugeben. Freilich darf man es auch nicht auffassen als ein hinter dem Rücken Karls von ihm mit den Kriegsfürsten geschlossenes Complott. Karl selbst ist von ihm durch Ferdinand unterrichtet und schreibt darüber ohne Groll an Maria.[2]) Der König mag die Notwendigkeit seines Verfahrens Karl gegenüber durch den Hinweis darauf begründet haben, dass nach dem Falle der Ehrenberger Klause Widerstand der ferdinandeischen Truppen gegen die Kriegsfürsten doch aussichtslos gewesen wäre, dass Karls Aufenthalt in Tyrol somit gesicherter sein würde, wenn Ferdinand denselben gegenüber eine neutrale Stellung einnähme, die ihnen eine schonende Rücksichtnahme auch auf sein Land auferlegte, als wenn er ihr Feind wäre.

Einige Zeit nach dem Weggang der Kriegsfürsten aus Tyrol offenbaren Ferdinands Briefe wiederum eine grössere Hinneigung desselben auf die kaiserliche Seite. Am 31. Mai ermutigt er

1) Schönherr pag. 283—284.

2) Schreiben an Maria vom 30. Mai. Lanz III., pag. 204. Druffel II., Nr. 1438 Note 3 hat zuerst auf diese Stelle aufmerksam gemacht.

den Kaiser, ja die Verhandlungen mit Hans von Küstrin im Auge zu behalten.[1]) Am 3. Juni schreibt er an Karl:[2]) er habe den Befehl erlassen, dass sich seine Soldaten auf das äusserste gefasst machten und sich nicht wiederum, wie früher, in Verträge mit dem Feinde einliessen. Von Interesse ist ferner ein Brief Ferdinands an seine tyroler Regierung, die ihn, als das Scheitern der Passauer Verhandlungen befürchtet wurde, ersuchte, eine neutrale Stellung in dem kommenden Kriege einzunehmen, wodurch Tyrol vor einem erneuten Angriffe der Bundesfürsten gesichert sein würde. Ferdinand schreibt:[3]) das sei in keinem Falle thunlich, das gezieme ihm nicht, sowohl seinem Bruder und Herrn gegenüber, als angesichts der Pflichten, die ihm als römischem und böhmischem Könige, als Kurfürsten und Herzoge von Östreich oblägen; eine Neutralität könne er weder der kaiserlichen Majestät, noch dem heiligen Reiche gegenüber verantworten. Wenn er der Grafschaft Tyrol allein wegen eine Neutralität eingehen würde, so möchte das ein schlechtes Beispiel für andere sein, auch andere zur Neutralität verleiten, was nicht bloss dem Kaiser, sondern dem ganzen Hause Östreich den Untergang bereiten würde. — Man wird dieser Äusserung ein übergrosses Gewicht nicht beilegen dürfen. Der Unterschied in der Politik Karls und Ferdinands, der sich seit dem Beginne des Krieges geltend gemacht hatte, blieb auch während der Passauer Verhandlungen bestehen: Karl jeden Augenblick bereit, die Unterhandlungen abzubrechen und auf die Gegner loszuschlagen: Ferdinand alles daran setzend, sie zu einem gedeihlichen Abschluss zu bringen und die Herstellung des Friedens zu erreichen, den er im Hinblick auf seine von den Türken arg bedrohten Territorien sehnlichst herbeiwünschte.

In diesem Verlangen trafen, wie wir sahen, die Bestrebungen Ferdinands und die der einflussreichsten, nach Passau geladenen Reichsfürsten zusammen. Im übrigen freilich waren die Wünsche der letzteren keineswegs identisch mit denen des römischen Königs.

1) Lanz III., pag. 214.
2) Lanz III., pag. 220.
3) Schönherr pag. 307—308.

Ferdinand erschien doch, wie sehr er auch auf die Wahrung der eignen Interessen bedacht war, in Passau als Vertreter des Kaisers. Die vermittelnden Fürsten resp. ihre Vertreter dagegen liessen von vornherein unverholen erkennen, dass sie ebenso sehr gegenüber den Forderungen des Kaisers wie der Kriegsfürsten einen selbständigen Standpunkt einzunehmen gewillt seien. „Die Knechtschaft und Gebundenheit auf den früheren Reichstagen", so berichtet Roger Asham[1]), „machte die gesetzmässige Freiheit, welche auf diesem herrschte, um so süsser. Sie tagten diesmal nicht, um einfach zu thun, was der Kaiser wollte, sondern um dasjenige als Gesetz aufzustellen, was sie selbst nach reiflicher Erwägung als das Beste erkannt hatten."

Im einzelnen gingen wiederum die Wünsche der in Passau tagenden Reichsstände, die man gewohnt ist, mit einem Worte als die Mittelpartei zu bezeichnen, weit aus einander. Je nach ihrer religiösen und politischen Stellung, nach dem persönlichen Verhältnis, in dem sie zum Kaiser oder zu den Kriegsfürsten standen, waren sie mehr oder weniger bereit, auf deren Forderungen einzugehen.

Es fehlte nicht an Ständen, die Anhänglichkeit an den Kaiser an den Tag legten. Der Kurfürst Adolf von Köln hatte bereits früher Proben seiner kaisertreuen Gesinnung abgelegt. Ihn bestimmte hierzu ein besonderer Grund. Errangen die Protestanten den Sieg, so musste er befürchten, dass der abgesetzte Kölner Kurfürst Hermann von Wied in sein Erzbistum zurückgeführt wurde[2]) Kein Wunder, wenn Karls Vertraute einstimmig dem Kaiser seine treue Gesinnung rühmten.[3]) An der Gesandtschaft, die die zu Worms versammelten Fürsten

1) Katterfeld pag. 182.

2) Wir sahen oben, pag. 67, dass dies eine der Bedingungen war, die der gefangene Herzog Johann Friedrich dem Kaiser stellte, falls er in seine Dienste treten werde.

3) Vergl. Maria an Karl 15. Mai. Lanz III., pag. 192—193. Desgl. 24. Mai, Lanz III., pag. 200. Ferner Druffel II., Nr. 1457. Lanz Staatspapiere pag. 507.

und Räte an den König von Frankreich richteten, beteiligte sich der Kölner Erzbischof nicht[1]), vielmehr liess er der Königin Maria Unterstützung im Kampfe gegen die Franzosen zuteil werden.

Zu den entschiedeneren Anhängern des Kaisers gehörte ferner der Bischof von Würzburg: sicherlich nicht ohne seine Kenntnis wandten sich 400 der von ihm entlassenen Soldaten nach Regensburg[2]), wo sie in die Dienste des kaiserlichen Führers, des Grafen von Eberstein, traten.

Unter den weltlichen Fürsten, die zu Passau vertreten waren, stand völlig auf des Kaisers Seite sein alter Parteigänger, der Herzog Heinrich von Braunschweig: er versprach, Karl eine Hülfstruppe zu senden[3]) und erwartete dafür kräftige Unterstützung durch den Kaiser in dem Streite mit den Braunschweigigen Junkern, die sich ihrerseits wieder vollständig auf die Seite der Kriegsfürsten geschlagen hatten, sowie Beförderung seines Sohnes, des Herzogs Julius, zum Coadjutor des Bremer Erzbischofes.[4])

Auch der Markgraf Hans von Küstrin, der bereits im schmalkaldischen Kriege an Karls Seite gegen die Protestanten um Soldes willen zu Felde gezogen war, suchte damals sich dem Kaiser von neuem zu nähern. Neidische Erbitterung gegen den Kurfürsten Moritz, der ihn aus der führenden Stellung im Fürstenbunde verdrängt hatte, und die Aussicht, sich ein gutes Stück Geld zu verdienen, veranlassten ihn hierzu. Religiöse Gewissensbedenken glaubte Johann dadurch beschwichtigen zu können, dass er von dem Kaiser sich und seinen Unterthanen freie Religionsübung zusichern liess. Eben in jenen Tagen schienen die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen zwischen dem Markgrafen und dem Kaiser zum Abschluss zu kommen:

1) Sleidan III., pag. 359. 361. Kugler, Würt. Jahrb. 1868 pag. 405 u. 407.

2) Widmann in den Chroniken deutsch. Städte XV., pag. 228.

3) Nach dem Schreiben Schwendis vom 26. Juni bei Lanz III., p. 296.

4) Brief Granvellas an Maria vom 28. Mai. Druffel II., Nr. 1461.

Karl beantwortete am 28. Mai in Villach eine Reihe von Bedenken Johanns in einer dem Markgrafen entgegenkommenden Weise.[1])

In seinen Bedenken hatte Markgraf Hans dem Kaiser den Rat gegeben, auch mit dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg Unterhandlungen anzuknüpfen, um ihn für die kaiserliche Partei zu gewinnen.[2]) Von Karl war diese Eventualität bereits früher in Betracht gezogen worden. Der Umstand, dass Moritz und Joachim für die Freilassung Philipps ihr Wort verpfändet hatten, hatte zu verschiedenen Malen ein gemeinsames Vorgehen der beiden Kurfürsten in der Angelegenheit des gefangenen Landgrafen zur Folge gehabt. Im übrigen aber waren zwischen beiden weitgehende Differenzen vorhanden, die Karl, wie es schien, leicht zu seinem Vorteil ausnutzen konnte. Beide Fürsten rivalisierten heftig mit einander um den Erwerb des Erzbistums Magdeburg.[3]) Vor dem schmalkaldischen Kriege, während der Verhandlungen zu Regensburg (Anfang 1546), hatte Moritz die Oberhoheit über dasselbe vom Kaiser zugesichert erhalten,[4]) war aber nach dem Friedensschlusse leer ausgegangen. Dagegen gelang es dem Kurfürsten Joachim, im Erzbistum Magdeburg festen Fuss zu fassen. Von dem Kurfürsten Moritz und den eifrig protestantischen Bewohnern der Stadt Magdeburg in gleicher Weise bedroht, verlangte das Domkapitel nach einem Schützer und postulierte deshalb nach dem Tode des Erzbischofs Johann Albert den Markgrafen Friedrich, den Sohn des Kurfürsten Joachim zu seinem Nachfolger.[5])

1) Die Bedenken des Markgrafen und die Antworten Karls gedruckt von Christian Meyer in der Zeitschrift für preuss. Geschichte 1879 pag. 120—124. Vergl. ferner Druffel II, Nr. 1476 u. 1495. — Thatsächlich haben sich die Verhandlungen noch bis in den September fortgesponnen. Siehe Druffel II., Nr. 1769.

2) Zeitschrift für preuss. Gesch. 1879 pag. 124.

3) Über die sehr verwickelten Verhältnisse im Erzbistum Magdeburg vergl. die ausführliche Darstellung des Johann von Lattorf (nebst seinem aus Rom am 29. Oct. 1551 an Strassen geschickten Schreiben) bei Opel, Eine Briefsammlung von Dr. Christof von der Strassen. pag. 26—38.

4) Vergl. Ranke VI., pag. 211.

5) Opel p. 34. Friedrich war bereits vorher Coadjutor gewesen (p. 32). Die Wahl Friedrichs geschah wohl mit im Hinblick auf den von der lutherischen Religion wesentlich abweichenden religiösen Standpunkt Joachims.

Noch blieb die Bestätigung der Curie aus. Gleichwohl that Joachim Schritte, seinem Sohne den Besitz des Erzbistums zu sichern: etwa zu derselben Zeit, als die Kriegsfürsten gegen Karl aufbrachen, nahm er in Halle die Einführung Friedrichs vor.[1]) Man wird begreifen, dass Joachim den Tendenzen des Fürstenbundes nicht zugethan war. Musste er nicht befürchten, für den Fall, dass die Bundesfürsten siegten, des magdeburgischen Erzbistums wieder verlustig zu gehen? Dass diese Besorgnis in hohem Masse bei Joachim vorhanden war, zeigt ein an den Kaiser Karl vom brandenburgischen Hofe aus Ende 1551 gerichtetes Warnungsschreiben.[2]) Ein Bündnis sei entstanden, dem Moritz, August, der Herzog von Preussen, der Herzog Johann von Mecklenburg, Markgraf Hans, Fürst Wolf von Anhalt u. a. angehörten. Eine Reihe Städte, „die anhengig sein der Lutterischen Lehre," wären gleichfalls im Bunde. Vor Magdeburg suche Moritz ausschliesslich seinen eignen Vorteil wahrzunehmen „Es haben auch", so fährt das Schreiben fort, „die Lutterischen allenthalben einen grossen wollgefallen und frolocken, dass Key. Maj. dem Herzoge Moritzen vergont, das Erzbischthumb Magdenburgk an sich zu ziehen uff das auch das Bapstumb dess orts sein endtschaft mag haben, dan die Predicanten Allenthalben uf der Canzell bitten, Got wolle geben dem Herczog Moritzen die bestendigkeit und auch den Sinn, das ehr im Stifft Magdeburgk und Halberstadt die Papisterei und des Pabsts anhangk ausrohden und austilgen mochte und die wahrheit aufrichten und nit ansehen noch Pabst noch Keyser." Während des Aufstandes hat Joachim zwar wiederholt den Kaiser um die Erledigung des Landgrafen Philipp ersucht,[3]) aber ebenso in vertraulichen Äusserungen

Über den letzteren vergl. die interessante Äusserung des venetianischen Gesandten Morosini aus dem Jahr 1552 bei Alberi Relationi Venete I., 6 pag. 75.

1) Vergl. Druffel II., Nr. 1110 u. 1115.

2) Opel pag. 65—67. Nach Opel fällt das Schreiben in den Nov. od. Dec. Ob Opels Anschauung (pag. 17), Strassen sei sein Verfasser, richtig ist, steht dahin.

3) Vergl. vor allem sein Schreiben an Karl bei Lanz III., pag. 148.

gegenüber Karl und Ferdinand seine Abneigung gegen die Kriegsfürsten ausgesprochen.[1]) Die Ausschreiben der letzteren bedrohten alle Gehorsamen, so liess Joachim die brandenburgischen Gesandten in Linz erklären, auch er würde dadurch gefährdet und hoffe in diesem Falle auf des Kaisers Beistand.[2]) Karl wusste wohl, wie viel dem Kurfürsten an dem Erwerb von Magdeburg gelegen war.[3]) Ein Entgegenkommen in dieser Frage musste ihn auf seine Seite ziehen.

Man sieht, eine Reihe von Fürsten wurde durch private Interessen bestimmt, der Partei des Kaisers zuzuneigen. Ihnen gegenüber stand freilich die überwiegende Majorität der Passauer vermittelnden Stände, welche — in dem redlichen Verlangen, den Frieden herzustellen — entschlossen war, die Vorschläge der Kriegsfürsten einer Prüfung zu unterziehen und, soweit es ihre politische Stellung und das Wohl des Reiches zuliess, auf sie einzugehen.

Wir bemerkten bereits, wie sich die rheinischen Fürsten noch vor dem Ausbruche des Krieges mit dem Herzoge Christof und dem Herzoge Albrecht über ein gemeinsames Vorgehen verständigten. Ihr Verhältnis blieb auch jetzt bestehen. Am 17. Mai schrieb der Kurfürst Friedrich von der Pfalz an den Herzog von Würtemberg: er wolle seinen Gesandten „bevehlen und auferlegen, das sie mit E. L. und andern der weltlichen fürsten räthen — in ansehen die geistlichen solchs auch irestheils nit underlassen — sovil immer menschlich und muglich, sich vergleichen und nit absondern sollen.“[4]) Christof erteilte eine entsprechende Vorschrift in der Instruction für seine Gesandten zum Passauer Tage.[5])

Diese Coalition schloss nicht aus, dass jedes ihrer Glieder in Passau nebenher seine eignen Interessen und Wünsche zu vertreten suchte und dass in einzelnen Fragen zwischen ihnen

---

1) Vergl. die Äusserung Schwendis bei Druffel II., Nr. 934. Auch Nr. 1340.

2) Druffel III., pag. 400.

3) Vergl. Lanz III., pag. 124, 139. Druffel II., Nr. 1345 pag. 429.

4) Druffel II., Nr. 1408.

5) Druffel II., Nr. 1438.

Meinungsverschiedenheiten bestanden. Der Kurfürst von Trier nahm insofern eine isolierte Stellung ein, als er eine deutliche Hinneigung zu Frankreich verriet. Maria schrieb über ihn an ihren Bruder: er erkläre sich offen für die Franzosen und unterhandle in ihrem Interesse bei den Kurfürsten von Mainz und Köln.[1]) Herzog Christof geriet dadurch, dass er warm und entschieden für die protestantische Sache einzutreten gewillt war, in einen gewissen Gegensatz zu den geistlichen Kurfürsten. Ohne Wissen der letzteren fertigte er am 17. Mai in Tübingen den Jordan von Breitenbach an den Kurfürsten Moritz ab und liess ihn bitten, dass er „umb Gottes ehre und irer selbst, auch aller glaubigen heil und seligkeit willen, ain getreu christlich einsehens haben wölle, damit Gottes wort, ware christliche religion und sonderlich die A. C. standhaftiglich erhalten werde.“[2]) Ausserdem wünschte er dringend, dass der alte Streit, in welchen er seit seinem Regierungsantritte mit dem Könige Ferdinand verwickelt war, in Passau endlich seine Erledigung fände. Die Ursachen dieses Streites liegen weit zurück, bis in das Jahr 1534: Ferdinand, der durch den Cadauer Vertrag seiner Herrschaft über Würtemberg verlustig gegangen war, suchte gleichwohl mit Hartnäckigkeit an gewissen Hoheitsrechten über das Land festzuhalten, während Christof sich von der lästigen Lehnshoheit freizumachen suchte.[3])

Dergleichen Sonderinteressen und -Wünsche aber waren nicht von der Tragweite, dass um ihretwillen der Bestand der Coalition dauernd in Frage gestellt worden wäre.

Das Zusammenhalten des Mainzer und Trierer Erzbischofs, des Pfalzgrafen bei Rhein, der Herzöge von Baiern, Würtem-

---

1) Maria an Karl 15. Mai. Inh. Lanz III., pag. 193. Vergl. ferner das Schreiben des Ponce de Lalaing an Königin Maria bei Druffel II., Nr. 1324. Vergl. dagegen Nr. 1394.

2) Druffel II., Nr. 1409. Moritz versprach am 21. Mai Christofs Wunsche gemäss zu handeln. Druffel II., Nr. 1433.

3) Vergl. Druffel II., Nr. 1437. In einem Schreiben an Moritz vom 17. Mai bat Christof denselben, dass er sich ihm in seinem Handel mit Ferdinand geneigt erweisen möge. Das Schreiben Dresdner Archiv Reg III., 66 f. 164 Nr. 11, Bl. 323.

berg und Jülich verfehlte nicht seine Wirkung auf die andern Mittelspersonen. Der Kurfürst von Köln befand es für gut, zu den übrigen rheinischen Kurfürsten nicht in Gegensatz zu gerathen und ist mit seiner kaiserfreundlichen Gesinnung während der Passauer Verhandlungen nirgends auffällig hervorgetreten. Die übrigen Vermittler — der Erzbischof von Salzburg,[1]) die Bischöfe von Passau und Eichstädt, der Vertreter des Herzogs von Pommern — suchten in Fühlung mit der Coalition zu kommen. So hat das politische Programm, welches die rheinischen Fürsten in Gemeinschaft mit den Herzögen von Würtemberg und Baiern seit dem Beginne des Krieges verfolgten, in Passau ausschlaggebende Bedeutung erhalten.

Der politische Standpunkt und Charakter des Kurfürsten Moritz ist bereits geschildert worden. Die Fähigkeit, die Vorteile, welche der Augenblick bot, klug zu nutzen, und die Personen, mit denen er im persönlichen oder brieflichen Verkehr stand, durch geschicktes Entgegenkommen für sich einzunehmen, zeichnen den Kurfürsten in hohem Masse aus. Es war nicht zu bezweifeln, dass er Mittel und Wege finden werde, sich mit den in ihrer überwiegenden Mehrheit auf den Frieden bedachten Fürsten, die in Passau erschienen oder vertreten waren, zu verständigen. Ungleich grössere Schwierigkeiten, als von ihrer Seite begegneten dem Kurfürsten seitens des Kaisers und seiner eignen fürstlichen Genossen. Über die Gesinnung des Kaisers hat sich Moritz seit dem Sturme auf die Ehrenberger Klause keinen Augenblick einer Täuschung hingegeben. Er wusste um die Pläne, die Karl mit dem gefangenen Johann Friedrich im Sinne führte; er hat deshalb der Freilassung des letzteren, die noch in dem Ausschreiben gefordert war,[2]) während der Passauer Verhandlungen mit keinem Worte gedacht.[3])

Versetzte den Kaiser das Verlangen nach Ruhe in eine kriegslustige Stimmung, so hatte bei den im Kriegslager zu-

1) Vergl. Druffel II, Nr. 1451.

2) Hortleder II., pag. 1298.

3) Vergl. Wenck pag. 42. Lanz III., pag. 285.

rückgebliebenen Bundesfürsten Siegeszuversicht auf der einen, Misstrauen gegen die Absichten Karls auf der andern Seite das Gleiche zur Folge. Sie trotzten auf den soeben errungenen grossen kriegerischen Erfolg und waren entschlossen, sobald als die gewährte 14tägige Frist des Waffenstillstands abgelaufen war, den Feldzug fortzusetzen.

Landgraf Wilhelm war unter den Fürsten im Feldlager der einzige, welcher mit Moritz nach dessen Weggang nach Passau Briefwechsel unterhielt. Auch er war unmutig über das Verhalten des Kurfürsten und verbarg ihm gegenüber seinen Missmut nicht. „In hochstem vertrauen kann ich E. L. nit verhalten“, so schrieb er am 2. Juni aus Landsberg an Moritz, „das mir von vilen gutherzigen personen, hohes und niedrigen stands, einkompt, Das die tagsatzung zu Bassau uf nichts anderst, dan uf ein betrug soll angesatzet sein, damit sich der feind sterken und wir unter einander etwan uneinst und geschwecht werden.“[1]) Die Forderungen, welche Wilhelm in der seinem Gesandten Hans Lersner für den Passauer Tag mitgegebenen Instruction aufstellt, schiessen weit über das Mass dessen hinaus, was Moritz für erreichbar ansah (s. u.). Gleichwohl wäre Moritz mit ihm allein ausgekommen. Leicht erregbar liess sich Wilhelm oft zu Masslosigkeiten in seinen Äusserungen hinreissen; aber er verschloss nachher sein Ohr der Belehrung nicht. Mehrmals hat er für beleidigende Ausdrücke, deren er sich in seinen Briefen gegen Moritz bedient hatte, bereits wenige Tage nachher demütig von ihm Verzeihung erbeten.[2])

Andrer Art war das Verhältnis zwischen Moritz und dem Herzoge Johann Albrecht von Mecklenburg. Ein tiefer Gegensatz bestand zwischen diesen beiden gänzlich verschiedenen Charakteren. Lautere religiöse Begeisterung hatte den jungen Herzog Johann Albrecht bewogen, sich frühzeitig dem Fürstenbunde anzuschliessen, der sich ursprünglich die Befreiung der protestantischen Kirche von den Drangsalen, mit denen sie

1) Druffel II., Nr. 1490.

2) Vergl. besonders Wilhelms Briefe an Moritz vom 15. und vom 20. Juni. Druffel II., Nr. 1551 und 1570.

durch Karl V. heimgesucht wurde, als alleiniges Ziel gesteckt hatte. Ein Religionskrieg war ihm der Kampf gegen Karl auch jetzt noch, wo Moritz dem Unternehmen ein vorwiegend politisches Gepräge zu verleihen suchte. Wir werden nicht irre gehen, wenn wir das Ausschreiben, welches die Kriegsfürsten am 7. Juni an Augsburg erliessen, auf Johann Albrechts Initiative zurückführen. Ganz in seinem Sinne ist die darin ausgesprochene Forderung gehalten: die vertriebenen protestantischen Prediger sollten in die Stadt zurückgeführt werden, „nachdem die Interimistischen Predicanten, so bissher in der Stadt Augsburg anstatt der Vertriebnen gebraucht worden, argwöhnisch und wankelmüthig und ärgerlich erfunden worden seien“.[1]) Es erschien dem Herzoge unwürdig, mit dem Kaiser zu pactieren, ehe nicht die Gewissheit vorhanden sei, dass „der Artikel der wahren Religion vermöge der A. C. ganz rein und klar stände, ohne von Concil oder Colloquium zu reden.“[2]) Nichts wünsche er mehr, hat Johann Albrecht einmal später geäussert,[3]) als dass dem gegenwärtigen Blutvergiessen, Jammer und Verrat der Armen ein Ende gemacht werde, aber diese Kriegshandlung gehe „gottes ehr und gemeines vaterlandts, ja aller nachkommen wolfahrt an Seele leib und gut in ewiger Zeit an.“

Das kühl berechnende Wesen Moritzens war ihm von Grund aus verhasst.[4]) Für die feinen politischen Berechnungen des sächsischen Kurfürsten fand er kein Verständnis und keine Würdigung. Ferdinand erschien ihm in gleichem Masse, wie Karl, als Unterdrücker des Protestantismus, auf den man darum keine Rücksicht zu nehmen brauche. Während Moritz in Innsbruck das Eigentum des römischen Königs ängstlich geschont wissen wollte, hat Johann Albrecht sich auf der Hofburg

1) Das Schreiben bei Hortleder II., pag. 1313—1314.

2) Druffel II., Nr. 1448.

3) Schirrmacher II., pag. 175.

4) Am 30. Nov. 1553 schreibt er an seine Braut: er habe noch jetzt Lust, für seine Religion zu sterben, wiewohl er damals wenig wahre und rechte Gehülfen erfunden hätte. Lisch Mecklenb. Jahrbücher XVIII., p. 32.

Gegenstände, die Ferdinand gehörten, angeeignet.[1]) Während Moritz alles vermied, was bei den geistlichen Fürsten Anstoss erregen konnte,[2]) erliess der mecklenburgische Herzog wahrscheinlich eben im Monate Mai an seine heimgelassenen Statthalter und Räte den Befehl, „die Abgötterei und papistischen Diener allenthalben abzuschaffen und die reine göttliche Lehre und christlichen Ceremonien aufzurichten,“ sowie alle geistlichen Lehen, welche im Besitze von Laien wären, einzuziehen.[3])

Pfalzgraf Ottheinrich, der sich erst Mitte April dem Unternehmen der Kriegsfürsten angeschlossen hatte,[4]) trat zu Beginn der Passauer Verhandlungen noch wenig selbständig hervor. Wo wir etwas von ihm vernehmen, zeigt er sich als Gesinnungsgenosse des Herzogs Johann Albrecht. Er bedauert, dass „dem gegenteil dergestalt zu gemeinem nachtheil zugesehen und allein die frundt verderbt und beschwert werden“.[5]) Er erklärt dem Gesandten Christofs von Würtemberg: eine Neutralität des Herzogs sei in keinem Falle zulässig. Die Kriegsfürsten wären entschlossen, Niemanden zu übersehen, müssten von allen Ständen ein klares Wissen haben, wessen sie sich zu versehen hätten oder würden thätlich gegen dieselben vorgehen.[6])

Soviel war nach der Stellung, die die verschiedenen Parteien in Passau einnahmen, gewiss: die verschiedenartigsten Richtungen und Wünsche fanden hier ihre Vertretung. Von der politischen Geschicklichkeit des Kurfürsten Moritz und des Königs Ferdinand und von der Standhaftigkeit der auf den Frieden bedachten Stände hing es ab, ob erspriessliche Ergebnisse aus den Verhandlungen erzielt werden konnten.

1) Schönherr pag. 287. Vergl. auch pag. 292.

2) Vergl. sein oben citiertes Schreiben an den Cardinal von Trient. Sinnacher VII., pag. 441.

3) Lisch XVIII., pag. 36.

4) Siehe über die Gründe hierzu Druffel II., Nr. 1419 u. 1445 Note.

5) Druffel II., Nr. 1483.

6) Druffel II, Nr. 1500.

2. Kapitel.

Die Verhandlungen in Passau bis zur Abreise des Kurfürsten Moritz ins Kriegslager.

Es wird angemessen sein, von vornherein mit allem Nachdruck zu betonen: die Versammlung, die in den letzten Tagen des Monats Mai in Passau zusammentrat, war kein ordnungsgemässer Reichstag. Nicht vom Kaiser war die Berufung dazu ausgegangen, sondern vom Könige Ferdinand. Nicht die gesamten Reichsstände hatten eine Einladung erhalten, auf der Passauer Tagsatzung zu erscheinen, sondern nur eine kleine Anzahl derselben. Einer der drei Reichsstände, die Reichsstädte, war in Passau überhaupt nicht vertreten. Die beiden andern berieten, wie wir sehen werden, nicht getrennt in Kurfürsten- und Fürstencollegium, wie es der auf den Reichstagen übliche Modus war: sie traten vielmehr als geschlossene Körperschaft dem Könige Ferdinand auf der einen, dem Kurfürsten Moritz auf der andern Seite gegenüber. Es war schwierig, das Mass der Competenz, welches dieser merkwürdigen Versammlung zustand, zu bestimmen. Wie die Verschiedenheit des Standpunkts der Parteien, so liess auch dieser Umstand vermuten, dass eine definitive Erledigung der zur Beratung stehenden Materien nicht leicht zu erreichen sein werde.

Moritz erschien als einer der ersten am 28. Mai in der Stadt.[1]) Er fand daselbst bereits den Bischof von Eichstädt, die Würzburgischen und Kurbrandenburgischen Gesandten vor. Am Abend desselben Tages langte Herzog Albrecht von Baiern in Passau an, am folgenden Tage König Ferdinand mit dem Erzbischofe von Salzburg.

Dagegen war König Maximilian seinem Vater nicht mit nach Passau gefolgt — zum grössten Leidwesen des ihm be-

1) Nach der „Registratur was ufm tage zu Passau gehandelt ist worden". Dresdner Arch. Reg. III., 40 f. 19 Nr. 3. Bl. 7a. Das Protokoll (Bl. 6—37) ist von Mordeisen verfasst. Es ist das von v. Langenn I,535 Anm. 2 als Tagebuch bezeichnete Schriftstück.

freundeten Moritz, der sein Erscheinen dringend gewünscht hatte. In den officiellen Documenten wird als Grund dafür angegeben: seine Anwesenheit sei an der türkischen Grenze erforderlich gewesen.[1]) Es drängt sich gleichwohl die Frage auf: ist das Fernbleiben Maximilians von Passau nicht auf einen Wink von höchster Stelle zurückzuführen; war es nicht Karl, der dem Neffen verbot, an den Verhandlungen teilzunehmen?

In den eingeweihten Kreisen bestand zu jener Zeit kein Zweifel darüber, dass die politische Haltung Maximilians eine dem Kaiser keineswegs freundliche war.[2]) So tief eingewurzelt war das Misstrauen, in dem sich Maximilian und die kaiserliche Partei gegenüber standen, dass der erstere, als er in Wasserburg im Februar des Jahres 1552 einmal erkrankte, Verdacht schöpfte, er sei von kaiserlicher Seite aus vergiftet worden; man habe ihn aus dem Wege schaffen wollen, um damit dem Sohne Karls, dem Prinzen Philipp, einen Gefallen zu erweisen.[3])

In Linz hatte Maximilian, bevor sein Vater daselbst eingetroffen war, am 14. April dem kursächsischen Kanzler Mordeisen in deutlichen Worten erklärt: er werde in der Frage der Reichsbeschwerden Hand in Hand mit den Kriegsfürsten gehen. Sein Herr Vater und das Haus Östreich hätten auch nicht die geringsten Freiheiten. „Die wolten sie inen auch nicht gerne entzihen oder schmelern lassen, und befarten sich I. K. W., das diejenigen, so sich unterstunden, diselb zu vindizieren, selbst nicht gar guet mit den Deutschen meinten."[4]) In Maximilian hallte die Erbitterung nach über den Ausgang der vorjährigen Verhandlungen über die Successionsfrage. Karl musste zu verhindern suchen, dass er in Passau mit den dort anwesenden Reichsständen in intimere Beziehungen träte. Es hätte sonst leicht ein Complott zwischen den deutschen Reichs-

1) Lanz III., pag. 235.
2) Vergl. über Maximilians Stellung bes. Maurenbrecher in Syb. Hist. Zeitschrift VII., pag. 351—380 u. XXXII., pag. 221—297.
3) Druffel II., pag. 165.
4) Druffel II., pag. 393.

fürsten und dem Könige Maximilian zu stande kommen können -- ein Complott, das auf seine Fahne schrieb: Ausschluss des Spaniers Philipp von der deutschen Kaiserwürde!

Moritz wünschte, dass man sogleich nach der Ankunft des Königs Ferdinand zum Beginne der Verhandlungen schreiten möge. Aber Ferdinand versprach sich keinen gedeihlichen Fortgang der Beratung, ehe nicht mindestens die Mehrzahl der der geladenen Vermittler oder deren Vertreter erschienen wäre.[1]) Daraufhin erklärte sich der sächsische Kurfürst bereit, noch einen Tag auf die Ankunft der Gesandten zu warten. Am 31. Mai Abends langten die Vertreter von Mainz, Pfalz, Köln, Jülich, Würtemberg an. Es fehlten jetzt nur noch die Gesandten von Trier, Pommern und Braunschweig.[2]) Am 1. Juni nahmen die Verhandlungen ihren Anfang.

Zunächst fand eine Beratung zwischen Ferdinand und den vermittelnden Ständen statt: beide einigten sich dahin, dass Moritz zu berufen und von ihm die Erklärung der Kriegsfürsten bezüglich des Linzer Abschiedes zu erfordern sei.

Moritz erschien. In seiner Eingangsrede brachte er sein Bedauern zum Ausdruck, dass er, der der Einmahnung der jungen hessischen Landgrafen folgend zu den Waffen gegriffen habe, dadurch des Kaisers Feind geworden sei. Sehnlich wünsche er aus dieser Stellung herauszukommen und baldigste Herstellung des Friedens. Nach diesen Ausführungen liess Moritz seinen Kanzler Mordeisen vortreten und die Meinung des Kurfürsten und der Mitverwandten über alle Artikel des Linzer Abschiedes vortragen. Nachdem der Kanzler geendet hatte, forderten Ferdinand und die Vermittler schriftliche Abfassung des Vortrags. Moritz ging auf diesen Wunsch ein und

---

1) Vergl. W. Hunds Protokoll vom Tage zu Passau (bei Druffel III., pag. 455—474).

2) Nach dem Würtembergischen Protokoll über den Passauer Tag (Druffel III., pag. 474—484). Das in seinen Einzelheiten wertvolle Protokoll reicht leider nur bis zum 7. Juni. Auf die drei genannten Protokolle stützt sich hauptsächlich die folgende Darstellung der Passauer Verhandlungen. Daneben ist von Wert die Correspondenz zwischen Karl und Ferdinand, sowie seinen Vertretern Rye und Seld bei Lanz III.

übergab die Artikel noch am selben Tage dem römischen Könige.[1])

Wir bemerkten bei Gelegenheit der Linzer Verhandlungen, wie Moritz damals jede Formulierung seiner Forderungen vermied und alle Einzelheiten auf künftigen Verhandlungen erledigt wissen wollte. Jetzt in Passau hielt er den Augenblick für gekommen, offen mit seinen Wünschen hervorzutreten. Der Inhalt der Forderungen, die Moritz in den beiden überreichten Schriftstücken aufstellte, stimmt wenig überein mit dem Inhalt seiner Eingangsrede: in der letzteren hatte er den Anschein zu erwecken gesucht, als ob die Gefangenschaft des hessischen Landgrafen die alleinige Ursache des Krieges gewesen wäre. In den Artikeln tritt die Befreiung des Landgrafen vollständig zurück gegenüber den tiefgreifenden Forderungen reichsrechtlicher Natur, die Moritz aufstellte. In der religiösen Frage verlangte der Kurfürst volle Toleranz für jedermann. Der Religion halben dürfe in Zukunft niemand „etwas ungnedigs, unfreundlichs zu befürchten haben.“ Da das Trienter Concil gescheitert sei, möge durch des Kaisers Autorität eine Nationalversammlung berufen werden, in der die zwischen beiden Confessionen streitigen Fragen zur Beratung kommen würden. Falls eine Einigung nicht erzielt werden könne, solle gleichwohl der Friedstand in Kraft bleiben.[2])

Bez. Frankreichs war in Linz vereinbart worden, dass Moritz den König Heinrich dazu bewegen solle, seine Friedensvorschläge schriftlich abzufassen und dem Kaiser durch ihn überreichen zu lassen. Jetzt erklärte Moritz: vergeblich habe er sich darum bemüht, man möge den in Passau anwesenden französischen Gesandten de Fresse anhören. Moritz selbst würde auf diesem Verlangen, gegen welches Ferdinand und die kaiserlichen Räte alsbald lebhafte Einsprache erhoben, kaum bestanden haben. Nur die Rücksichtnahme auf seine im Kriegslager weilenden fürstlichen Genossen, die sorgfältig alles ver-

---

1) Druffel III., Nr. 1447, Nr. VI u. VII.

2) Diese Bestimmung ist dem Speyerer Reichstagsabschied von 1544 entnommen.

mieden wissen wollten, was Frankreich kränken könne, bestimmte ihn, dem Wunsche de Fresses, namens seines Herrn persönlich zu den Ständen zu sprechen, nachzugeben.

Die Begnadigung der Geächteten sollte sich auf alle beziehen, „so des vergangnen kriegs halb noch in der Kai. Maj. ungnad und dieser kriegsrüstung verwandt seind“ — nicht nur, wie in Linz verabredet war, auf bestimmte namhaft gemachte Personen.

Für die Braunschweigischen Junker forderte Moritz Restitution der ihnen vom Herzoge Heinrich entzogenen Güter.

Die Reichsbeschwerden, deren Moritz in Linz nur ganz im allgemeinen gedacht hatte, waren von ihm jetzt genau spezialisiert und in einem langen Schriftstück besonders zusammengefasst, das dem „weiteren Nachdenken“ der Passauer Versammlung empfohlen wurde. Ein imposantes Zeugnis sind diese Gravamina für die Thatsache, dass das Übergewicht der kaiserlichen Macht in den letzten Jahren den ständischen Trotz nicht zu brechen vermocht hatte. In die Zeiten eines Berthold von Mainz wird man bei der Lecture der 26 Punkte zurückversetzt, in welchen Moritz Anklage auf Anklage gegen Karl, der seine kaiserliche Macht missbraucht habe, schleudert. In eigentümlichem Gegensatze zu der versöhnlichen Eingangsrede des Kurfürsten steht der scharfe Ton, in welchem die Beschwerden vorgetragen sind: Moritz wusste sich in dieser Frage einig mit den in Passau versammelten Ständen. Das heilige römische Reich, so beginnt das Schriftstück, sei ein freies, keiner andern Nation unterworfenes Reich. Der von den Kurfürsten gewählte Kaiser habe in allen Reichssachen nur mit Willen, Wissen und Rat der Stände und besonders der 6 Kurfürsten zu regieren. Seit etlichen Jahren aber werde diese Freiheit beeinträchtigt, in Zukunft drohe noch mehr Abbruch. Von Ausländern würden die Reichsämter besetzt, obwohl doch jedes Reich naturgemäss von Personen seiner Nation regiert werde. Reichsgut veräussere willkürlich der Kaiser; das freie Wahlrecht werde den Kurfürsten verkümmert — ein Umstand, der „auch zu dieser jetzigen fürsteenden unrhue nit wenig ursachen geben mecht haben;“ ja durch die enge Coalition des Kaisers mit dem Fürstenrat würde der Einfluss der Kurfürsten geradezu

zu nichte gemacht, dazu Widerwillen zwischen den Ständen, Verlängerung der Reichstage und anderer Nachteil bewirkt; Appellationen von den kurfürstlichen Gerichten an das Kammergericht, die die goldene Bulle verbiete, kämen thatsächlich vor. Mandate verböten, ausserhalb des Reichs zu dienen, obgleich dies Herkommen und Deutschland so volkreich sei. Die Geldforderungen des Kaisers erhöhten sich fortwährend; fremdes Kriegsvolk hause im Lande; kaiserliche Diener redeten in Büchern, die mit kaiserlichem Privileg gedruckt seien, von der deutschen Nation, als seien deren Glieder nicht mehr frei, sondern eigene Leute.[1]) Die Erblande des Kaisers würden, obwohl zum Reiche gehörig, der Jurisdiction der Reichstage entzogen; das Kammergericht lasse sich Unregelmässigkeiten zu schulde kommen. Diese und andere aufgeführten Beschwerden gereichten den Ständen zur „Dienstparkeit, vertruckung und verclainerung“. Der Kaiser möge sie alle und jede gnädigst abschaffen.

Ein Complex von Forderungen ward hier von Moritz aufgestellt, der sich unmöglich rasch erledigen liess. Nicht eher konnte an die Debatte über die einzelnen streitigen Fragen herangegangen werden, ehe nicht sorgfältig der äussere Modus der Verhandlungen festgestellt war.

Mit dem letzteren Punkte befassten sich die Vermittler und Ferdinand am folgenden Tage, dem 2. Juni. Es war dem Könige ausserordentlich viel daran gelegen, an den Beratungen der Stände von Anfang an teilnehmen zu dürfen. Er würde alsdann die Möglichkeit gehabt haben, persönlich auf sie einzuwirken. Unter diesem Gesichtspunkte erhalten die sich lange hinziehenden Debatten über die Formalien der Geschäftserledigung eine hohe factische Bedeutung. Die vermittelnden Stände setzten Ferdinands Wunsche, mit ihnen gemeinsam beraten zu dürfen, beharrliche Weigerung entgegen. Sie er-

---

1) Hiermit wird auf Avilas Schrift angespielt. Ihre Entrüstung über dieselbe hatten die Kriegsfürsten bereits früher dem kaiserlichen Feldherrn Walter von Hirnheim in Augsburg ausgesprochen. Vergl. Druffel II., pag. 404, sowie das Ausschreiben des Markgrafen Albrecht bei Hortleder II., pag. 1301.

wogen dabei, dass etliche Beschwerden nicht nur den Kaiser, sondern auch den König angingen — obschon sie ihm diesen Grund nicht mitteilten, sondern nur erklärten: die gesonderte Beratung sei der schleunigere und gebräuchlichere Weg. Vergebens machte Ferdinand geltend: er habe jetzt nicht, wie in Linz, kaiserliche Vollmachten, mit denen Karl ja eigne Gesandte ausgestattet habe; er sei nicht Partei, sondern nur Unterhändler. Nur in soweit kamen die Vermittler seinem Verlangen entgegen, als sie zusagten, ihm die Beschlüsse, die sie gefasst hätten, gesondert mitzuteilen. Erst nach nochmaliger gemeinsamer Besprechung sollten alsdann die Entscheidungen der Stände und des Königs zur Kenntnis des sächsischen Kurfürsten gelangen.[1] Moritz durfte mit dem Ausgang der Debatte über die Geschäftsordnung zufrieden sein: deutlich hatten die Friedstifter ihre Absicht gezeigt, ihre Entschliessungen völlig unbekümmert um die Wünsche der kaiserlichen Vertreter in Passau fassen zu wollen.

Einen weiteren Beweis ihrer Selbständigkeit legten sie noch an demselben 2. Juni an den Tag. Ferdinand suchte um jeden Preis zu verhindern, dass der französische Gesandte von den Vermittlern vernommen würde. Die Intriguen, die der letztere in Passau anzuzetteln bemüht war, dedrohten seine Stellung ebenso, wie die des Kaisers. Es war kein Geheimnis, dass der ehrgeizige französische König nichts geringeres, als die deutsche Kaiserwürde, anerstrebte[2]) — Ferdinand, der voraussichtliche Erbe der Kaiserkrone, musste jeden Versuch des Nebenbuhlers,

1) Vergl. über die Geschäftsordnung zu Passau die eingehenden, wenngleich nicht durchweg zutreffenden Ausführungen des Roger Asham bei Katterfeld pag. 182.

2) Die Kriegsfürsten hatten sich gezwungen gesehen, Heinrich im Vertrage von Chambord zu versprechen, bei einer Kaiserwahl ihre Stimme keinem zu geben, der nicht des Königs guter Freund sei. Ja, sie sagten zu: „Da auch seiner M. gelegenheit sein wolt, eine solche burden und dignitet selbst auf sich zu nemen und zu tragen, so möchten wir ir die woll gönnen". Druffel III., pag. 347. Janssen III., pag. 656 citiert diese Stelle falsch und übertreibt dadurch die Bedeutung der Zusage.

mit den Ständen des Reiches sich in ein freundliches Einvernehmen zu setzen, im Keime zu ersticken suchen. Ging er auch nicht soweit wie Karl, der geradezu vorschlug, den französischen Gesandten gefangen zu setzen,[1]) so war er doch der Meinung, dass de Fresse aus Passau ungehört verwiesen werden müsse.

Anders die vermittelnden Stände. Wie unliebsam auch ihnen die Anwesenheit des Franzosen in Passau sein mochte: sie erwogen doch, dass seine Ausweisung aus Passau ihnen, wie dem ganzen Reiche zu grossem Nachteil gereichen könne.[2]) Sie entschieden sich, de Fresse anzuhören. Darüber kam es mit Ferdinand zu einer erregten Scene.[3]) Gleichwohl blieben die Stände fest. Am 3. Juni wurde der französische Gesandte vor die Versammlung geführt und trug sein Anliegen in einer längeren Rede vor.[4])

Man wird dem Bischof von Bayonne nicht die Anerkennung versagen dürfen, dass er ein grosses Geschick in der Auswahl der Momente offenbarte, die auf die Stände Eindruck machen konnten. Er hat es verstanden, seine Worte ganz der politischen Richtung, die Heinrich verfolgte, anzupassen. De Fresses Rede kann in Vergleich gestellt werden zu der Antwort, die Heinrich den Gesandten der Wormser Fürsten vor Weissenburg erteilte. Hier, wie dort in gleicher Weise das Bemühen, die Schuld am Kriege auf Karl abzuwälzen, die Absichten des französischen Königs als rein und selbstlos darzustellen, die Stände durch liebenswürdiges Entgegenkommen zu gewinnen. In einem längeren historischen Überblicke legte de Fresse eingangs die

1) Granvella an Ferd. 29. Mai. Druffel II., Nr. 1462. Vergl. auch Karls Äusserung bei Lanz III., pag 225: De Fresse als Gefangnen wegzuführen, wäre das Beste, u. Lanz III., pag. 246.

2) Druffel III., pag. 457 u. 477.

3) Druffel III., pag. 476.

4) Gedruckt bei Weiss Papiers d'État III., pag. 630 u. Döllinger I., pag. 196. Vergl. dazu die Correcturen von Druffel II., Nr. 1512. Note 2. Sleidan III., pag. 375 bringt gleichfalls eine ausführliche Wiedergabe der Rede.

segensreichen Wirkungen dar, die das enge Zusammengehen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche, das seit den Zeiten Philipp Augusts bestanden habe, im Gefolge gehabt hätte. Erst unter Karl sei die alte Harmonie zerstört worden. Ohne Grund wäre der König Franz als Reichsfeind mit Krieg überzogen worden. Die wichtigsten der von Moritz vorgetragenen gravamina werden von de Fresse in rhetorisch-pathetischer Form wiederholt.

Die in lateinischer Sprache gehaltene Rede des französischen Gesandten hinterliess bei den Vermittlern keinen nachhaltigen Eindruck. Wie sehr sie auch in ihrem Innern den Anklagen zustimmen mochten, die de Fresse gegen das Willkürregiment des Kaisers in Deutschland erhob: der Legende vermochten sie doch nicht Glauben zu schenken, als ob den französischen Königen von jeher und dem Könige Heinrich insbesondere nichts mehr, als das Wohl des deutschen Reiches am Herzen gelegen und ausschliesslich Entrüstung über Karls gewaltsames Vorgehen im Innern Deutschlands ihn zum Ergreifen der Waffen bestimmt hätte. De Fresse empfand selbst, dass in Passau kein geeigneter Boden für seine diplomatische Thätigkeit sei. Schon am 6. Juni spricht er dem Kanzler von Mainz seine Absicht aus, die Stadt in den nächsten Tagen zu verlassen:[1]) am 9. Juni entfernte er sich heimlich aus ihr und begab sich zurück in das Kriegslager.[2])

In Passau forderten die vermittelnden Stände, bevor sie in die Spezialberatung eingingen, am 4. Juni ein Gutachten von den kaiserlichen Räten Rye und Seld[3]) über die von Moritz aufgestellten Forderungen. Die Erklärung, die letztere noch am selben Tage abgaben,[4]) ist ganz in dem Sinne des Kaisers gehalten. Keinerlei Zugeständnisse werden den Kriegsfürsten gemacht Karl, eben noch von ihnen geschlagen und zur Flucht gezwungen, tritt gleichwohl als gebietender Herr auf. Die

1) Druffel II., Nr. 1512.
2) Nach Druffel II., Nr. 1525.
3) Seld war erst am 3. Juni in Passau eingetroffen.
4) Druffel III., pag. 1447 Nr. VIII.

Befreiung des Landgrafen wird, entgegen der Forderung des Kurfürsten, nur in Aussicht gestellt, wenn die Kriegsfürsten 14 Tage vorher die Waffen niedergelegt haben. Bezüglich der Religion verweisen die Räte auf des Kaisers frühere Äusserungen: neue Instructionen wären ihnen nicht zugegangen. Auf die Reichsbeschwerden können sie gleichfalls keine Antwort erteilen. An einen Friedensschluss mit Frankreich kann nicht gedacht werden, sofern Moritz nicht die Mittel über einen Vergleich vorher einsendet. Wenn die Geächteten demütig um die Aussöhnung einkämen, würde der Kaiser gewiss gnädig sein.

Karl hat, als er Kenntnis von dieser Erklärung erhielt, seine hohe Befriedigung über dieselbe ausgesprochen.[1]) Den Friedstiftern aber war mit einer Negation alles dessen, was Moritz verlangte, nicht gedient. Sie haben auf das Gutachten Ryes und Selds keine Rücksicht genommen und, auf Grundlage der Eingabe des Kurfürsten Moritz, am folgenden Tage, dem 5. Juni, die Debatte über die einzelnen Artikel begonnen.

Das eine war klar: eine Generaldebatte über die sämtlichen von Moritz aufgeführten Punkte konnte keine Ergebnisse zu Tage fördern. Die Vermittler teilten deshalb die Fülle des Stoffes, der zur Beratung vorlag. Getrennt sollten besprochen werden die Punkte: Befreiung des Landgrafen und Auflösung des Kriegsvolkes — Gravamina, Frankreich, Aussöhnung der Geächteten (in den Protokollen als die „3 Punkte“ bezeichnet) — Religion, Friede, Recht.

1) Mit der Beratung über die Freilassung des Landgrafen nahm die Verhandlung ihren Anfang. In dieser Frage schien noch am ehesten eine Einigung zwischen Karl und den Kriegsfürsten erzielt werden zu können, da der Kaiser die Absicht ausgesprochen hatte, den Landgrafen Philipp freizugeben. Indessen erschwerte eine Forderung, die Karl erhob, ungemein den Ausgleich. Der Kaiser und seinen Instructionen gemäss die kaiserlichen Räte zu Passau hatten verlangt, dass die Freilassung des Landgrafen erst 14 Tage nach der Auflösung des Kriegsvolkes der Bundesfürsten erfolgen solle — Moritz

1) Karl an Rye. 7. Juni. Lanz III., pag. 246 . . . . et nous a semble le tout tresbien.

forderte, dass die Freilassung und Auflösung am gleichen Tage stattfänden. Darüber kam es zu langwierigen Debatten. Die vermittelnden Stände stellten sich in ihrem Bedenken vom 5. Juni[1]) unbedingt auf den Standpunkt Moritzens. Sie setzten das Vertrauen in Karl, dass er ihrer Bitte willfahren werde. Alsdann würden Moritz und der Kurfürst von Brandenburg dem Kaiser und Reiche im Falle der Not desto nützlicher und freier dienen.

Ferdinand dagegen wollte nur in Übereinstimmung mit den kaiserlichen Räten sich dem Wunsche der Vermittler anschliessen. Und diese hatten ausdrücklichen Befehl, bezüglich der 14 Tage nichts zuzugestehen.[2]) Den Vorschlag Ferdinands, er nebst seinem Sohne Maximilian würde Sicherheit dafür leisten, dass die Freilassung Philipps seitens des Kaisers vollzogen werde, nahmen wiederum die Vermittler nicht an.[3]) Erst am folgenden Tage, dem 6. Juni, kam es zwischen ihnen und dem römischen Könige zu einem Vergleiche. Ferdinand überzeugte sich in einer Unterredung mit dem Kurfürsten davon, dass dieser nicht in eine Auflösung des Kriegsvolks vor der Befreiung des Landgrafen willigen werde.[4]) Er sah ein, dass ein schroffes Beharren auf dem kaiserlichen Standpunkte die ganze Unterhandlung in Frage stellen könne. So einigte er sich mit den Ständen zu einem vermittelnden Vorschlage: in dem von ihnen gemeinsam abgegebenen Gutachten vom 7. Juni[5]) wird neben der Forderung des Kaisers, für deren Erfüllung Ferdinand und Max Sicherheit gewährleisten würden, als 2. Möglichkeit hingestellt: der Landgraf solle am Tage der Entlassung des Kriegsvolkes an den Hof des Kurfürsten von Köln oder Herzogs von Jülich geführt und 14 Tage darauf in Freiheit gesetzt werden.

Neue Schwierigkeiten erwuchsen. Kurfürst Moritz hielt in seiner Replik auf das von den Ständen und König Ferdinand festgesetzte Gutachten daran fest, dass Befreiung und Urlaubung

1) Druffel III., pag. 1447, Nr. IX.
2) Druffel III., pag. 457.
3) ib. pag. 480.
4) Vergl. Mordeisens Protokoll Bl. 8 b.
5) Druffel III., 1447 Nr. X.

an demselben Tage erfolgen müssten.[1]) Eine zähe Hartnäckigkeit legten beide Parteien in dieser Frage an den Tag. In der That wohnt ihr eine grössere Bedeutung bei, als auf den ersten Blick scheinen mag. Moritz hegte — nicht ohne Grund — Besorgnis, der Kaiser würde, wenn das bundesfürstliche Heer entlassen sei, gleichwohl Mittel und Wege finden, die Entlassung des Landgrafen aus seiner Haft zu hintertreiben. Leicht konnten gewisse Clauseln, die an die Entlassung des Kriegsvolks geknüpft waren, den Bundesfürsten verhängnisvoll werden: wenn trotz der Bestimmung, dass das entlassene Kriegsvolk dem französischen Könige keinen Zuzug leisten solle, wider Willen der Bundesfürsten einige Söldner in die Dienste König Heinrichs traten, würde Karl dies nicht zum Vorwand benutzen, die ganze Vertragshandlung für nichtig zu erklären?[2]) Karl hinwieder befürchtete, dass die Entlassung der bundesfürstlichen Truppen nicht vorgenommen würde, wenn die Kriegsfürsten die Gewissheit hätten, dass auch ohnedem die Befreiung Philipps erfolgen werde. Er besorgte eine Wiederholung des Verfahrens, das Moritz vor Magdeburg angewandt hatte.[3]) Der Streit um das Datum der Freilassung des hessischen Landgrafen gestaltete sich somit zu einem Kampf darum, dass jede der beiden Parteien sich nach dem Inkrafttreten des Vertrages vor Vergewaltigungen seitens der andern möglichst sichern wollte.

Der schliessliche Ausgang, den die Debatte hatte, musste Moritz ausserordentlich genehm sein. Als die Stände sahen, dass keine der Parteien zur Nachgiebigkeit bereit war, warfen sie das Gewicht ihrer Stimmen in die Wagschale zu Gunsten der Forderung des Kurfürsten: sie erklärten am 8. Juni dem römischen Könige, die Beratung der Replik des Kurfürsten Moritz habe sie darin bestärkt, die sofortige Freilassung des Landgrafen zu befürworten. Der König möge diesen ihren Beschluss dem Kaiser mitteilen. Welcher Glimpf erwüchse den Gegnern, wenn

1) Druffel III., 1447 Nr. XI.
2) Vergl. Druffel III., pag. 493.
3) Dies giebt Gienger im Auftrage Ferdinands am 8. Juni dem Kurfürsten Moritz selbst an. Mord. Prot. Bl. 12a.

der Vertrag wegen der 14 Tage scheitere![1]) Gemäss einem Vorschlage, den der Herzog Albrecht von Baiern und der Bischof von Passau zuerst im Verlaufe einer Sonderbesprechung mit dem Kurfürsten Moritz machten,[2]) ward jetzt bestimmt, dass der Landgraf am 3. Juli freigelassen werde; bis zu diesem Tage solle das Kriegsvolk der Bundesfürsten entlassen sein.

Ferdinand hat diesem Beschlusse nicht unbedingt zugestimmt, sondern erst nach längerer Debatte lediglich das Versprechen gegeben, persönlich nach Kräften beim Kaiser für die sofortige Freilassung des Landgrafen einzutreten. Doch müsse Karl unbedingt von dem Willen der vermittelnden Stände in Kenntnis gesetzt werden, wozu eine Verlängerung des Anstandes vom 9. Juni an um 7 Tage nötig sei. Moritz hat sich zu letzterer für seine Person bereit erklärt.[3])

Die folgenden Tage lehrten, dass die Verlängerung des Waffenstillstandes allein zur Erledigung der übrigen zur Beratung stehenden Punkte erforderlich gewesen wäre Die eine Frage, wann die Freilassung des Landgrafen geschehen solle, hatte eine Summe von Arbeit und Überredungskunst seitens der Vermittler erfordert: wie hätte in den Punkten Religion, Reichsbeschwerden, Friede, Recht innerhalb einer halben Woche eine die verschiedenen Parteien befriedigende Einigung erzielt werden können?

2) Die Beratungen über die Religionsangelegenheit hatten am 6. Juni begonnen. Von ihrem Ausgange hing es ab, welches der rechtliche Zustand der beiden einander feindlichen Confessionen in den nächsten Zeiten in Deutschland sein würde.

---

1) Druffel III., 1447 Nr. XIIIb.

2) Am 7. Juni, nach Mord. Prot. Bl. 10b. — Nach dem Würt. Prot. Druffel III., pag. 482 berichtet Herzog Albrecht den Ständen, der Kurfürst habe jenen Vergleich vorgeschlagen. Vielleicht wollte er die Verantwortlichkeit für diesen Vorschlag von sich abweisen.

3) Landgraf Wilhelm erklärte seine Zustimmung zu der Verlängerung des Waffenstillstandes in einem dem Schreiben vom 10. Juni an Moritz beigelegten Zettel, da sie ohnedies vor 5 Tagen nicht aufgebrochen sein würden. Das Schreiben bei Rommel Philipp der Grossmütige, Landgraf von Hessen III., pag. 288 ff.

Da war es nun höchst bezeichnend für den Eindruck, den Karls Kirchenpolitik der letzten Jahre im deutschen Lande hervorgerufen hatte, dass sich hier in Passau, wo die beratenden Fürsten nicht unter dem unmittelbaren Drucke des Kaisers standen, keine einzige Stimme zu Gunsten der Beibehaltung des spanisch-katholischen Systems erhob. Soviel Einsicht hatten auch die in Passau anwesenden oder vertretenen katholischen Fürsten gewonnen, dass durch Gewaltacte, von Reichswegen vorgenommen, religiöse Überzeugungen von der Kraft der protestantischen dauernd nicht niedergehalten werden könnten. Gingen auch die Ansichten der verschiedenen Stände bezüglich der Mittel und Wege, wie eine Besserung der gegenwärtigen Zustände herbeizuführen sei, auseinander, in der einen Anschauung trafen alle zusammen: Friede musste in Zukunft bestehen zwischen Protestanten und Katholiken, Friede auch für den Fall, dass die Vergleichsverhandlungen auf künftigen Concilien, Reichs- oder Nationalversammlungen zu keinem Ergebnis führen würden.

Schon vor dem Beginne der Passauer Verhandlungen war Moritz von dieser Gesinnung der Vermittler unterrichtet worden. Die in Worms versammelten, in ihrer Mehrheit geistlichen Fürsten hatten ihm in einem ausführlichen Schriftstücke ihre Haltung gegenüber seinen Forderungen zu erkennen gegeben[1]) und dabei eingehend ihren Standpunkt in der religiösen Frage dargelegt. Sie erklären in dieser Gesandtschaftsinstruction, dass sie „bisher und noch nicht weniger begirig gewesen, solche vergleichung helffen zu befurdern, darmit die Spaltung der Religion, auch das misvertrauen, zwischen den Stenden daraus erfolgt, einmal erledigt und dargegen bestendiger frieden im heiligen Reiche deutscher Nation gepflanzt und erhalten werde.“ Versuche, einen gütlichen Ausgleich zwischen den beiden Confessionen herbeizuführen, sollten auf einem neu zu berufenden General-

---

1) Dieses sehr wichtige Schriftstück gedruckt von Kugler in Würt. Jahrbücher 1868, pag. 413—425. Kugler Herzog Christof I., pag. 207 bezweifelt, ob dasselbe wirklich an Moritz abgeschickt wurde. Doch findet sich die Gesandschaftsinstruction, wenngleich undatiert, im Dresdner Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 10 Bl. 674—683.

concil vorgenommen werden, an dessen Spitze ein deutscher Präsident stehen und dem der Papst unterworfen sein solle. Nur nach „gotlicher prophetischer apostolischer Schrift auch warer lere der heiligen altveter, allen Privataffect hindan gesetzt", müsse daselbst die Beratung geführt werden. Jedenfalls solle um seiner Religion willen keiner belästigt werden, den Friedensstörer aber die auf den Bruch des Landfriedens gesetzte Strafe treffen.

An diese Gedanken knüpften die Vermittler in Passau jetzt wieder an. Eine Einhelligkeit der Beschlussfassung aber wurde zunächst dadurch verhindert, dass eine protestantische Minderheit gegen den Vorschlag, die streitigen Religionspunkte sollten auf einer künftigen Reichsversammlung erledigt werden, Widerspruch erhob. Das hatten die Protestanten aus der Geschichte der letzten 30 Jahre gelernt, dass eine Verhandlung der religiösen Angelegenheit auf Reichstagen ihrer Sache nicht förderlich sein konnte. Eine Verquickung von religiösen mit politischen Momenten, wie sie Karl auf den Reichsversammlungen stets vorzunehmen beliebte, war nicht vereinbar mit dem innersten Wesen des Protestantismus. War überhaupt noch an eine Überbrückung der klaffenden Gegensätze, die beide Confessionen von einander trennten, zu denken, so konnte sie nur erfolgen auf dem Wege gütlicher Besprechungen und theologischer Auseinandersetzungen. Entschlossen und nachdrucksvoll haben die würtembergischen Gesandten, gemäss der Instruction ihres Herrn, und mit ihnen die Vertreter der beiden Brandenburge, Pommerns und Jülichs diese Anschauung während der Verhandlungen des 6. Juni verfochten.[1]) In nahezu gleicher Anzahl sollten beide Confessionen durch „frume, gotsferchtige, gelerte und schidliche menner" auf einer künftigen Nationalversammlung vertreten sein und versuchen, ob sich ein Vergleich erzielen liesse. Moritz hatte — der an ihn von dem Herzoge Christof gerichteten Bitte gemäss — in seinem Vortrage am 1. Juni das Gleiche verlangt.

Die Mehrzahl der Vermittler indessen, unter ihnen vor allem die geistlichen, wünschten, selbst bei der Religionsver-

1) Würt. Prot. Druffel III., pag. 481.

gleichung mitzuwirken, um dadurch einer Beeinträchtigung ihrer partikularen Interessen vorzubeugen. So ward in der Versammlung vom 6. Juni der Entscheid getroffen: der Kaiser möge baldigst einen gemeinen Reichstag abhalten, auf welchem endgültig festgesetzt werden sollte, ob die Religionsspaltung auf einem General- oder Nationalconcil, auf einer Reichs- oder andern Versammlung beizulegen sei.

Es trat hier der Fall ein, dass die Passauer Stände einen von den Forderungen des Kurfürsten Moritz abweichenden Beschluss fassten. Im übrigen freilich kamen sie seinen Wünschen in weitgehendstem Masse entgegen. Als ein entschiedener Protest gegen die Kirchenpolitik des Kaisers erscheint das Gutachten, welches sie verfassten und zunächst dem König Ferdinand zustellten. Ein beständiger Friedstand zwischen dem Kaiser, dem Kurfürsten und den Ständen der deutschen Nation soll bestehen bis zur endlichen Vergleichung der zwiespaltigen Religion, dergestalt, dass der Kaiser und die Stände keinen Stand der Augsburgischen Confession zugehörig oder „die sonst kainer andern offentlichen verworfnen und durch die reichsabschiede verdamten secten anhengig, mit der tat gewaltiger weis oder in ander wege, wider sein conscientz und willen, von seiner religion und glauben tringen" darf.

Die der jetzigen Kriegsübung Verwandten und auch sonst alle andern Stände sollen ihrer Religion, Kirchengebräuche, Ordnungen und Ceremonien, auch ihrer Habe, Güter, Landen, Leuten, Renten, Zinsen, Gülten, Ober- und Gerechtigkeiten halben unbeschwert bleiben.

Der Kaiser und die Stände sollten hierfür eine genügende Versicherung erteilen, das Kammergericht solle von dem beschlossnen Friedstand in Kenntnis gesetzt und aufgefordert werden, in seinen Entscheidungen darauf Rücksicht zu nehmen.

Falls die Religionsvergleichung in nächster Zeit nicht zu erreichen sei, solle nichtsdestoweniger der obige Friedstand in Kraft bleiben bis zur endlichen Vergleichung.

Jeder Satz dieses Schriftstückes nimmt sich aus wie eine Anklage gegen den Kaiser. Ferdinand, der ja in Linz ganz ähnliches zum Vorschlage gebracht hatte, hielt es gleichwohl für gut, ihm seine unbedingte Billigung zu erteilen. Am 8. Juni

ward das Gutachten in König Ferdinands und der Stände Namen dem Kurfürsten überreicht. [1])

Moritz fand an dem, was die Stände beschlossen hatten, wenig auszusetzen. Die Entscheidungen dieser in ihrer Majorität aus katholischen Mitgliedern zusammengesetzten Ständeversammlung waren in der That so besonnen und massvoll, dass sie eine brauchbare Grundlage für die Herstellung eines gemeinsamen Rechtsbodens für beide Confessionen bilden konnten. Die Zufriedenheit Moritzens mit dem überreichten Gutachten findet auch in der Replik ihren Ausdruck, die er noch an demselben 8. Juni den vermittelnden Ständen zugehen liess. [2])

Er habe es gern vernommen, dass ein beständiger Friedstand aufgerichtet werden solle. Er billige die Fortdauer des Friedstandes im Falle der Nichtvergleichung.

Im einzelnen wünschte Moritz eine schärfere Formulierung einiger Bestimmungen: bei der Aufzählung der verschiednen Möglichkeiten einer Religionsvergleichung hält er eine Erwähnung des Colloquiums — welches er schon in seinem ersten Vortrage gefordert hatte — für ratsam. Ferner solle durch einen Zusatz ausgesprochen werden, dass die in Zukunft zu erwartende Einigung für beide Teile bindende Gültigkeit nur dann haben solle, wenn sie einhellig erfolgt und nicht der eine

1) Das dem Kurfürsten Moritz überreichte Schriftstück, nach Loc 9145, III., 145 vom 7. Juni datiert, befindet sich im Dresdn. Arch. Reg. III., 40 fol. 19 Nr. 2 Bl. 29 ff. — Es stimmt fast wörtlich überein mit dem Gutachten der Stände vom 6. Juni, wie es bei Druffel III, 1447 Nr. XX., Varianten der Redaction A. Nur die Einleitung und der Schluss fehlen, auch der Zusatz „ungeverlich auf der Ko. M. selbst zu Linz gethanen furschlag und des Kurf. zu Sachsen angezeigter Schrift.“

Den Abweichungen des Gutachtens der Stände vom 6. Juni von der definitiven Fassung des Religionsgutachtens vom 12. Juni, das Druffel im Text druckt, ist nach dem Schriftstück im Dresdner Archiv vom 7. Juni noch hinzuzufügen:

Druffel III, p. 508 z. 19 die Worte: „oder eines colloquii“ fehlen in A. Die Erwähnung des Colloquiums geschah erst auf das Ansuchen des Kurfürsten Moritz in seiner Replik. Druffel III, p. 499.

2) Druffel III., Nr. 1447, XIV.

Teil von dem andern überstimmt worden ist. Dem Kammer-Gericht soll eingeschärft, seine Assessoren darauf vereidigt werden, dass „einem jeden part, wes Religion er sei, gleichmessig recht gesprochen wird.“ Als Beisitzer zum Kammer-Gericht sind taugliche Personen zu präsentieren „ungeachtet welches tails religion die sein.“

Von grosser sachlicher Bedeutung ist — vielleicht ausser der letzteren Bestimmung — nur eine Forderung, die Moritz aufstellte. Ohne von dem Kurfürsten besonders darum angegangen zu sein, hatten die Fürsten und Gesandten einen Passus in ihr Gutachten aufgenommen, in dem die Kriegsfürsten Sicherung ihres Landes und ihrer Habe zugesagt erhielten. An diesem Punkte setzte Moritz ein, um den Vermittlern, weitere Concessionen abzuringen. Die gewaltigen Besitzverschiebungen, welche durch die Einführung der Reformation in den protestantischen Territorien hervorgerufen waren, entbehrten noch immer der rechtlichen Sanction. Waren auch häufig Jahrzehnte seit der Säcularisation verflossen: wenn die Gelegenheit den früheren Eigentümern günstig schien, konnten sie noch immer mit ihren alten Besitzansprüchen bei dem Kammergericht wieder hervortreten. Jetzt schien dem Kurfürsten Moritz der Augenblick gekommen, sich und seinen Glaubensgenossen die Unantastbarkeit des säcularisierten Landes für alle Zeiten sichern zu lassen. Er selbst war dabei in hervorragendem Masse interessiert. In Kursachsen war schon sehr früh mit dem geistlichen Besitze, der bei der völlig protestantischen Gesinnung seiner Bewohner keine Daseinsberechtigung mehr hatte, aufgeräumt worden und warf jetzt einen nicht geringen Teil der kurfürstlichen Revenuen ab.

In einer besonderen Erklärung suchte Moritz den König Ferdinand zu bewegen, namens des Kaisers die Versicherung zu geben, dass ihm dieser früher geistliche Besitz nicht streitig gemacht werden solle. [1]) Schon auf dem Regens-

1) Dieselbe findet sich im Dresdner Archiv, Reg. III., 40 f. 19, Nr. 2, Bl. 35. Das Datum fehlt. Doch ist die Ueberreichung dieser Erklärung zweifellos gleichzeitig mit der Replik erfolgt. Moritz beruft sich später auf sie. Mord. Prot. f. 17 a.

burger Reichstag von 1546 habe ihm der Kaiser bezüglich desselben Zusagen gemacht. Dazu komme, dass die geistlichen Güter in Sachsen nicht reichsunmittelbare, sondern landsässige seien, dass sie nicht mit Gewalt eingenommen, sondern teils durch Vereinbarungen mit den Ordensleuten, teils infolge von Absterben der Eigentümer an ihn gefallen wären. Auch seien dergleichen Güter bereits wieder verkauft und in andrer Leute Hände gekommen und der Rest der Einnahmen würde zu „frommen Zwecken" — d. h. zur Bestreitung der Ausgaben der protestantischen Kirche — verwandt.

In der Replik wünschte Moritz, dass in das Gutachten hinter die Worte „auch irer hab, güter, land, leut, renten, zins, gülten" die Bestimmung, „so vil sie der noch in posession sein, hinfuro unbeschwert" eingeschoben würden — mit andern Worten: was sich gegenwärtig im Besitze der protestantischen Stände befinde, solle als ihr Eigentum declariert werden.

Die Stände, die am 10. Juni in die Beratung dieser Replik eintraten, waren bereit, dem Kurfürsten in allen seinen Wünschen entgegenzukommen: nur eben das letzterwähnte Verlangen Moritzens erklärten sie für unannehmbar. [1]) Hier machte sich doch bemerkbar, dass über ein Drittel der Fürsten und Gesandten zu Passau dem geistlichen Stande angehörten oder ihn vertraten. Unter den Motiven der Ablehnung vernehmen wir: mit der Clausel über die Possession würde die Möglichkeit einer Restitution abgeschnitten. Zu einem definitiven Ausgleich kam es in dieser Frage vorläufig noch nicht; er blieb der Schlussberatung über die gesamten Vertragsartikel vorbehalten. [2])

3) In den Verhandlungen über die Ordnung der religiösen Angelegenheiten war — abgesehen von einzelnen Punkten — verhältnismässig rasch eine Einigung zwischen den Ständen und

1) Vergl. das Gutachten der Stände bei Druffel III., Nr. 1447, XVIII.

2) Ferd. erklärte auf die Replik der Stände, die Erwähnung eines Colloquiums sei nicht thunlich. Man dürfe den Beschlüssen der Reichsversammlung nicht vorgreifen. Druffel III., pag. 461.

König Ferdinand erzielt worden. Nicht das Gleiche war der Fall bezüglich der Beratungen über die von Moritz vorgebrachten Gravamina. Hier trat das Bestreben der vermittelnden Stände, die Centralgewalt des Reiches zu schwächen, ihr wesentliche Functionen und Rechte, die sie besass, zu nehmen, zu Tage; [1]) hier standen — wie schon in der französischen Frage — nicht nur Karls, sondern auch Ferdinands Interessen auf dem Spiele.

In jener bereits erwähnten Gesandtschafts - Instruction, welche die in Worms versammelten Fürsten dem Kurfürsten Moritz zugehen liessen, war von ihnen, nachdem sie 12 Beschwerdepunkte aufgezählt hatten, die Versicherung ausgesprochen worden: sie wären ganz wohlgeneigt, „in diesem allen und was ferner demselben anhengig sein mechte, alsbaldt auch unterschidliche gutliche unterhandlung furzunemen." „Dan ihr Chur- u. f. gn. mechten wol bedenken, das unsere gnedigste u. gn. herren nicht weniger dan sie geneigt, geflissen und begirig, der deutschen Libertet und freiheit zu erhalten und in denen Dingen, darin sie geschmelert oder denen etwas abgezogen were, dasselbig helffen wider zu bringen und zu erlangen." [2]) Das Verhalten der in Passau versammelten Fürsten und Gesandten bewies, dass sie mit der Ausführung dieses Versprechens Ernst machen würden.

Während einer vertraulichen Besprechung, die Herzog Albrecht von Baiern und der Bischof von Passau mit Moritz hatten, liessen erstere die Aeusserung fallen: „S. Ch. Gn. sollten nicht denken, das man die Gravamina zu erledigen wurde nachlassen, dan es lege den Stenden so vil daran, als s. ch. gn. selbst." [3])

Die kaiserlichen Comissare hatten in ihrer Erklärung gefordert, dass die Erledigung der von Moritz zum Vortrage

1) Sleidan III., pag. 380, bemerkt zu Moritzens Vorschlägen: Rationem hanc non improbant intercessores.

2) Dresdn. Arch. Reg. III., pag. 66 f. 164, Nr. 10, Bl. 681.

3) Die Aeusserung, die am 7. Juni geschah, berichtet Mord. Prot. Bl. 11a.

gebrachten Reichsbeschwerden auf den künftigen Reichstag verschoben werde. Auch den vermittelnden Ständen erschien in dem ersten Gutachten, welches sie Ferdinand überreichten, eine sofortige Beratung nicht möglich.[1]) An dem Tage, an welchem sie es aufsetzten — dem 7. Juni — war eine Verlängerung des Waffenstillstandes von Moritz noch nicht erreicht worden. In kurzer Zeit lief derselbe ab: Da konnte an eine eingehende Verhandlung über die sämtlichen 26 Punkte nicht gedacht werden. Gleichwohl lag nichts weniger im Sinne der Vermittler, als die Erledigung der Reichsbeschwerden in ungewisse Ferne zu verschieben. Schon hier in Passau wollten sie sich das Privilegium sichern, dass ihnen selbst in Gemeinschaft mit König Ferdinand und dessen Sohne Maximilian ausschliesslich die Entscheidung über die einzelnen Reichsbeschwerden zustehen würde. Sie forderten vom Kaiser die Versicherung, dass er — da eine Verhandlung der Angelegenheit seitens aller Stände des Reiches zu weitläuftig werden würde — die Beratung über die gravamina in die Hand der Passauer Stände stellen sollte. — Wie alsdann ihr Entscheid ausfallen würde, konnte nach den Erklärungen, die sie dem Kurfürsten Moritz gegeben hatten, nicht zweifelhaft sein.

Schwere Bedenken rief bei Ferdinand eine weitere Forderung hervor: dass es den von der Reichsacht zu befreienden Geächteten in Zukunft freistehen solle, bei fremden Potentaten Kriegsdienste anzunehmen. Unter den „fremden Potentaten" konnte niemand anders, als der König von Frankreich verstanden werden: in seinem Lager weilten die Geächteten, in seinem Solde zogen sie gegen Karl zu Felde. So wenig hatte es doch der Kaiser verstanden, durch sein politisches Verhalten die Stände für sich zu gewinnen, dass diese kein Bedenken trugen, Angehörigen des Reiches zu gestatten, gegen ihren eignen Kaiser zu kämpfen.

Ferdinand wollte in seiner Antwort auf das ständische Gutachten diesem Verlangen keinesfalls seine Zustimmung erteilen.[1]) Auch sonst fand er vielerlei an den Forderungen der vermittelnden Stände auszusetzen. Der Kaiser dürfe als Oberhaupt des Reiches nicht von der Beratung der Beschwerden ausgeschlossen werden. Die Frage nach dem Schadenersatze, den die Kriegsfürsten zu leisten hätten, hatten die Friedstifter in der Weise regeln wollen, dass alle eroberten Lande, Herrschaften, Städte ihren früheren Besitzern wieder zugestellt würden, dass dagegen für Brandschatzungen, Geldzahlungen und Injurien kein Ersatz geleistet werden könne. Ferdinand meinte, eine völlige Restitution wäre billig. Auch die in dem Gutachten verlangte Begnadigung der braunschweigigen Junker und die Restitution ihrer Güter schien ihm ohne weiteres nicht zulässig.

1) Druffel III., Nr. 1447, XII. Das Gutachten ist vom 8. Juni datiert. Es war schon, nach Hunds Prot. pag. 457 am 7. aufgesetzt.

Doch die Vermittler waren Ferdinand gegenüber nur wenig zur Nachgiebigkeit bereit. Am Abend des 8. Juni hielten sie eine neue Beratung über die drei Punkte ab,[2]) am folgenden Tage übergaben sie ihr zweites Gutachten.[3])

Sie hielten an der Forderung fest, dass alle allgemeinen und besonderen gravamina, welche die beiden Majestäten angingen, allein ihrer Entscheidung unterständen. Nur bei den Beschwerden, die dieselben nicht beträfen, solle die Verhandlung gemeinsam mit dem Kaiser und Könige vorgenommen werden.

In der Frage der Recuperation der von den Kriegsfürsten in Besitz genommenen Güter gingen die Passauer Stände noch einen Schritt über die im Gutachten des 7. Juni empfohlenen Vorschläge hinaus: auch das von den Bundesfürsten occupierte Land solle nur soweit zurückgegeben werden, als es seine früheren Besitzer schon vor dem schmalkaldischen Kriege eigentümlich und erblich innegehabt hätten.[4]) Die letztere Bestimmung war offenbar auf das Ansuchen des Pfalzgrafen

1) S. seine Antwort Druffel III., pag. 458.
2) Würt. Prot. pag. 483.
3) Druffel III., 1447, Nr. XV.
4) Druffel III., pag. 501. S. Druffel III., pag. 460.

Ottheinrich in das Gutachten aufgenommen [1]) Ottheinrich war im schmalkaldischen Kriege seiner Pfalzgrafschaft Neuburg verlustig gegangen; von kaiserlichen Soldaten war sie occupiert worden. Jetzt hatte er seine Erblande im Bunde mit den Kriegsfürsten wiedererobert. Es erschien unbillig, dass er sie nach dem Friedensschlusse dem Kaiser, der sie ihm erst widerrechtlich abgenommen hatte, wieder ausliefern solle. [2])

Das Verlangen der Vermittler, die Verhandlung möglichst rasch zu Ende zu führen, hat schliesslich bewirkt, dass sie sich in den „3 Punkten“ dem Könige Ferdinand gegenüber zu einigen Concessionen herbeiliessen. Zwar wird in dem Gutachten, welches Ferdinand und die Stände gemeinsam abgaben, [3]) nachdrücklich eine Beratung der Reichsbeschwerden gefordert, eine Abstellung der Schäden auf Grund der Bestimmungen, welche die goldne Bulle enthielt; aber die Fürsten und Gesandten verzichteten darauf, selbst nähere Vorschläge über die Art dieser Verhandlungen und die Zeit ihres Beginnes zu machen. [4]) Auch willigten sie darein, den „Ausgesöhnten“ die Verpflichtung aufzuerlegen, nicht gegen Kaiser und Reich zu dienen. [5])

Am 10. Juni war die General-Debatte über die einzelnen zur Verhandlung stehenden Punkte zwischen den vermittelnden Ständen und Ferdinand beendet. Gross war die Arbeit gewesen, die auf ihnen in der letzten Woche gelastet hatte, redlich ihr Bemühen, in den einzelnen Fragen, soweit es ihr politischer Standpunkt zuliess, einander entgegen zu kommen. Es blieb jetzt noch übrig, das Gutachten des sächsischen Kur-

---

1) Aus einem Personalverzeichnis der zu Passau anwesenden Fürsten und Räte (Dresd. Arch. Reg. III., 66 f. pag. 164. Nr. 12, Bl. 83—84) geht hervor, dass Ottheinrich in Passau durch Johann Helffant vertreten war.

2) Vergl. dazu Druffel III., 1447, Nr. XVII.

3) Druffel III, 1447, Nr. XXI.

4) In dem ersten Gutachten verlangten sie, allein die Beratung zu führen — „diweil es für etwas weitleufig mocht angezogen werden, da alle stende des reichs zu solcher unterhandlung gezogen würden.“ Druffel III., pag. 495. Eine ähnliche Bestimmung fehlt im letzten Gutachten.

5) Druffel III, p. 460.

fürsten über die sämtlichen Artikel einzuholen. Seine Zustimmung war vor allem erforderlich für das Zustandekommen des Vertrags. Bisher hatte Moritz einigemale lediglich seine Bedenken bezüglich des einen oder andern Punktes geäussert. Würde er, wenn jetzt die gesamten Artikel an ihn gelangten, nicht neue Forderungen erheben, neue Clauseln als Bedingung der Annahme des Vertrags von seiner Seite aufstellen?

Moritz erhielt die Vertragsartikel [1]) am 12. Juni eingehändigt. An demselben Tage liess er seine Antwort darauf den vermittelnden Fürsten und Gesandten und dem Könige zugehen. [2]) In der Hauptsache erklärte sich der Kurfürst mit dem Entscheide der letzteren einverstanden. Aber die Besorgnis, dass der Kaiser diese oder jene unklar gefasste Bestimmung zum Nachteil der Kriegsfürsten ausnutzen würde, die Furcht, dass seine Genossen im Kriegslager an verschiedenen Wendungen und Ausdrücken Anstoss nehmen könnten, veranlassten ihn doch, jedes Wort der Vertragsartikel genau zu prüfen und im einzelnen eine ganze Anzahl von Aenderungsvorschlägen anzubringen. [3])

Vielfach bezwecken dieselben nur eine schärfere Formulierung des Gedankens und sind somit nicht von grösserem historischen Interesse. Einer Reihe von Aenderungen, die Moritz forderte, wohnt indessen sachliche Bedeutung bei. Nicht ohne nochmalige eingehende Debatte ward eine Einigung darüber herbeigeführt.

---

1) Druffel III., 1447, Nr. IXX. (bei Druffel pag. 503 fälschlich XXI), XX, XXI, XXII. Dazu noch eine — fehlende — Schrift über die Braunschweigigen Junker.

2) Um Zeit zu sparen, unterstrich er die Worte, die ihm nicht annehmbar schienen, und fügte seine Wünsche am Rande bei. Nur bez. der „Aussöhnung“ und „der Braunschweigigen Junker“ übergab er den Ständen neu entworfene Schriften.

3) Die Aenderungsvorschläge des Kurfürsten sind aus den von Druffel in den Noten angeführten Varianten zu den oben citierten Schriftstücken nicht klar zu erkennen. Mehr Einblick erhält man in die abweichenden Ansichten Moritzens aus den Bedenken der Stände auf des Kurfürsten von Sachsen Eingabe bei Druffel III., 1447, Nr. XXV. und aus der mündlichen Verhandlung am 14. Juni in Mord. Prot.

Nachdem die Stände ihr Bedenken darüber am 14. Juni abgegeben hatten, fand noch an demselben Tage eine mündliche Unterhandlung zwischen dem Kurfürsten Moritz auf der einen, dem Könige Ferdinand, Herzog Albrecht von Baiern, dem Bischofe von Passau und den Mainzischen und Pfälzischen Gesandten auf der andern Seite statt. [1])

Bei dem Artikel, betreffend die Befreiung des Landgrafen gab vor allem eine Clausel Anlass zu langwieriger Debatte. Die Stände hatten in das Gutachten die Bestimmung aufgenommen: die Kriegsfürsten sollten nach dem Inkrafttreten des Vertrages ihre Truppen auflösen und „dem kunig von Frankreich nit zuziehen, noch weiter verpunden bleiben, sonder sich solcher neuen aufgerichten püntnus enteussern.“ Moritz befand sich dieser Forderung gegenüber in einer sehr schwierigen Lage. Für seine Person würde er ohne Zweifel gern in die Klausel gewilligt haben. Schon öfters bemerkten wir, wie sein Bestreben war, sich der französischen Bundesgenossenschaft zu entledigen, die der Durchführung seiner politischen Pläne lästig im Wege stand. Aber Moritz kannte genau die Gesinnung der im Kriegslager zurückgebliebenen Fürsten. Sie standen vollständig unter dem Einfluss des französischen Gesandten de Fresse. Sie gingen soweit, in keinen Artikel des Vertrags willigen zu wollen, welchem nicht der König von Frankreich seine ausdrückliche Zustimmung erteilt hätte; sie würden sich sicherlich nicht zur Annahme einer Klausel haben bewegen lassen, die ihnen auferlegte, mit Frankreich zu brechen. Moritz bat, die Bestimmung fallen zu lassen und sich mit seiner Versicherung zu begnügen, dass er alles aufbieten würde, in Zukunft das französische Bündnis aufzuheben.

Umsonst! Ferdinand versicherte, Karl würde nie auf die Klausel verzichten In der That: wenn Karl überhaupt seine Zustimmung zu den in Passau beschlossnen Vertragsartikeln erteilte, würde er sicherlich dazu wesentlich durch das Verlangen bewogen werden, freie Hand zu bekommen für den

---

1) Ueber diese sehr wichtige Besprechung berichtet eingehend Mord. Prot. Bl. 14b—21a.

Kampf gegen die Franzosen. Schliesslich willigte der römische König in die Weglassung der Klausel, doch nicht eher, als ihm Moritz eine Bei-Obligation neben dem Vertrage zu geben versprochen hatte. Dieselbe sollte höchst geheim gehalten werden. [1])

In dem Artikel „Religion“ hielt Moritz zunächst an der Klausel betr. die Possession fest. Er verlangte, dass alle Güter, wie die Protestanten „deren in Zeit des abschides so im vierundvirtzigsten Jhar aufgericht, in Posses gehabt oder noch haben,“ ihnen für alle Zeiten bleiben sollten. Das konnte doch nichts anders bedeuten, als dies: aller säcularisierter Besitz, der gegenwärtig sich in den Händen der Protestanten befand, soll ihnen bleiben und ausserdem noch all das ihnen wiederhergestellt werden, was sie im Jahre 1544 an säcularisierten Landen, Gütern und Renten inne hatten und was ihnen seitdem verloren gegangen war. Mit andern Worten: die zu Gunsten der geistlichen katholischen Fürsten und Stifter nach dem Jahre 1544, also besonders nach dem schmalkaldischen Kriege erlassnen Restitutionsacte sollten für nichtig erklärt werden. [2])

---

1) Mord. Prot. Bl. 15b. — Die Stände hatten schon vorher beschlossen, dass man sich mit diesem Separatversprechen Moritzens begnügen lassen solle. Vergl. Druffel III., pag. 462. — Der Inhalt des Versprechens wird zusammenfallen mit dem vom Kurf. dem Könige Ferdinand in Linz mündlich erteilten Versprechen bei Döllinger pag. 201. Am 22. Juni schickt Ferd. diese Declaration Moritzens mit den Vertragsartikeln an Karl und sagt dazu: le duc Mauris se oblige a part de delaisser entierement la confederation de France. Lanz III., pag. 282.

2) Die Deutung der obigen Worte ist schwierig. Die gegebene Auffassung scheint mir die angemessenste zu sein. L. Schwabe, Kursachsen und der Augsburger Religionsfriede im Neuen sächsischen Archiv X. befand sich ib p. 268 einer ähnlichen Schwierigkeit gegenüber. Es ward auf dem Augsburger Reichstag von 1555 bestimmt, dass die Geistlichen auf alle diejenigen Güter keinen Restitutionsanspruch haben sollten: „dero Possess die Geistlichen zu Ausgang des 47. Jahres nit gehabt.“ Von katholischer Seite aus ward hinter die Worte „47. Jahres“ eingeschoben: „oder seithero.“ Schwabe hat zwar ganz Recht, wenn er meint: thatsächlich wäre damit der Augsburger Religionsfrieden als massgebender Zeitpunkt festgestellt worden, nicht das Jahr 1547; aber er irrt, wenn er meint, dass dies

Moritz mochte sich selbst sagen, dass es ihm nicht gelingen werde, diese in ihren Bestimmungen den Protestanten so unendlich günstige Klausel bei Ferdinand durchzusetzen. Aber, indem er scheinbar auf ihr bestand, bewog er den König zu einem Entgegenkommen bezüglich des in seinen eignen kursächsischen Landen säcularisierten Besitzes: Ferdinand hat — nach dem Bericht in Mordeisens Protokoll (Bl. 17) — betreffs des von Moritz an Ferdinand ad partem gesandten Artikels [1]) eine gute Erklärung abgegeben. Daraufhin versprach Moritz, die Geistlichen sollten im Genusse der Güter, die sie noch hätten oder am Beginne des Krieges besassen, nicht belästigt werden und liess die Klausel fallen.

In einem weiteren Punkte des Religionsgutachtens widersetzte sich Ferdinand gleichfalls dem Verlangen des Kurfürsten. Moritz hatte gefordert, dass die Beisitzer zum Kammergericht ebenso gut Protestanten wie Katholiken sein dürften. Ferdinand sagte nur zu: er wolle den Kaiser zur Annahme dieses Punktes zu bewegen suchen und selbst auf dem nächsten Reichstage für Moritzens Forderung nach Kräften eintreten.

Leichter ward der Ausgleich erzielt in den Artikeln, die die Reichsbeschwerden und Frankreich behandelten. Bezüglich der ersteren wünschte Moritz einige unwesentliche Zusätze, in die die Stände willigten.

Bezüglich Frankreichs hatte er verlangt, dass die Stände dem Bischof von Bayonne eine schriftliche Antwort auf seine am 3. Juni gehaltene Rede nachschickten. Die Rücksicht auf die im Feldlager weilenden Fürsten bestimmte den Kurfürsten auch hier, eine im Interesse Frankreichs liegende Forderung

eine Bestimmung zu Gunsten der Protestanten sei — weshalb es ihm auch nach seiner eignen Erklärung unverständlich ist, wie die Einschiebung der Worte „oder seithero“ von katholischer Seite ausgehen konnte. Die Säcularisation geistlichen Besitzes hatte in den Jahren 1547—55 keine Fortschritte gemacht, im Gegenteil, den kath. geistlichen Fürsten war in der Zeit nach dem schmalkaldischen Kriege viel Gebiet restituiert worden. Und dies nach 1547 restituierte Gebiet wollten sich die kath. Stände durch die Einfügung der Worte „oder seithero“ sichern.

1) S. o. pag. 101.

zu erheben. Die Stände gaben Moritz mündlich die Zusicherung, dem französischen Gesandten ein Schreiben zukommen zu lassen.

Grosse Schwierigkeiten verursachten dagegen die Artikel über die Aussöhnung und über die braunschweigigen Junker. Die Beschlüsse der Passauer Versammlung erschienen dem sächsischen Kurfürsten durchaus unannehmbar. Er hatte neue Artikel über diese beiden Punkte entworfen und den Ständen zukommen lassen. [1])

Moritz begnügte sich nicht mit einer Aufzählung der vom Kaiser in die Acht erklärten Fürsten und Herren, denen Amnestie gewährt werden müsse. Er wollte in dieselbe auch die von Karl aus den Städten vertriebenen Prädicanten eingeschlossen wissen. Der popularen Strömung trug der Kurfürst mit diesem Verlangen Rechnung. Augsburgische Gesandte hatten ihm neben andern Ansuchen die Bitte vorgetragen, während der Verhandlung zu Passau der aus Augsburg vertriebnen Prädicanten und Schulmeister, die sich eidlich hatten verpflichten müssen, nicht in die Stätten ihrer früheren Wirksamkeit zurückzukehren, eingedenk zu sein. Er möge „die sach auch dahin helffen richten, das dieselben von der Rö. kö. mt anstatt der key. mt. allsbald mechten widerumb von irem gethanen Aid absolviert, inen auch das Reich und Stat Orter und End da sy zuvor gewest, widerumb eroffnet und frei unverhindert gestattet wird, das wort gottes lautter und rain zu predigen.“ [2]) Die letzte Bemerkung zeigt, in welchem Sinne die Augsburger die Zurückführung der vertriebnen Prädicanten auffassen würden: sie sollten sogleich ihre frühere Wirksamkeit wieder beginnen — das von Karl eingeführte Interim sollte abgeschafft werden.

Die Worte, welche Moritz in den Artikel „Aussöhnung“ gesetzt wissen wollte: „und die vertriebenen Prädicanten“ mussten bei Karl schlimmes Aergernis erregen. Sie wurden

1) Druffel III., 1447, Nr. XXIII. u. XXIV.

2) Das Anliegen der Augsburgischen Gesandten im Dresdner Arch. Reg. III., pag. 66 f. 164, Nr. 13, Bl. 155.

auf Ferdinands nachdrückliches Verlangen weggelassen. Doch gab der König die schriftliche Zusicherung, dass die Prädicanten eingeschlossen seien in die Bestimmung, „alle und iede hohes und nidres Standes, benant und onbenant“ würden Amnestie erlangen. [1]) Am 23. Juni konnte Moritz an die Augsburger Gesandten schreiben: „Wir haben auch den gewissen verstandt, das es mit der Religion und eueren Predicanten gar kein mangel noch anfechtung haben soll.“ [2])

Die Forderung des Kurfürsten, die rechtliche Anerkennung zu erlangen für die während des Krieges in den Reichsstädten vorgenommenen politischen Neuerungen, stiess auf heftigen Widerspruch Ferdinands. Dieser wollte in den Artikel über die Aussöhnung keinesfalls die Bestimmung aufnehmen, dass die Reichsstädte „bei ihrem itzt geordneten rathe“ belassen würden. Es wurde dafür die allgemeine Wendung gesetzt: „bei ihren freiheiten.“

Die Besprechung über die Vertragsartikel, welche den ganzen Tag in Anspruch nahm, hat ein befriedigendes Ergebnis gehabt. In allen Punkten war eine Einigung erzielt worden — ausser in der Frage der Restitution der Güter, welche den Geächteten durch den Kaiser entzogen waren, und der Braunschweigigen Junker. Und auch diese Punkte, die im Grunde doch von untergeordneter Bedeutung waren, wurden in den nächsten Tagen erledigt.

Schon am 15. Juni verglichen sich Moritz und Ferdinand bezüglich der confiscierten Güter: es sollte dieses Punktes nicht in dem Vertrage Erwähnung geschehen. [3]) Dagegen sagte Ferdinand zu, beim Kaiser nach Kräften dahin zu wirken,

---

1) Mord. Prot. Bl. 19a. Die Prädicanten sollten auch in der Vertragscopie, die dem Kurfürsten zugestellt würde, genannt werden nach Druffel III., pag. 513, Note d.

2) Das Schreiben Moritzens an die Augsb. Gesandten, Dresdn. Arch. Reg. III., pag. 66 f. 164, Nr. 13, Bl. 157.

3) In der That fehlt der ursprüngliche Passus im Passauer Vertrage. S. Dr. III., 1447, Nr. XXIII, p. 513, Note h.

dass der confiscierte Besitz seinen rechtmässigen Eigentümern wieder zugestellt würde. [1])

Am 18. Juni einigte man sich in der Frage der Braunschweigischen Junker dahin, dass Moritz, der Kurfürst von Brandenburg, Markgraf Hans und Herzog Philipp von Pommern zu Commissaren ernannt würden: ihnen sollte die nähere Untersuchung des Streithandels zwischen dem Herzoge Heinrich von Braunschweig und den Junkern unterstellt sein. [2])

Am gleichen Tage erwirkte Ferdinand von Moritz die Aufnahme einer Bestimmung in den Artikel „Aussöhnung“, des Inhalts, dass die Ausgesöhnten und Begnadigten von dem Zeitpunkte an, welcher sechs Wochen nach der Annahme des Vertrages liege, nicht mehr gegen Kaiser und Reich einem fremden Potentaten Dienste leisten dürften und sich unverzüglich, sofern sie im Ausland weilten, nach Deutschland zurückverfügen sollten. [3])

Ein Versicherungsentwurf, den Kurfürst Moritz in Vorschlag gebracht hatte, gelangte am 19. Juni mit einigen Abänderungen gleichfalls zur endgültigen Annahme. [4]) Es wurden auf Grund desselben die Passauer Stände verpflichtet, jeder Partei, die von der andern entgegen den Bestimmungen des Vertrages bedrängt würde, thatkräftige Hülfe zu leisten. [5])

Damit war der langersehnte Ausgleich herbeigeführt. [6]) Dass es gelungen war, in der verhältnismässig kurzen Zeit von noch nicht 3 Wochen die verschiedenartigen Materien, die vorlagen, zu erledigen, die mannigfachen Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien auszugleichen, war nur dem einmütigen Bestreben der drei Parteien — der vermittelnden Stände, des sächsischen Kurfürsten, des König Ferdinands — den Frieden

---

1) Mord. Prot., Bl. 23.

2) Die Einigung geschah auf Grund eines Vorschlages König Ferdinands vom 17. Juni. Druffel III., 1447, Nr. XXVIII. Näheres über die Verhandlungen bez. der Braunschweigigen Junker. Druffel III., pag. 463—65.

3) Vergl. Druffel III., 1447, Nr. XXIII, p. 514, Note b.

4) Mord. Prot. Bl. 26b—28a.

5) Der Versicherungsentwurf Druffel III., 1447, Nr. XXVII.

6) Verhandlungen von untergeordneter Bedeutung fanden noch am 21. u. 22. Juni zwischen Moritz und Ferdinand statt. Mord. Prot.

herzustellen, zu verdanken. Insbesondere hatte Kurfürst Moritz bei den Verhandlungen einen hohen politischen Verstand an den Tag gelegt. Selbst erbitterte Gegner zwang Moritz zur Anerkennung seines diplomatischen Geschickes: Der Gesandte des Herzog Johann Friedrich des Aelteren in Passau, der bei den Ständen im Interesse seines Herrn gegen den Kurfürsten Propaganda machen sollte, konnte gleichwohl — nach dem Berichte des Roger Asham — nicht umhin, die aussergewöhnliche Klugheit desselben zu preisen, die er bei den Beratungen entwickle. [1])

Geschlossen hatten die drei Parteien während der Verhandlung zusammengestanden in der Abwehr der extremen Bestrebungen sowohl des Kaisers wie der Kriegsgenossen Moritzens. Die kaiserlichen Räte treten, nachdem durch ihr Gutachten den Ständen die Masslosigkeit ihrer Forderungen offenbar geworden war, während der Verhandlungen vollständig zurück. Die Wünsche, die Landgraf Wilhelm durch seinen Gesandten vortragen liess, suchte selbst Moritz nur zum Teil bei den Ständen zu befürworten. [2]) Wilhelms Forderung, dass man ihm insgesamt 1 810 000 Gulden als Schadenersatz für die in Hessen nach dem schmalkaldischen Kriege vorgenommenen Plünderungen und für die Kosten des jetzigen Krieges gäbe, ward während der Verhandlung von keiner Seite befürwortet. Wenn der Landgraf weiterhin verlangte, da sich Frankreich so gnädig gegen das Haus Hessen erzeigt habe, solle es dem letzteren freistehen, mit dem französischen Könige ebenso wie mit an-

---

1) Katterfeld p. 181/82.

2) Wilhelm beklagt sich darüber bei Moritz in seinem Schreiben vom 10. Juni bei Rommel Philipp d. Grossm. III., p. 290. — Die Instruction Landgraf Wilhelms an Hans Lersner für den Passauer Tag ist bis jetzt noch nicht gedruckt. Sie befindet sich Dresdn. Arch. Reg. III, 66 f., 164, Nr. 12. Bl. 6—14. Ein ungenügendes Excerpt aus der Instruction bietet Rommel Geschichte von Hessen IV. Anm. p. 360/61. Karl äussert sich über diese Instruction Lanz III., 237 (7. Juni) qu'est brusque et bien monstrant son jeusne cerveau . . . et discrepante de ce que ledict duc Mauris a mis en avant.

dern christlichen Potentaten und Ständen in Bündnis zu treten, so wurde auch dies, wie wir sahen, nicht gewährt.

Die tollen Forderungen des Markgrafen Albrecht vollends wurden nirgends ernstlicher Erwägung unterzogen — wie sehr auch die durch seine Truppen vielfach bedrängten Stände gerade mit ihm den Ausgleich wünschten. [1])

Gelangten die Beschlüsse der Passauer Versammlung zur Annahme seitens des Kaisers und der Kriegsfürsten im Feldlager, so schien gegründete Aussicht vorhanden zu sein, dass die Rechtsunsicherheit, die in den letzten Jahren in Deutschland geherrscht, ihr Ende erreicht habe. Freilich fehlte noch viel daran, dass die Beschlüsse der Passauer Versammlung alsbald rechtliche Kraft erhielten. Nicht nur stand noch die Zustimmung des Kaisers aus, dessen Räte in Passau unzweideutig ihre Abneigung gegen die Vertragsartikel zu erkennen gegeben hatten. Auch die im Feldlager weilenden fürstlichen Genossen Moritzens mussten um ihre Einwilligung angegangen werden: zur grössten Ueberraschung des König Ferdinand erklärte der sächsische Kurfürst am 22. Juni, er wolle ins Kriegslager abreisen, um seine Mitverwandten zur Annahme des beschlossenen Vertrages zu bewegen. [2])

Ferdinand hatte sich während der Verhandlungen dem Glauben hingegeben, Moritz unterhandle im Auftrage und mit Vollmacht seiner Genossen — mit Ausnahme des Markgrafen Albrecht. Er äusserte seinen lebhaften Unwillen über die Absicht des Kurfürsten. Moritz erklärte: er habe es unterlassen, sich endliche Vollmacht von seinen Mitverwandten erteilen zu lassen, da er gleich zu Beginn der Verhandlungen gemerkt hätte, dass Ferdinand vom Kaiser gleichfalls nicht ermächtigt sei, den Vertrag abzuschliessen.

---

1) Eingehend legt Markgraf Albrecht seine Wünsche in dem Schreiben an Herzog Albrecht von Baiern vom 6. Juni dar. Druffel II., Nr. 1510. Er erhob eine ganze Reihe längst verjährter Forderungen auf Geld und Land. Später wiederholte Markgraf Albrecht diese Forderungen: er übersandte sie an Ferdinand am 27. Juli, vergl. Buchholz VII., 105.

2) Darüber berichtet Mord. Prot. Bl. 30a—33a. Vergl. auch Lanz III., 285/86.

Wie die Sachlage war, blieb dem Könige und den vermittelnden Ständen nichts übrig, als in die Abreise Moritzens zu willigen. [1])

Das gute Einvernehmen zwischen dem Kurfürsten und der Mehrzahl der Passauer Stände hatte während der Verhandlung nie eine ernstliche Trübung erfahren. Am Tage vor Moritzens Weggang von Passau kam es noch einmal zu klarem Ausdruck in einer Beratung, welche der Kurfürst und die kurfürstlichen Gesandten mit einander abhielten. [2]) Moritz wies auf die Gemeinsamkeit seiner Interessen und der der übrigen Kurfürsten hin. Die Kurfürsten wären die vornehmsten Glieder und Säulen des Reiches. Deshalb müssten sie sich allerseits als Brüder gegen einander verhalten. Die Gesandten würden gemerkt haben, wie Moritz stets nur das Wohl des Ganzen während der Verhandlung im Auge gehabt habe. Daher möchten sie ihm die Versicherung geben, für das, was jetzt gemeinsam beschlossen sei, gemeinsam einzutreten: falls seine Mitverwandten den Vertrag annähmen, Karl aber nicht in denselben willige oder Aenderungen an ihm vornähme, sollten die Kurfürsten nicht gestatten, dass „s. ch. gn. und derselben mithvorwandte darüber solten beschwert werden." Dafür würde er Sorge tragen, dass bei einer Fortdauer des Krieges die kurfürstlichen Lande verschont blieben. Die kurfürstlichen Gesandten dankten Moritz für seine Darlegungen und erboten sich, für den Fall, dass bezüglich der Annahme des Vertrages Schwierigkeiten erwüchsen, nach Kräften für den Frieden weiter zu wirken. Und als Moritz eine bestimmtere Erklärung forderte, dass er und seine Mitverwandten unbeschwert blieben, erklärten die Gesandten: ihre Herren würden ohne Zweifel geneigt sein, bei dem zu verharren, was in Passau beschlossen wäre.

1) Vergl. Druffel III., p. 466.

2) Der Bericht über diese am 23. Juni gepflogene Unterhandlung im Dresdn. Arch., Reg. III., 66 f. 164, Nr. 12, Bl. 78—80. — Die fürstlichen und bischöflichen Vertreter nahmen an dieser Unterredung nicht teil.

Mit dieser von den kurfürstlichen Gesandten erteilten Zusage reiste Moritz in der Frühe des 24. Juni in das Lager der Kriegsfürsten ab. [1])

---

3. Kapitel.

Die Verhandlungen im Kriegslager und in Passau bis zur Annahme der Artikel des Passauer Vertrages durch die Stände.

(16. Juli.)

Voll grosser Besorgnisse trat der Kurfürst Moritz den Weg ins Feldlager an. Er wusste, dass ihm dort ein schwerer Strauss bevorstand. So lange er in der Umgebung seiner Kriegsgenossen weilte, hatte er durch sein energisches Auftreten seinem Willen Geltung zu verschaffen verstanden. Kaum aber war er nach Passau abgereist, als im Feldlager wieder jene Opposition, die bereits während Moritzens Aufenthalt in Linz hervorgetreten war, ihr Haupt erhob.

Eine drohende Gestalt nahm dieselbe an, seitdem der französische Gesandte de Fresse aus Passau ins Lager zurückgekehrt war. Im persönlichen Verkehr mit Moritz von zuvorkommender Liebenswürdigkeit, unterliess de Fresse gleichwohl nichts, den Kurfürsten bei seinen Genossen herabzusetzen und Misstrauen gegen seine Absichten auszusäen. Er handelte damit ganz im Sinne seines Herrn. König Heinrich hatte es Moritz nicht vergessen, dass er von ihm abgeschwenkt und in Verhandlung mit dem Kaiser getreten war. Zu der Zeit, als die Verhandlungen in Passau begannen, that er Schärtlin gegenüber die Aeusserung: „es ist dein und aller meiner getreuen diener vergessen worden, und ich will mit

3) Das Datum hat Mord. Prot. Bl. 33a.

keinem Teutschen in ewigkeit nimer weder zu schicken noch zu schaffen haben."[1])

Heinrichs Bemühen ging jetzt darauf aus, die übrigen Kriegsfürsten um so fester an das französische Bündnis zu ketten und in Gegensatz gegen Moritz zu bringen.

Man wird anerkennen müssen: nicht Motive kleinlicher Art, nicht engherzig-partikularistische Interessen oder Empfindungen des Neides über die führende Stellung, die Moritz einnahm, bewogen die Bundesfürsten, den Einflüsterungen des französischen Gesandten Gehör zu schenken. Das Schreiben beispielsweise, welches Landgraf Wilhelm am 7. Juni aus Deuttingen an Moritz schickte, zeigt, dass er keineswegs die Gewährung der ursprünglich von ihm aufgestellten Forderungen zur unbedingten Voraussetzung seiner Zustimmung zu den in Passau beschlossnen Artikeln macht.[2])

Massgebend waren für die Fürsten einmal die Rüstungen, die Karl aller Orten in bedrohlichem Umfange vornehmen liess. Der Kaiser, dessen Massregeln seine kampfeslustige Stimmung unzweideutig kennzeichneten, konnte es, so folgerten sie, nicht ehrlich mit der Vertragshandlung meinen. Die Bundesfürsten sollten durch sie nur hingehalten werden, bis Karl seine Vorbereitungen zum Kriege vollendet hätte. „Alle Sachen und handlung zu Passau," so äussert sich Landgraf Wilhelm einmal drastisch[3]) „beid, meines herrn vaters erledigung und anders betreffend" sind „nur uf ein beschisserei gestelt."

Zu dieser Besorgnis kam eine Erwägung ethischer Natur. Wir bemerkten bereits, wie sehr in dem Denken der Fürsten im Feldlager das religiöse Moment in den Vordergrund trat. Ihr Gewissen verbot ihnen, dem französischen Bundesgenossen, dem sie durch Handschlag an Eides statt Treue gelobt hatten, untreu zu werden. Nie würde er einen Vertrag ohne Frankreichs Wissen schliessen — so schrieb Wilhelm am 18. Juni aus Echweil an Moritz — sollte er darum auch alles verlieren.

1) Schärtlin an Moritz. 9. Juni. Druffel II., Nr. 1521.
2) Das Schreiben bei Rommel, Philipp der Grossmütige. III., 283—288.
3) Druffel II., Nr. 1551.

„Dann uns vil lieber und rümlicher in ehren gestorben, dann schendlich gelebt.[1])"

Moritz dachte in diesem Punkte nicht so streng, wie seine Genossen. Er hielt sich zur Bundesgenossenschaft mit dem französischen Könige nur so lange für verpflichtet, als diese sich mit seinen politischen Interessen vereinbaren liess. Jetzt, wo er das Bündnis zu lösen wünschte, ging er darauf aus, einen formalen Rechtsgrund zu finden, der ihn und seine Genossen des eidlichen Treuversprechens entbände. Da kam es ihm nun ohne Zweifel sehr gelegen, dass die im Vertrage von Chambord ausgemachten Geldsubsidien den Kriegsfürsten vom Könige Heinrich nicht an dem festgesetzten Tage zugestellt wurden. Der Vertrag von Chambord bestimmte: dass am 25. Februar für die drei ersten Monate 240000 Goldkronen, für jeden weiteren Monat 70000 Goldkronen an die Bundesfürsten zu zahlen seien.[2]) Am 24. Mai hätte die Zahlung von 70000 Goldkronen erfolgen müssen — das war nicht geschehen. Für Moritz Grund genug, sich von dem französischen Könige loszusagen.[3])

Diese Schlussfolgerung des Kurfürsten machten die Bundesfürsten im Kriegslager nicht zu der ihrigen. Vergebens war es auch, dass Moritz sie warnte vor „dem spitznäsichten bischof" und seinem „naseweisen unnutzen schwarzen schreiber"; dass er ihnen zu bedenken gab, sie hätten den Kaiser „noch nit im eisen";[4]) dass er auf das schimpfliche Bündnis des „christlichsten" Königs „mit unsers christlichen namens und glaubens erbfeind, dem Türcken" hinwies. Als Moritz sich an ihre wiederholte Aufforderung, ins Kriegslager zurückzukommen, nicht kehrte, fassten sie den Entschluss, den Feldzug gegen Karl wieder aufzunehmen. Schon am 10. Juni hatte Wilhelm

1) Druffel II., Nr. 1565.
2) Druffel III, p. 342/343.
3) Sein Schreiben an Wilhelm vom 15. Juni. Druffel II., Nr. 1548. Sowie sein Schreiben Druffel II., Nr. 1599. Das letztere findet sich im Dresd. Arch. Reg. III., 66 f. 164, Nr. 13, Bl. 424 mit Angabe des Datums und Ortes: Eichstädt, d. 28. Juni. Auf dies Schreiben antworteten am gleichen Tage gleichfalls aus Eichstädt die franz. Gesandten: man sieht, Moritz hatte mit ihnen den persönlichen Verkehr abgebrochen.
4) Druffel II., Nr. 1557.

geschrieben: „wir halten bey uns darfür, wo wir dem gegentheill einmahl den Peltz recht zerklopfften, man solts bald wolfeiler geben" (d. h. mehr zur Nachgiebigkeit in Passau bereit sein).[1]) Am 19. Juni richteten Landgraf Wilhelm, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Pfalzgraf Ottheinrich, sowie die Franzosen Jean de la March und de Fresse gemeinsam ein Schreiben an Moritz, in dem sie ihn davon in Kenntnis setzten, dass sie in das Bistum Eichstädt eingerückt seien.[2]) „Und wölln auch aus desfalls vorgefallenen tringenden Bewegungen, nach verlaufenen den negst folgenden 5 tagen ins werck setzen dasjenig, so wir entschlossen, gemeinem werk zum besten, es treff gleich au Bayrn, Wurtemberg, den Rom. konig oder andere." „Dann ob gleich E. L. sich lassen lang mit geverlicher handlung umbzichen, so müssen doch wir andern thun, was unser ehren und auch andere unvermeidliche notturft erfordert."[3]) Die Lage wurde kritisch. Ein längeres Verweilen Moritzens in Passau hätte die ganze Friedensverhandlung hinfällig gemacht. Um voreilige Schritte seiner Genossen zu verhüten, sandte er noch 2 Tage vor seiner Abreise ein Schreiben an sie ab, in dem er ihr Verhalten einer scharfen Kritik unterzog. Mit deutlichem Hinweis auf die französischen Gesandten äussert er: etliche, die sich diesen Handel vornehmlich angelegen sein liessen, hätten mit dem Kriegsvolk „weniger dann nichts" zu schaffen. Das geplante Vorgehen der Fürsten sei „wider des deutschen kriegsvolks ehr aid pflicht und ausdrücklich wider iren geschwornen artikelsbrief."[4])

Schon vor der Ankunft des Kurfürsten Moritz im Lager vor Eichstädt[5]) hatten die Kriegsfürsten von den Beschlüssen der Passauer Versammlung Kenntnis erhalten. Das weitgehende Entgegenkommen, welches die Passauer Stände gegenüber den

1) Rommel III., p. 290.
2) Da der Bischof von Eichstädt einer der Unterhändler zu Passau war, so war darin ein Verstoss gegen die den unterhandelnden Fürsten gewährte Sicherheit enthalten.
3) Druffel II., Nr. 1567.
4) Druffel II., Nr. 1578.
5) Dieselbe erfolgte nach Druffel II., Nr. 1601 am 26. Juni.

bundesfürstlichen Forderungen an den Tag legten, verfehlte doch nicht, auf den jungen Landgrafen Wilhelm Eindruck zu machen. Hatte er bisher am lautesten gegen die trügerischen Friedensverhandlungen getobt, so war er jetzt der erste, der Worte der Anerkennung für die Beschlüsse der Unterhändler fand. Schon am 24. Juni, dem Tage, an welchem Moritz Passau verliess, schrieb er an diesen: er habe keineswegs besondere Lust zum Kriege. Träten die Beschlüsse, die Moritz melde und die er wohl annehmen könne, in Kraft, so wolle er sich gebührlich finden lassen.[1]) Am folgenden Tage wiederholte er diese Versicherung: nur die Zustimmung Frankreichs zu den Vertragsartikeln erschien ihm auch jetzt noch erforderlich.[2])

Nicht so leicht waren der Pfalzgraf Ottheinrich und der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg für die Annahme der Vertragsartikel zu gewinnen. Der Inhalt der Besprechungen, die Moritz nach seiner Ankunft im Lager in der Zeit vom 26. bis 30. Juni mit ihnen abhielt, entzieht sich unserer näheren Kenntnis. Doch das ist zweifellos: in der Form, wie die Stände den Vertrag beschlossen hatten, wollte ihm Herzog Johann Albrecht keinesfalls seine Zustimmung gewähren. Die Forderungen, welche er am 26. Mai in Innsbruck aufgesetzt hatte, waren um vieles weitergegangen, als die Moritzens.[3]) Moritz hatte es unterlassen, sie überhaupt in Passau zur Sprache zu bringen: Johann Albrecht verlangte in seinem damaligen Bedenken neben vielem anderen: die religiöse Frage solle in der Weise erledigt werden, dass von Koncil und Kolloquium nicht die Rede sei; die vertriebenen Prädikanten seien zurückzurufen; kein römischer Kaiser solle sich unterstehen, das Kaisertum auf seinen Stamm oder Erben zu bringen, sondern es bei der kurfürstlichen Wahl belassen, bei Strafe der Entsetzung; etliche überflüssige Aebte und Pfaffen seien vom Reichstage zu entfernen u. s. f. Man wird sich nicht wundern,

1) Druffel II., Nr. 1588.
2) Druffel II., Nr. 1594.
3) Bedenken Herzog Johann Albrechts Druffel II., Nr. 1448.

wenn der Herzog jetzt nicht mit den Beschlüssen der Passauer Unterhändler zufrieden war. In einem umfangreichen Aktenstücke legte er seine Bedenken über die Vertragsartikel nieder, die „in etlichen punkten unlauter, dazu auch widerwertiglich zu versteen gestelt“ seien. Er hält an seiner ursprünglichen Forderung bezüglich der Religion fest — nur dass er sich bereit erklärt, in ein Colloquium zu willigen, bei dem Gelehrte beider Confessionen in gleicher Anzahl vertreten wären. Er fordert grössere Rücksichtnahme auf Frankreich, welches sich „der gemeinen Beschwerden des reichs dermassen angenommen, das sie ime nit wenig mitbetreffen.“ Er verlangt näheres Eingehen auf die Spezialforderungen des Pfalzgrafen Ottheinrich. [1])

Moritz wusste, dass die Stände und besonders der Kaiser diesen Forderungen nie zustimmen würden. Er hat sie nach seiner Rückkehr nach Passau dem Könige Ferdinand nicht mitgeteilt. Erst später erfuhren die Stände davon durch die Räte des Kurfürsten. [2])

Noch weniger, als Johann Albrecht erklärte sich Markgraf Albrecht zur Annahme der Passauer Beschlüsse bereit. Dieser fehdefreudige Raubritter hatte ein unüberwindliches Misstrauen gegen alles, was die „Feder“ zu stande brachte. Während Moritz und die Friedenspartei in Passau ratschlagten, hat er in der Umgegend von Nürnberg schrecklich gehaust. [3]) Einen bedeutenden Machtzuwachs erhielt er noch dadurch, dass am 13. Juni der Graf Christoph von Oldenburg sein aus 9000 Fussoldaten und 2—3000 Reitern bestehendes Heer mit dem seinigen vereinigte. [4]) Am 19. Juni wurde Nürnberg zur Capitulation gezwungen: es musste dem Markgrafen 200000 Gulden „Kriegsentschädigung“ zahlen und 6 Geschütze, 400 Centner Pulver liefern. Am 20. Juni, noch vor Nürnberg, erliess Albrecht an Ulm die Aufforderung, sich den Kriegsfürsten anzuschliessen. Wenn es sich bis zum 27. Juni nicht genugsam erklärt hätte, würde er es heimsuchen und alle Mannsbilder, so über 7 Jahr alt, erstechen lassen. [1])

1) Die Mecklenburgischen Forderungen bei Druffel III., p. 541—544. Druffel unterlässt es, eine chronologische Bestimmung dieses Aktenstückes zu geben, die doch nach dem Indorsat Hunds unschwer herzustellen gewesen wäre.

2) Vergl. Hunds Indorsat zu dem Aktenstücke.

3) Vergl. darüber bes. des Zasius Schreiben an Ferdinand vom 12. Juni, Druffel II, Nr. 1536.

4) Voigt I., p. 311. Oldenburg hatte vorher einen Zusammenstoss mit kaiserlichen Truppen gehabt. Vergl. Druffel II., Nr. 1542 nebst Note 2.

Das Vorgehen Albrechts rief in gleicher Weise den Unwillen der Passauer Stände wie der Fürsten im Kriegslager hervor. Landgraf Wilhelm hielt mit seiner Entrüstung über die rohen Gewaltthaten des Markgrafen in einem Schreiben an ihn nicht zurück. Moritz indessen suchte alles zu vermeiden, was Albrecht kränken könne. Bei der unberechenbaren Natur dieses Söldnerführers war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass er, wenn die Bundesfürsten ihm wegen seines Verhaltens Vorstellungen machten, eines Tages plötzlich in das kaiserliche Lager hinüberschwenkte. So schrieb Moritz am 12. Juni an Wilhelm: da Albrecht gegen Hessen stets eine treue Gesinnung an den Tag gelegt habe, „sich auch sonst diesem werck zum besten genugsamb wagt und forderlich erzaigt“, so möge ihn Wilhelm um Entschuldigung bitten. [2]) Von dem Ergebnis der Verhandlungen zu Passau setzte der Kurfürst den Markgrafen Albrecht in einem Schreiben vom 27. Juni in Kenntnis: der Markgraf möge die Gelegenheit zu günstigem Vertrage ergreifen. Obgleich die Artikel des Markgrafen nicht wohl zu bewilligen sein wollen, so hofft er doch, dass die Stände ihm im einzelnen entgegenkommen würden. [3]) Umsonst! Am 29. Juni antwortete Albrecht: Der Feder wäre nicht zu trauen. „Ich bit E. L.“, so fährt er in seiner barbarischen Schreibweise fort, „die wollen, um aller Teutschen wegen zu ehren und gutem, fast halten, damit wir Teutschen unser lob und trauen bei Frankreich, der je das best in dem handel bei uns getan, nit verlassen werde.“ [4])

1) Voigt I., p. 314—316.

2) Das Schreiben Dresdner Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 13, Bl. 149.

3) Druffel II., Nr. 1607.

4) Druffel II., Nr. 1614.

Als Moritz am Abend des 2. Juli nach Passau zurückkehrte, konnte er den Ständen lediglich die Zustimmung des Landgrafen Wilhelm zu den Vertragsartikeln vorlegen. Und auch seine Erklärung enthielt manche Klauseln, die eine Neuberatung einzelner Punkte zu erfordern schienen. Viele Dinge wären auf Schrauben gesetzt, die wichtigsten Punkte auf die lange pan verschoben. Der Abschluss des Vertrages könne nur mit Vorwissen Frankreichs geschehen. [1])

Wenn sich die Stände nach der von Moritz am 3. Juli vorgetragenen Erklärung des Landgrafen Wilhelm der Hoffnung hingeben mochten, die Vertragshandlung könne in kurzer Zeit zu Ende geführt werden, so wurde ihnen dieser Glaube genommen durch die Erklärung, die Ferdinand am 4. Juli abgab: der Kaiser hätte die beschlossnen Artikel nicht angenommen.

Von zwei Seiten hatte Karl V. über die einzelnen Phasen der Passauer Verhandlungen ausführliche Berichte empfangen: von seinem Bruder Ferdinand und von seinen Räten Rye und Seld. Mit Spannung war er den Beratungen gefolgt — anfangs bestrebt, durch persönliche Gutachten über die einzelnen Punkte auf den Gang der Unterhandlungen einzuwirken. Am 7. Juni unterzog er in einem Schreiben an König Ferdinand die vom Kurfürsten Moritz vorgebrachten Beschwerden einer eingehenden Kritik: [2]) er verwirft sie alle oder hält ihre Formulierung doch für unzureichend. Am gleichen Tage erteilte Granvella dem Vicekanzler Seld ausführliche Vorschläge bezüglich der Stellung, die die kaiserlichen Räte den Passauer Verhandlungen gegenüber einnehmen sollten. [3]) Dem Bestreben des Kurfürsten Moritz, den gegenwärtigen Krieg als einen Religionskrieg hinzustellen, sollten sie mit allen Kräften entgegenarbeiten. Dem Könige Ferdinand sei zwar die äussere Leitung der Verhandlungen zu überlassen, aber wenn es zur schliesslichen Fixierung der Vertragsartikel komme — woran Granvell noch zweifelt —, sollten sie, gemäss den ihnen erteilten Instructionen, ein

1) Hessische Erklärung bei Druffel III., p. 531.
2) Lanz III., p. 237—246.
3) Lanz III., p. 247—252.

Concept des Vertrages entwerfen, aus dem die Unterhändler die Forderung des Kaisers ersehen könnten.

Am 8. Juni spricht Karl seinem Bruder sein Lob aus über das geschickte Verhalten, das er in der Angelegenheit der Befreiung des Landgrafen gezeigt hätte. [1])

Die späteren Schreiben Ferdinands indessen überzeugten den Kaiser davon: die Passauer Versammlung liesse sich durch seine Gutachten nicht beeinflussen. Seit dieser Zeit schweigt Karl zu dem, was die Stände beschliessen. Seitdem ist auf kriegerische Rüstungen sein Blick ausschliesslich gerichtet.

Bereits in dem Augenblicke, als die Unterhandlungen begannen, hatte er seinem Vicekanzler Seld die Abfassung des Conceptes der Reichsacht anbefohlen, mit der er im Falle des Scheiterns der Verhandlungen gegen Moritz vorgehen wollte. [2]) Seinen Commissaren Böcklin und Schwendi gab er den Auftrag, mit Markgraf Hans in Unterhandlung zu treten bez. der Werbung eines deutsch-polnischen Truppen-Contingentes für den Kaiser. [3]) Den Süden und Norden Deutschlands durchzogen, Truppen werbend, kaiserliche Söldnerführer. In einem im Monat Juni ausgestellten Erlasse gebot Karl allen Reichsunterthanen den „von den uffrurischen Frantzesischen conspirationsverwandten“ Bedrohten beizustehen, indem sie dem Obristen von Hanstein auf Verlangen Proviant und Munition lieferten. Alle bisher den Ständen, Gemeinden oder Einzelpersonen aufgedrungenen Capitulationen werden durch diesen Erlass für hinfällig erklärt. [4]) Endlich fasste Karl den Plan der Freilassung Johann Friedrichs näher ins Auge. Wie gefährlich dem Kurfürsten Moritz die letztere erschien, zeigt der Umstand, dass er in Passau an König Ferdinand das Verlangen stellte: Johann Friedrich dürfe nicht freigelassen werden. [5])

1) Lanz III., p. 252.
2) Druffel II., Nr. 1494.
3) Vergl. darüber die Schreiben bei Lanz III., 255. Druffel II., Nr. 1523. Lanz III., 258, 260, 274, 294, 296, 336, 352, 354, 434.
4) Druffel II., Nr. 1499.
5) Dies berichtet Ferdinand an Karl vom 22. Juni. Lanz III., 285.

Am 22. Juni hatte Ferdinand die Vertragsartikel, begleitet von zwei Schreiben, seinem Bruder zugestellt. [1]) Den Inhalt der Passauer Beschlüsse als den Wünschen Karls entsprechend darzustellen, wagte der König doch nicht, wie sehr ihm auch daran gelegen war, dass der Vertrag die Billigung des Kaisers fände. „Ob ich Euch einen Rat nach der einen oder andern Seite hin geben soll“, so schreibt Ferdinand, „darüber bin ich, Gott weiss es, unklar, zweifelhaft und unentschlossen.“ [2]) Den Vertrag anzunehmen schiene gefährlich bei der treulosen Gesinnung der Gegner; auch wäre es zu wünschen, wenn mit der Züchtigung der Rebellen für künftige Zeiten ein warnendes Beispiel aufgestellt werde. Aber es sei nicht zu vergessen: dass der Kaiser mit Frankreich, das leicht die Niederlande verheerend heimsuchen könne, noch im Kriege stehe; dass die Beendigung seiner Kriegsrüstungen sich verzögern könne; dass die Türken in bedrohlicher Stärke gegen die Grenze des Reiches vorrückten. Der Vorschlag, den Ferdinand dem Bruder schliesslich macht, kennzeichnet deutlich seinen territorialen Interessenstandpunkt: es wäre wohl das Beste, wenn Karl den Vertrag annähme und mit aller Macht gegen die Franzosen zu Felde zöge, während er, Ferdinand, mit seinen Truppen sich gegen die Türken wendete. [3])

Karl hatte bereits wenige Tage vor der Ankunft der Schreiben Ferdinands von seinen Räten Rye und Seld einen eingehenden Bericht über die Ergebnisse der Passauer Verhandlungen erhalten. In diesem Berichte erscheinen die Beschlüsse der Versammlung doch in einem andern Lichte, als in dem vom Könige dargestellten. Ferdinand musste ja bei dem Verlangen, um jeden Preis den Frieden herzustellen, die Bedeutung der Karl widerwärtigen Artikel des Vertrages Karl gegenüber abzuschwächen suchen. Die Räte hatten nur das

1) Das eine von seinem Secretär verfasste Lanz III., 279—286. Das andere, eigenhändige, ib. p. 286—292.

2) Lanz III, 288.

3) et que moy de mon couste me emploiase contre le Turk avecques tous mes aides etc. Lanz III., 289. Vergl. die ganz ähnliche oben citierte Aeusserung Ferdinands bei Lanz III., 124.

Interesse ihres kaiserlichen Herrn zu vertreten: sie machten Karl eben auf die Punkte aufmerksam, die für ihn bedenkliche Folgen haben konnten. Sie befürworten allerdings die Annahme des von den Ständen beschlossenen ewigen Friedstandes für beide Confessionen und machen ihren Herrn auf die Gefahren aufmerksam, die sich aus einer Ablehnung dieser Forderung der Stände ergeben würden; wahrscheinlich würden alsdann von den letzteren der Kurfürst von Brandenburg, Markgraf Hans, Herzog Christof und der Herzog von Pommern und mit ihnen der grösste Teil Deutschlands sich gegen ihn erheben. [1]) Dagegen erschien ihnen der von der Passauer Versammlung in der Angelegenheit der Reichsbeschwerden gefasste Beschluss bedenklich: Karl würde sich nach demselben einfach den Verfügungen der Stände und König Ferdinands unterzuordnen haben. Bezüglich des Artikels „Aussöhnung“ bemerken sie: Moritz habe nicht ausdrücklich erklärt, dass er das Bündnis mit Frankreich aufgeben wolle. In ihrem Schreiben vom 19. Juni [2]) charakterisieren sie scharf den Inhalt des Versicherungsentwurfes: derselbe sei so gefasst, dass Karl auf der einen, Moritz und seine Verbündeten auf der andern und Ferdinand und die Stände auf der dritten Seite verpflichtet wären, den Vertrag zu halten. In dem Falle, dass eine Partei den Frieden breche, müssten beide andern gegen diese zu Felde ziehen. Deutlich erinnern sie hiermit ihren Herrn daran: es könne der Fall eintreten, dass Ferdinand gegen ihn zu Felde zu ziehen verpflichtet sei.

Es hätte dieser Hinweise der Räte nicht erst bedurft, den Kaiser von der Bedenklichkeit einzelner Vertragsartikel zu überzeugen. Karl erschien — bis auf geringfügige Ausnahmen — alles, was in Passau beschlossen war, unannehmbar.

Am 30. Juni beantwortete er die Schreiben Ferdinands in zwei umfangreichen Schriftstücken. Das eine, offenbar auf Grund der Angaben Karls von einem Secretär verfasst, trägt

1) Schreiben vom 15. Juni. Lanz III., p. 263—269. Das Schreiben wurde erst am 19. Juni abgeschickt.

2) Lanz III., 277.

einen officiellen Charakter. Es war wohl dazu ausersehen, den Ständen in Passau vorgelegt zu werden. [1]) Die Bedenken des Kaisers werden darin in ruhigem Tone vorgetragen. Sachlich ist dasselbe scharf genug gehalten. Die einleitenden Worte des Gutachtens lauten: Das vom Könige ihm übersandte Aktenstück sei kein Vertragsentwurf, sondern mehr ein Protokoll oder eine Erzählung über die Verhandlung, um darauf nach Einholung der kaiserlichen Zustimmung das Concept zu entwerfen, das dem Vertrage zur Grundlage dienen könnte. [2])

Das zweite an Ferdinand gesandte Schriftstück ist vertraulicher Natur. [3]) Es ist für die Erkenntnis der Stimmung, in der sich der Kaiser befand, und der Motive seines ablehnenden Verhaltens ungleich wichtiger. Die ganze leidenschaftliche Erregung, von der des Kaisers Seele erbebte, hallt aus den Worten dieses Schreibens wieder. Diese Passauer Versammlung hat für ihn überhaupt keine beschliessende, sondern nur beratende Vollmacht. Sie ist in seinen Augen, wie er sich später einmal ausgedrückt hat, lediglich ein „Partikular-privatkonvent.“ [4]) Alles was vom Reichstage beschlossen sei, könne nur wieder an einen Reichstag gelangen. [5]) In einem Schreiben an ihn hätten die Vermittler ihm ihren guten Willen versichert: [6]) und jetzt wagten sie es, diesen Vertrag ihm zu übersenden. Ausführlich geht er auf die einzelnen Punkte des Vertrages in dem Schreiben ein.

Die Befreiung des Landgrafen kann nur erfolgen, wenn vorher das Kriegsvolk aufgelöst ist. Das äusserste Mass des Entgegenkommens, zu dem er sich herbeilassen will, ist: dass er am selben 18. Juli, an dem das Kriegsheer sich auf-

---

1) Gedruckt bei Lanz III, 312—316 und neu, mit Hinzufügung des kaiserlichen Gutachtens über die einzelnen Artikel von Druffel II., 1617.
2) Druffel II., p. 650.
3) Gedruckt bei Lanz III., p. 318—329.
4) Druffel III., p. 470.
5) Lanz III., p. 321.
6) Dasselbe — vom 16. Juni — befindet sich im Dresdner Arch. Reg. III., 40, fol. 19, Nr. 3, Bl. 131/132. Kurzes Excerpt daraus bei Druffel III., p. 520.

löse, den Landgrafen seiner Haft entlasse und in die Hand eines Deputierten stelle, den der rheinische Pfalzgraf nach Köln schicken möge. Doch erst 14 Tage nach der Auflösung des Kriegsheeres solle der Landgraf seine volle Freiheit wieder erhalten.

Aus Karls Bedenken über den die Ordnung der religiösen Angelegenheit betreffenden Artikel spricht ganz die trotzige Starrheit, die er sein Leben hindurch gegenüber den Forderungen der Protestanten an den Tag gelegt hat. Zwar sei er, so äussert sich der Kaiser, gegenwärtig nicht in der Lage, einen Religionskrieg zu führen. Das könne ihn gleichwohl nicht abhalten, den Protestanten jede bindende Zusage abzuschlagen. Sein Gewissen schriebe ihm vor, so zu handeln. „Ich sehe es deutlich, dass, falls der gewährte Friedstand von Dauer ist, ich mich damit verpflichten würde, nachher beständig Ketzereien dulden zu müssen, ohne dass es ein Mittel gäbe, sie zu beseitigen. Es könnte dann der Augenblick kommen, an dem mein Gewissen mich zu dem Gegenteil verpflichtete. Immer würde ich seitdem Gewissensbisse empfinden.“ [1])

Damit indessen die Passauer Versammlung sähe, dass er einen Religionskrieg in Deutschland nicht wünsche, wolle er die Versicherung geben, sich den Beschlüssen, die über die religiöse Frage der kommende Reichstag fassen werde, zu fügen.

Betreffs der Reichsbeschwerden erkennt Karl die Verfügungen der vermittelnden Stände keineswegs an, da ja viele Punkte alle Stände des Reiches beträfen. Wenn er sich auf dem nächsten Reichstage darüber in eine Debatte einliesse, könne dies nur unter der Voraussetzung geschehen, dass Ferdinand und Max ihm die Versicherung erteilten, unbedingt auf seiner Seite zu stehen. Auch so freilich läge die Gefahr nahe, dass sie durch die Stände überstimmt oder gar von der Beratung ausgeschlossen würden. Wenn die kaiserliche Autorität vernichtet werden solle, so dürfe dies gewiss nicht unter ihm und durch ihn geschehen.

---

1) Lanz III., 321.

Bezüglich der Versicherung der Geächteten befremdet es Karl besonders, dass die Vermittler und nicht Moritz die Initiative zu dem Artikel ergriffen hätten. „Dabei zeigen sie," so äussert er bitter, „ihre brave Absicht, mich recht fest zu Dingen zu verpflichten, von denen sie sich sagen müssen, dass sie ganz unvernünftig sind."

Mit einem Worte: Karl wies den Vertrag in der Fassung, wie ihn die Passauer Stände beschlossen hatten, kurz und bündig zurück. Vorschläge seinerseits zur Formulierung der einzelnen Artikel macht er nicht. Was seine eigenste Absicht war, beweist die Bitte, die er an Ferdinand richtet: er möge die Verhandlungen noch 15—20 Tage hinschleppen. Innerhalb dieser Zeit werde sich die politische Lage klären: man werde erfahren, was die Galeeren brächten, wie sich die Türken verhielten, was Frankreich beschliessen werde, wieviele Söldner Karl aufbringen und ob er sie vereinigen könne.

Für den Fall indessen, dass Ferdinand nicht im stande ist, die Unterhandlungen länger hinzuziehen, stellt ihm Karl ein letztes anheim: er möge sich der weitgehenden Vollmacht, die er von ihm erhalten habe, bedienen und den Vertrag annehmen, wie er ist — doch mit der Einschränkung, dass Karl an den Vertrag nicht gebunden sei. Diese — geheim zu haltende [1]) — Klausel müssten Ferdinand und Max von vornherein als zu recht bestehend anerkennen.

Karl stand im Begriff, am 29. Juni dies Schreiben an seinen Bruder abzuschicken, als ein neuer Brief Ferdinands vom 28. Juni in Villach eintraf. [2]) Schon tags vorher hatte der König ihn davon unterrichtet, dass die vermittelnden Fürsten, für den Fall, dass Karl den Vertrag nicht annähme, sich wahrscheinlich mit den Gegnern verbinden würden, und hatte ihn inständig ersucht, den Vertragsartikeln zuzustimmen. [3]) Diese Bitte wiederholt er in dringendster Form in dem Briefe vom 28. Juni. Schlimme Nachrichten waren von der türkischen

1) Karl spricht von einer secrete condition Lanz III., p. 326. Vergl. über diese geheime Klausel noch Lanz III., p. 360.
2) Lanz III., 305—308.
3) Lanz III., 300—303.

Grenze her eingetroffen. Die Osmanen drohten, Transsylvanien und Ungarn zu überschwemmen. Ferdinand versichert, nicht durch seine Schuld sei dieser unglückselige Zustand herbeigeführt. Es sei ihm ganz unmöglich gewesen, Geld und Truppen aufzubringen. „Ich sehe kein andres Heilmittel", schreibt er, „als dass Ew. Maj. den hier aufgestellten Vertrag ohne Aenderungen annimmt." In lebhaften Farben schildert er dem Kaiser die Gefahren, die den Brüdern sonst drohen würden. Der Türke würde Ungarn überfluten und von da ins Reich einfallen. Die Reichsfürsten würden sich teils mit den Türken, teils mit den Rebellen vereinigen. Käme aber der Vertrag zu stande, so hofft der König bestimmt, dass die Stände den gemeinen Pfennig ihm für den Türkenkrieg bewilligen würden. „Aus allen diesen Gründen", so wiederholt Ferdinand, „rate ich Ew. Maj. nicht nur, sondern beschwöre ich sie demütig, zu handeln, wie es die Ehre Gottes, das gemeinsame Wohl und die Ruhe der Christenheit erfordert und den Vertrag ohne alle Klausel anzunehmen". [1]) Bedingungen an die Annahme des Vertrages knüpfen, hiesse freilich nichts anders, als ihn ablehnen. Es würde ja Karl, wenn erst der Friede wieder hergestellt sei, später die Gelegenheit nicht fehlen, den Aufrührern tüchtig heimzuzahlen und sie zu züchtigen, wie sie es wohl verdient hätten.

Karl wurde durch die erregten Schilderungen und Bitten Ferdinands nicht zur Nachgiebigkeit bewogen. Er bedauert das Missgeschick des Bruders, verweist aber im übrigen auf seine Einzelausführungen. [2])

Gross war die Bestürzung Ferdinands, als er die Schreiben des Kaisers erhielt. Er wagte es nicht, in der ihm übersandten Form das kaiserliche Gutachten den Ständen vorzulegen. Ein Sturm von Entrüstung würde darob entstanden sein. Was Karl über die Beschlüsse der Passauer Versammlung dachte, hatte er den vermittelnden Ständen in einem besonderen Schreiben mitgeteilt. [3]) Sie möchten anstatt den Kaiser, lieber

1) Lanz III., 306.
2) Lanz III., 328.
3) Schreiben vom 30. Juni Lanz III., 332—336.

die Gegner zum Frieden anhalten, empfahl ihnen Karl. Sie möchten ihre Pflicht, die ihnen dem Kaiser und dem heiligen Reiche gegenüber obläge, bedenken.

Am 4. Juli eröffnete Ferdinand den Vermittlern, dass Karl in die in Passau beschlossnen Artikel nicht willige. [1]) Es sei kein erspriessliches Ergebnis von weiteren Verhandlungen zu erhoffen. Ferdinand erbot sich dagegen, durch persönliche Rücksprache mit dem Kaiser diesen zur Zustimmung zu bewegen und schlug zu dem Zwecke vor: er wolle nach Villach reisen; in 8 Tagen werde er zurück sein. Der Kurfürst könne in diese Reise um so eher willigen, als dieselbe ein weiteres Hinausschieben des Datums der Freilassung des Landgrafen (24. Juli) nicht nötig mache.

Die Vermittler baten den König, die Meinung Moritzens zu diesem Vorschlage einzuholen.

Moritz hielt mit seiner Entrüstung über die Entscheidung des Kaisers nicht zurück. Er habe mit allem Eifer darnach gestrebt, dass der Friede zu stande käme. Er habe dabei seine eignen Interessen hintangesetzt und nur seine Ehre und das Wohl der deutschen Nation im Auge gehabt. Seine fürstlichen Genossen hätten Verdacht gegen seine Absichten geschöpft. Er habe sich nicht darum gekümmert. Jetzt, da Karl trotz alledem den Vertrag ablehne, sei das schlimmste vorauszusehen. Er wolle nichts destoweniger weiter für den Frieden thätig sein. Wenn er zu Markgraf Albrecht komme, würde er auf ihn einzuwirken suchen. Doch könne er keinerlei Garantie für die Fortdauer des Waffenstillstands übernehmen.

Die Ausführungen des Kurfürsten lassen erkennen: er hat die Hoffnung aufgegeben, dass der Vertrag zu stande komme. Er hält die Möglichkeit für ganz ausgeschlossen, dass die Fürsten im Feldlager dem Kaiser weitere Zugeständnisse machen würden. Mit Mühe erreichte König Ferdinand von ihm die Zusage: er werde darnach streben, dass seine Mitverwandten

1) Ueber die Verhandlungen des 4. Juli geben uns Nachricht — ausser Hunds Protokoll — zwei ausführliche Berichte im Dresdn. Arch. Reg. III., 40, Fol. 19, Nr. 2, Bl. 69 ff. u. Bl. 63 ff.

bei dem Bewilligten blieben, falls der Kaiser den bisherigen Beschlüssen simpliciter zustimme.

Die Vermittler traten jetzt offen auf Moritzens Seite. Als Ferdinand vor ihnen erklären liess, dass die Antwort des Kurfürsten „solchen Irer kon. maj. begern etwas ungemes gefallen“ sei, erwiderten sie: „Sovil s. churf. gn. anzeigung und bescheene ausserung, wie sie sich in dieser handlung verhalten, anlange, wussten sie sich anders nit zu entsinnen, dan das sich s. churf. gn. jeder Zeit freuntlich, gutwillig und gnediglich hetten finden lassen und spurten sovil, das s. churf. gn. den gemeinen nutz deutscher Nation wolbedacht und zu fried und Ruhe geneigt were.“ [1]) Noch einige Tage später, am 7. Juli, berichtete Mordeisen dem Kurfürsten Moritz über die Stimmung der Stände: „Man helt die keiserliche Resolution alhier für ein Spanische hopfart, das man die reputation dodurch wil erhalten, weil sie sonst zimblich gefallen.“ [2])

Moritz verstand es, sich die erbitterte Stimmung der Passauer Stände zu nutze zu machen. Wie vor seiner ersten Abreise ins Kriegslager, so verlangte er auch jetzt von ihnen die Zusage, dass sie sich dermassen erzeigten, „damit s. ch. gn. und die Iren uber solche gescheene bewilligung nicht beschwert würden.“

Die Vermittler antworteten: „sie verständen sich zu s. ch. gn. alles gutten willens und welten sich auch desselben hinwiderumb der Zeit gegen s. ch. gn. freuntlich befleissigen.“ [3])

Am 5. Juli, in der Frühe, reiste Kurfürst Moritz wieder ins Kriegslager ab. Sein längeres Verweilen in Passau würde zwecklos gewesen sein. Dagegen war seine Anwesenheit im Feldlager in hohem Masse erforderlich.

Am selben 5. Juli wurden der Marschall Georg von Pappenheim, Dr. Ulrich Zasius und eine Reihe andrer Gesandter vom Könige Ferdinand und den Ständen ins Feldlager abgefertigt. Sie erhielten den Auftrag, nach Kräften für eine Verlängerung des Waffenstillstandes einzutreten und nicht eher nach Passau

1) Dresd. Arch. l. c. Bl. 77.
2) Das Schreiben Dresdner Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 12, Bl. 415.
3) Dresdner Arch. Reg. III., 66 f. 164, Nr. 12, Bl. 71b.

zurückzukehren, als bis sie die Ueberzeugung gewonnen hätten, dass die Verlängerung sicherlich nicht zu erreichen sei. [1])

In der Nacht des 6. Juli, früh um 3 Uhr, machte sich Ferdinand auf den Weg nach Villach, zum Kaiser.

Es waren in den letzten Tagen besondere Umstände eingetreten, die den König bewogen, seine äusserste Kraft für das Zustandekommen des Passauer Vertrages einzusetzen. Die Türkengefahr hatte eine den ganzen Bestand seiner Herrschaft in Ungarn gefährdende Gestalt angenommen. Wir sahen, wie Ferdinand bereits am 28. Juni den Kaiser davon in Kenntnis setzte. Der Vesier Ahmed-Pascha war mit einem grossen Heere vor Temesvar gezogen, der Statthalter Ali Pascha bedrohte die Felsenburg Dregely. [2]) Gleichzeitig wüteten Aufstände im Innern der an der türkischen Grenze gelegenen Provinzen. Die aufrührerischen Szekler, erbittert über ein Edict der Pressburger Versammlung betr. die Restitution der Güter, die sich in den Händen von Ungläubigen befänden, gingen unter Anführung des Thomas Michael ins türkische Lager über. „Wenn wir vorher einige Hoffnung auf die Hülfe der Szekler setzten“, schreibt verzweifelnd am 16. Juni der Feldherr Ferdinands an den König Maximilian, „was sollen wir jetzt thun, da sie mit den Feinden gegen uns im Bunde sind. Wahrlich ich sehe kein Mittel, bei dieser Lage der Dinge Rettung zu schaffen.“ [3])

Würde es Ferdinands Ueberredungskunst zu Wege bringen, durch den Hinweis auf die Türkengefahr den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu stimmen?

Denkwürdig sind die Unterhandlungen, die Karl und Ferdinand in den Tagen vom 8.—10. Juli mit einander pflogen. [4])

1) Instruction Ferdinands und der Stände für die Gesandten. Dresdn. Arch. Reg. III., 40, Fol. 19, Nr. 3, Bl. 186—88.

2) S. Hammer, Geschichte des osm. Reiches II., 220—222.

3) Das Schreiben des Castaldo an Maximilian bei Buchholz IX., 588. Vergl. auch Buchholz VII, 302.

4) Ferdinand war am 7. Juli Abends in Villach angekommen. Karl an Rye und Seld. 11. Juli. Lanz III., 361. Die genaue Kenntnis der Verhandlungen verdanken wir dem Berichte vom 10. Juli bei Lanz III., 358—360 und bes. dem Schreiben Karls aus Lienz an Maria vom 16. Juli. Druffel II., Nr. 1658. (Ungenügendes Excerpt daraus bei Lanz III., 377).

Zwei entgegengesetzte Anschauungen stiessen hier heftig aufeinander: Ferdinand, wenngleich für seine Person vornehmlich durch territorialpolitische Interessen bestimmt, ward thatsächlich der Vertreter des Willens der Nation, indem er vom Kaiser Frieden und Duldung der protestantischen Religion heischte — Karl hielt zäh an dem Programme seines Lebens fest, entschlossen, den Gegnern jedes principielle Zugeständnis zu verweigern.

Er war, seitdem er am 30. Juni Ferdinand und den Ständen den Absagebrief geschickt hatte, auf der bisher beschrittenen Bahn weitergegangen. Er hatte sich ganz in den Gedanken eingelebt, in kurzer Zeit den Krieg gegen die Rebellen zu eröffnen. Am 2. Juli hatte er Schreiben an Ulm und Frankfurt gerichtet, in denen er den getreuen Reichsstädten baldige Hülfe gegen ihre Bedränger zusagte. [1]) Seine Rüstungen seien vortrefflich gediehen, so schrieb er an die Frankfurter. Täglich sei er in emsiger Arbeit, noch mehr Kriegsvolk in seinen Dienst zu nehmen, „also dass wir mit verleihung göttlicher hülf der ufrührischen muthwillen frevel und vorhaben dermassen stattlich zu begegnen verhoffen, dass ihr und andere gehorsame städt und stände ihres hochmuts wohl geuberigt werden sollet.“

Lange währte der Kampf der Meinungen. Ferdinand brachte alle Argumente vor, die auf den Kaiser Eindruck machen könnten. Er übermittelte ihm die Erklärung der Stände: der Kaiser möge sie im Voraus entschuldigen, wenn sie von den Kriegsfürsten gezwungen würden, gegen ihn zu Felde zu ziehen. Er legte mit beweglichen Worten seine Notlage dar — unter Thränen den Bruder beschwörend, in den beschlossnen Vertrag zu willigen. [2]) Karl blieb nicht ungerührt. Die Ausführungen Ferdinands erregten „mein lebhaftes Mitgefühl“, schreibt er an Maria, „so dass ich ihm meinen sehnlichen Wunsch zu erkennen

1) Das Schreiben an Ulm bei Druffel II., Nr. 1624. Das Schreiben an Frankfurt in Quellen zur Frankfurter Geschichte ed. Grotefend. Bericht des Neuhaus. Band II., p. 436/37.

2) Druffel II., p. 683 et fut ceste partie accompagné de grandes larmes.

gab, alles, was mir nur irgend möglich sei, für die Besserung seiner Lage zu thun, nur nicht, was gegen mein Gewissen wäre." [1])

Der Punkt aber, bei dem Karls Gewissen ins Spiel kam, war eben der wesentliche. Das schliessliche Ergebnis der Unterredung war nur ein sehr unvollkommenes. In den ewigen Friedstand hat der Kaiser nicht gewilligt. Desgleichen hat er die Competenz der Passauer Versammlung, die Reichsgravamina zu erledigen, nicht anerkannt.

Immerhin blieben Ferdinands Vorstellungen nicht erfolglos. Der Kaiser liess mit Rücksicht auf die Notlage seines Bruders seine Bedenken bezüglich aller übrigen Artikel fallen. Sie haben unveränderte Aufnahme in den definitiven Passauer Vertrag gefunden. Und wenn er auch gegen die Beschlüsse der Stände über die Punkte Religion und Reichsbeschwerden Einsprache erhob, so wurde er jetzt doch bewogen, seine Wünsche bezüglich derselben schriftlich aufzusetzen und dem Könige einzuhändigen.

Die beiden kaiserlichen Artikel über Religion und Gravamina finden wir in der schliesslich zu Passau beschlossnen und von den Parteien angenommenen Fassung des Vertrages wieder.

Der Artikel „Religion" stimmt in den Bestimmungen von dem Abschnitt an: „Es sollen auch der jetzigen Kriegsübung" etc. [2]) wörtlich überein mit dem, was in Passau früher beschlossen war. In den vorhergehenden Abschnitten enthält er besonders zwei von den Passauer Beschlüssen abweichende Bestimmungen. Die kursächsischen Räte Karlowitz und Mordeisen haben die Bedeutung derselben, als sie Kenntnis von den kaiserlichen Artikeln erhielten, richtig erkannt und in einem Schreiben vom 15. Juli dem Kurfürsten Moritz dargelegt. [3]) Einmal wurde der Friedstand nicht bis zur völligen Religions-

1) Diese Wendung wiederholt Karl im Schreiben an Rye und Seld vom 11. Juli. Lanz III., 361.

2) Hortleder II., p. 1319.

3) Dasselbe findet sich Dresdn. Arch. Reg. III., f. 19, Nr. 2, Bl. 117 ff. Der Auszug bei Druffel II., Nr. 1654 ist — bes. am Anfange — nicht genügend.

vergleichung gewährt, sondern nur bis zum nächsten Reichstage. Zweitens: die Beschlüsse, die dieser Reichstag in der religiösen Frage treffen werde, sollten unbedingt bindend sein. Es lag hier — so führten die kursächsischen Gesandten aus — die Gefahr vor, dass die Protestanten, wie es bereits früher des öfteren geschehen war, von den katholischen Ständen überstimmt würden. Leicht konnten alsdann wiederum Zustände eintreten, wie sie durch die Einführung des Interims in Deutschland hervorgerufen waren.

Der Artikel, den der Kaiser über die „Reichsbeschwerden" aufstellte, lautet in seinen zwei ersten Abschnitten genau, wie die Beschlüsse der Passauer Versammlung. [1]) Eine andere Fassung hat dagegen der 3., seinem Inhalt nach wichtigste Absatz. Die Vermittler hatten ja, wie wir sahen, darauf verzichtet, sogleich in Passau an die Beratungen über die gravamina heranzugehen. Aber sie hatten sich das Privilegium sichern wollen, auf dem nächsten Reichstage oder auf einer andern Versammlung allein — mit Ausschluss der übrigen Reichsstände — dieselben zu erledigen und zwar sollte bei den den Kaiser betreffenden Beschwerden auch Karl von den Beratungen und Abstimmungen ausgeschlossen sein. Der Kaiser ging darauf nicht ein. Er verlangte:

1. Erledigung der Beschwerden durch alle Reichsstände.
2. Persönliche Teilnahme an den Debatten und Abstimmungen auch über die seine Person angehenden gravamina. Versicherte Karl am Schlusse des Artikels auch, sich also gnädig erzeigen zu wollen, „dass gemeine Ständ augenscheinlich spüren sollen, dass Ihre Maj. zum höchsten begehrt, alle Sachen nach der Gebühr zu richten, auch den gemeinen Nutz ihrem eignen bey weitem vorzusetzen": es ward doch die Abstellung der herrschenden Missstände in jedem einzelnen Falle von seinem Gutdünken abhängig gemacht.

In banger Spannung hatten die Passauer Stände der Rückkehr Ferdinands aus Villach und der Antwort, die er vom Kaiser mitbrächte, geharrt. Am späten Abend des 13. Juli

1) Hortleder II., p. 1320.

traf der König in Passau ein. Am folgenden Tage trug er den Ständen die kaiserliche Resolution vor. [1]) Dringend empfahl er ihnen die Annahme der Forderungen, die Karl bezüglich der Punkte Religion und Reichsbeschwerden erhob.

Nicht sofort gingen die vermittelnden Stände auf das Verlangen Ferdinands ein. Sie suchten um jeden Preis ihre frühere Position zu behaupten. Sie wiesen am 15. Juli darauf hin, dass ein immerwährender Friedstand den Katholiken, die doch der schwächere Teil wären, ebenso förderlich sein werde, wie den Protestanten. Sie wollten wenigstens die Klausel „das die strittig religion allein durch gütliche mittl ausgetragen werden sollt" in den Vertrag hineinsetzen.

Betreffs des 2. Artikels waren sie auch jetzt noch nicht geneigt, dem Kaiser Teilnahme an den ihn anlangenden Beschwerden zu gewähren.

Aber diese Bedenken wurden hinfällig durch die Erklärung, die Ferdinand abgab: der Kaiser werde „keinen Puchstaben ändern, noch den gesandten miltern bevelch geben."

Am 16. Juli haben die vermittelnden Fürsten und Gesandten in die vom Kaiser gewollte Fassung des Vertrags gewilligt. [2]) Am gleichen Tage gingen der kurbrandenburgische Gesandte Adam Trott und der jülichsche Gesandte Wilhelm von Neuhofen ins Kriegslager ab. [3]) Tags darauf folgten ihnen nach als Gesandter des Königs mit dem von Ferdinand und den Vermittlern unterschriebenen und besiegelten Vertrage der Graf Heinrich von Plauen, sowie die Gesandten der Stände Freiherr von Winnenberg, Johann von Dienheim [4]), Sebastian Nothaft und Jakob von Zitzewitz. Den Genannten lag die schwierige Aufgabe ob, die Kriegsfürsten zur Annahme des Vertrages in der veränderten Form zu bewegen.

Die Friedensverhandlungen zu Passau hatten ihr Ende erreicht. Am 18. Juli begannen die Stände, auf König Ferdinands Drängen, über den gemeinen Pfennig zu beraten. Er wünschte, sogleich das Reich zur Teilnahme an den Kämpfen zu verpflichten. Ob freilich sich des Königs Wunsch verwirklichen liess, ob eine energische Action von Reichswegen gegen die Osmanen zu stande kam — das war in jenen Tagen noch ganz ungewiss. Das hing ab von dem ferneren Verhalten des Kaisers und der Kriegsfürsten.

1) Druffel III, p. 470 ff.

2) Die an den beiden Artikeln vorgenommenen kleinen Aenderungen sind nicht von sachlicher Bedeutung. S. Druffel III., p. 531.

3) Druffel III., p. 474.

4) Auch Tynheim oder Thienheim geschrieben.

4. Kapitel.

Die Annahme des Passauer Vertrages seitens des Kurfürsten Moritz und des Landgrafen Wilhelm (2. August) und seitens des Kaisers (15. August).

Zu derselben Zeit, als die Passauer Versammlung die Vertragsartikel in der durch den Kaiser modificierten Form annahm, betrachtete man allenthalben in Deutschland die Friedensverhandlungen als gescheitert.

Verschiedner Art waren die Wirkungen, welche dieser durch das Bekanntwerden der kaiserlichen Resolution vom 30. Juni hervorgerufene Glaube auf die Handlungen der Reichsfürsten ausübte. Jene Gruppe der vermittelnden Fürsten, die vom Beginne des Krieges an nachdrücklich für den Frieden eingetreten war, fasste sogleich den Zusammentritt eines neuen Convents ins Auge.

Schon Ende Juni war eine Zusammenkunft des Herzogs von Würtemberg, des Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Jülich geplant gewesen. Christof bat den Herzog Albrecht von Baiern, zu derselben einen seiner Räte zu senden. [1]) Die genannten Fürsten hofften jetzt, die Friedensverhandlungen auf dieser Zusammenkunft erfolgreich wieder aufnehmen zu

1) Druffel II., Nr. 1600.

können: Herzog Christof liess am 11. Juli den Pfalzgrafen Ottheinrich ersuchen, ihm die Bedingungen, unter denen die Kriegsfürsten zum Friedensschlusse bereit seien, mitzuteilen.[1])

Die Kriegsfürsten indessen waren zum äussersten entschlossen. Schon während der Zeit, da Moritz der Passauer Versammlung den Entscheid seiner Genossen über ihre Beschlüsse übermittelte, hatten die Wühlereien der Franzosen es dahin gebracht, dass die Fürsten trotz ihrer — mindestens bedingten — Zustimmung zu den Vertragsartikeln den Feldzug wieder eröffneten. Die Truppen des Bundesheeres zogen von Eichstädt aus über Pleinfeld und Rotenburg nach Mergentheim in das Gebiet des Deutschordensmeisters.[2]) „Wie meine kundschaften lauten", so schreibt Zasius an Ferdinand am 10. Juli[3]), „kunden sie nicht genug wüten und tyranniziren."

Als vollends Moritz, der in Mergentheim wieder beim Bundesheere eintraf, seinen Genossen die Resolution des Kaisers mitteilte, war ihr Kriegseifer keinen Augenblick mehr zu bändigen. Und dabei war es für den Kurfürsten besonders schlimm, dass auch das Kriegsvolk, welches von seinen friedlichen Absichten Kenntnis erhalten hatte, tumultuarisch gegen ihn Partei ergriff. Es bedurfte der ganzen Energie Moritzens, um seinen Befehlen beim Heere Nachachtung zu verschaffen.[4])

Wie die Lage der Dinge war, würde der Kurfürst seine führende Stellung über das Bundesheer dauernd aufs Spiel gesetzt haben, wenn er noch jetzt den Waffenstillstand hätte aufrecht erhalten wollen. Notgedrungen musste er — mindestens für so lange, bis neue Botschaft aus Passau im Lager eintraf — von seinem bisherigen Programme abgehen und in das Fahrwasser seiner radicaleren Genossen einlenken.

Der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg tritt in diesen Tagen mehr in den Vordergrund, als Kurfürst Moritz: das offenbart sich darin, dass der evangelische Charakter des

---

1) Druffel II., Nr. 1642. Vergl. auch Druffel III, p. 549 ff.
2) Häberlin II., p. 192/193.
3) Druffel II, Nr. 1637.
4) Vergl. sein Schreiben an Mordeisen und Carlowitz vom 12. Juli. Druffel II., Nr. 1647.

Kriegsunternehmens lebhafter, als bisher, betont wird. Ein Schreiben ward am 12. Juli an den Bürgermeister und Rat von Memmingen erlassen. „Wir werden glaublich berichtet", so heisst es in demselben, „das ir uber unser offen ausschreiben und euer darauf erfolgte erklerung in der stadt Memmingen den bäpstischen pfaffen gestattet und zusehen sollet, das sie ire bäpstische messen auch andere ertichte ungegrundte ceremonieen und unchristliche abgottische greuel halten und brauchen sollen." Sie möchten deshalb „solche bäpstisch pfaffen, kirchen- und schulendiener alsbald abschaffen und inen nit gestatten, ire falsche leer und ertichte ceremonieen lenger zu üben." Wie wenig der Inhalt dieses Schreibens dem Sinne des Kurfürsten Moritz entsprechen mochte, er setzte doch mit seinen Namen unter dasselbe.[1])

Bereits am 15. Juli war im Kriegslager der Angriff auf die Stadt Frankfurt beschlossne Sache.[2]) Von hier aus waren die Bundesfürsten schon seit langem durch den kaiserlichen Obristen Hanstein bedroht worden. Gleichwohl hatten sie es, auf Moritzens Drängen hin, vermieden, gegen ihn kriegerisch vorzugehen. Indem sie sich jetzt gegen ihn wandten, begannen sie offen den Feldzug gegen den Kaiser.

Am 17. Juli erschienen die ersten Truppen vor der Stadt.[3]) Am 19. Juli war die Cernierung Frankfurts vollendet. Noch einmal waren alle bundesfürstlichen Truppen vereinigt: der Markgraf Albrecht, der seit der Capitulation Nürnbergs vornehmlich im Gebiete des Kurfürsten von Mainz gehaust hatte, und der Graf von Oldenburg stiessen vor Frankfurt mit ihren bedeutenden Truppencontingenten zu den übrigen Kriegsfürsten.

---

1) Druffel II., Nr. 1648. Unrichtig ist es, wenn Druffel das Schreiben auf die Initiative Moritzens zurückführt.
2) Vergl. das Schreiben des Herz. Joh. Albr. an den König von Frankreich bei Schirrmacher II., 179.
3) Vergl. Frankfurter Geschichtsquellen II., p. 389. Ueber die Einzelheiten der Belagerung Frankfurts sind wir jetzt vorzüglich unterrichtet durch eine ganze Reihe gleichzeitiger, in dem 2. Band der Frankfurter Geschichtsquellen abgedruckter Berichte und durch die am Schlusse desselben gegebene vortreffliche detaillierte Darstellung des Herausgebers Dr. Jung.

Das Kriegsglück war den Belagerern nicht hold. Tapfer wehrte sich die kaiserliche Besatzung Frankfurts, Sturm auf Sturm wurde abgeschlagen. Am 20. Juli erhielt vor den Thoren Frankfurts Herzog Georg von Mecklenburg eine Verwundung, der er noch am selben Tage erlag. [1])

Die Bundesfürsten liessen sich durch diese Misserfolge nicht abschrecken. Der Tod des Herzog Georg erhöhte nur noch ihre Erbitterung. Die bisher beobachtete Rücksickt auf die Neutralität der Reichsstände, liessen sie jetzt fallen. Es galt, von ihnen Pulver und Geschütz aufzutreiben, neue Mannschaften anzuwerben, wenn das Bundesheer dem von Tag zu Tag mächtiger anschwellenden Heere des Kaisers im Felde gewachsen sein wollte.

Markgraf Albrecht nutzte die Missstimmung der Bundesfürsten gegen die neutralen Reichsstände zu eignem Vorteile aus. Ein von ihm ausgesandtes Detachement unter der Anführung des Grafen von Oldenburg plünderte die kurpfälzische Stadt Oppenheim am 20. Juli. [2]) Am 22. Juli brach Albrecht selbst auf und zog, raubend und brandschatzend in die Bistümer Worms und Speyer und das Erzbistum Mainz. Mainz wurde von ihm erobert. Von Speyer aus erliess er am 28. Juli eine Aufforderung an Strassburg, sich ihm zu ergeben. [3])

Er ist erst in den ersten Tagen des Monats August nach Frankfurt zurückgekehrt, als er Kunde von der Ankunft des Grafen Heinrich von Plauen im Kriegslager und dem Beginne von Friedensverhandlungen daselbst erhielt.

Die übrigen Kriegsfürsten liessen jetzt den Markgrafen gewähren. Auch sie gaben zu erkennen, dass sie eine längere Neutralität der Reichsfürsten nicht dulden würden. An den

1) Vergl. den Bericht Pappenheims und Zasius' an Ferdinand vom 22. Juli. Druffel III., p. 546 (nicht vom 12. Juni!).

2) Vergl. Druffel III., p. 547. Hubertus Leodius p. 283. — Fälschlich lässt Voigt I., p. 333 Oppenheim von Albrecht selbst bei Gelegenheit seines Zuges gegen Worms und Mainz erobert werden. Albrecht verliess das Lager von Frankfurt erst am 22. Juli. Vergl. Frankf. Geschichtsqu. II., p. 603.

3) Voigt I, p. 334.

Pfalzgrafen Johann von Simmern, an den Pfalzgrafen Wolfgang von Zweibrücken, an den Bischof von Würzburg und an den jungen Markgrafen von Baden richteten sie in drohendem Tone die Aufforderung, rasch den Bundesfürsten Pulver zuzustellen. [1]) Dem Herzoge Christof von Würtemberg liess Pfalzgraf Ottheinrich erklären: für den Fall, dass der Vertrag nicht zu stande käme, müsse Christof bestimmt Partei ergreifen. [2]) Das gleiche forderten die Kriegsfürsten am 23. Juli von dem Kurfürsten von der Pfalz. Charakteristisch ist in dem Schreiben an den letzteren die mehrfache Erwähnung des Königs von Frankreich, die Moritz doch früher gegenüber den Fürsten und Ständen des Reiches als Anstoss erregend sorgfältig vermieden hatte. „Dieweil aber“, so heisst es in dem Schreiben, „des aller Christlichen Konigs zu Frankreich und unser aller notturft erfordern thut, das dannost von E. L. wir, wie auch von andern Fursten, Stetten und Stenden bereits bescheen, genugsame erclerung haben, ... so schicken E. L. wir demnach hirbei ein Nottell, wie unser und des Christlichen konigs zu Frankreichs notturft erfordert.“ [3]) Eine gefährliche Ausdehnung drohte der Krieg anzunehmen: das bereits gelockerte Bündnis zwischen den Kriegsfürsten und Frankreich schien sich wieder festigen zu sollen; den Reichsfürsten ward nur die Wahl gelassen, sich für oder gegen die Bundesfürsten zu erklären.

So lagen die Verhältnisse, als am 24. Juli Graf Heinrich von Plauen und die übrigen Gesandten im Feldlager vor Frank-

1) Die Aufforderungen, geschehen ca. vom 20.—22. Juli, finden sich im Dresd. Arch. Reg. III, 66 f. 164, Nr. 13, Bl. 364 ff. Keiner der Fürsten leistete der Aufforderung Folge. Wolfgang von Zweibrücken antwortete: „s. f. gn. alss ain armer furst des heiligen Römischen Reichs seind mit solchen Dingen, so zu der artlerey oder munition gehören, gar nichts gefasst.“ — Aehnliche Schreiben waren, wie das Indorsat beweist, an Kurpfalz, Jülich, Köln, Trier und Mainz geplant.

2) Massenbach an Christof 22. Juli. Druffel II., Nr. 1669.

3) Das Schreiben an den Kurfürsten von der Pfalz Dresdn. Arch. l. c., Bl. 356. — Druffel II., Nr. 1672 bietet daraus ein ganz ungenügendes Excerpt.

furt anlangten.[1]) Die nächsten Tage waren Tage voller Aufregung und Sorgen für den Kurfürsten Moritz. Die Eröffnungen, die Graf Heinrich im Namen der Passauer Stände über die kaiserliche Resolution machte, riefen die einstimmige Entrüstung der Genossen des Kurfürsten hervor. Auch Moritz selbst verhehlte sich nicht, dass durch die in den Artikeln „Religion" und „Reichsbeschwerden" vorgenommenen Aenderungen der Sinn des Vertrages ein wesentlich anderer geworden war. Ein endgültiger Friedensschluss war der Vertrag früher gewesen — in ein Provisorium war er umgewandelt [2]) Moritz zauderte, die Vertragsurkunde zu unterschreiben Einige Tage lang scheint er an eine Fortsetzung des Krieges gedacht zu haben: am 28. Juli liess er durch einen Trompeter die Besatzung Frankfurts zur Uebergabe auffordern und durch ihn verkünden: warum sie auf den Kaiser noch hofften, es gäbe keinen Kaiser mehr.[3])

Aber die Momente, die ihm eine Annahme des Vertrags empfahlen, waren schliesslich doch so gewichtiger Natur, dass er, am 2. August[4]), unter den Vertrag von Passau seine Unterschrift gesetzt hat. Nicht so sehr war für ihn hierbei ausschlaggebend der Umstand, dass sich Frankfurt nicht in seinen Händen befand.[5]) Die Beweggründe für sein Handeln liegen tiefer. Vor Frankfurt hatten Kurfürst Moritz und Landgraf Wilhelm ihr Kriegslager auf der rechten Seite des Mains genommen, Markgraf Albrecht von Brandenburg, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und der Graf von Oldenburg das ihrige auf der linken.[1]) Das Lager auf dem linken Mainufer ward alsbald der Sitz der von französischer Seite hervorgerufenen und geflissentlich genährten Opposition der Kriegsfürsten gegen Moritz. König Heinrich brauchte für die Durchführung seiner Pläne in Deutschland einen eifrigen französischen Parteigänger. Moritz liess sich als solcher nicht verwerten. De Fresse schreckte vor der Aufgabe nicht zurück, den Kurfürsten von seiner führenden Stellung herabzustürzen.

1) Das Datum bei Issleib p. 54. — Die erste, am 5. Juli von Passau abgehende Gesandtschaft war erst am 19. Juli im Feldlager eingetroffen. Ihr Verlangen, der Waffenstillstand möge verlängert werden, hatte keinen Erfolg. Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164, Nr. 12, Bl. 513/14. — Heinrich von Plauen hat offenbar sein möglichstes gethan, den Kurfürsten zur Annahme des Vertrags zu bewegen. Sonderbar klingt gleichwohl die Behauptung B. Schmidts: Das Hauptverdienst an dem Zustandekommen des Passauer Vertrages gebühre keinem andern, als dem Burggrafen Heinrich zu Meissen „aus plauischem Stamme."

2) Vergl. Moritzens Schreiben an Carlowitz und Mordeisen vom 1. August. Druffel II., Nr. 1694, sowie des Zasius Relation Nr. 1691.

3) Frankf. Geschichtsqu. II., p. 392.

4) Ueber das Datum der Annahme des Vertrags, vergl. Druffel II., Nr. 1692, Note 2 und J. Trefftz Kursachsen und Frankreich 1552—1557, p. 3, Note 1.

5) Dies nimmt Ranke V, p. 197 an.

Markgraf Albrecht, der zu beschränkt war, als dass er sich seiner ansehnlichen Truppencontingente zur Durchführung eigner, die französischen Pläne durchkreuzender politischen Ziele bedient hätte, schien eben recht geeignet, an Moritzens Stelle den Oberbefehl über die Truppen zu erhalten. Am 20. Juli liess der französische Gesandte dem Markgrafen Albrecht und dem Herzoge Johann Albrecht einen Auszug aus den Schriften zugehen, die er in der letzten Zeit von König Heinrich erhalten hatte.[2])

Heinrich hatte seinen Gesandten aufgetragen, dem Markgrafen „zu guter treu" anzusagen, „das wir seine standhaftigkeit, herliche tapfere thaten ... erstlich hochhalten und preisen, ime dargegen unsere ewige freuntschaft und geneigten willen vorheissendt." „Wo aber", so fährt Heinrich fort, „Herzog Moritz sich absondern wurde, hielten wirs vors aller beste, das der marggraf zum heubthern erwelet und andere fursten sampt irem kriegsfolk und derselben unserer monatlichen geltsumme ime zugethan wurden."

Moritz war über die französischen Intriguen zweifellos unterrichtet. Das zeigt der erbitterte Ton, in welchem er über

1) Vergl. Frankf. Geschichtsqu. II., p. 440. Wo Pfalzgraf Ottheinrich stand, ist ungewiss. Nach p. 440 auf der linken Mainseite, nach Zasius' Bericht auf der rechten. Vergl p. 595.

2) Dies Schreiben de Fresses abgedruckt bei Schirrmacher II., 180 bis 186. Erwähnt bei Voigt I., p. 332.

de Fresse sich in seinen Briefen äussert. Eine Ablehnung des Vertrags würde eine völlige Isolierung Moritzens zur Folge gehabt haben. Die eignen Kriegsgenossen würden ihm nach wie vor misstrauisch gegenübergestanden und eine selbständige politische Action seinerseits gelähmt, der Kaiser, der ihn hasste, alles darangesetzt haben, ihn zu vernichten.

Ein weiteres Moment kam hinzu. Die Nachrichten, die über Karls Truppenstärke im Kriegslager einliefen, liessen keinen Zweifel darüber, dass Karl in nächster Zeit mit erdrückender Uebermacht ins Feld ziehen werde. Der Rat von Augsburg übersandte am 18. Juli den Kriegsfürsten ein Schreiben vom 17. d. M., welches er vom Rate von Memmingen erhalten hatte.[1]) Der letztere berichtete: 4 kaiserliche Regimenter am Bodensee seien zum Schlagen bereit. Am 20. Juli würden sie gegen Ueberlingen aufbrechen und von da über Ravensburg und Memmingen gegen Augsburg ziehen, gegen welches der Hauptschlag geplant sei. In Genua seien bedeutende Truppencontingente und 2 Millionen Gold aus Spanien eingetroffen.[2]) Da die Memminger selbst ganz hülflos seien, möchten die Augsburger für sie bei den Kriegsfürsten um Hülfe bitten.

Am 30. Juli schickte der Rat von Augsburg den Kriegsfürsten neue Schreiben von den Räten von Memmingen, Ravensburg und Kempten.[3]) Der Rat von Kempten schrieb am 29. Juli: gestern sei ein Bote, der nach Innsbruck gesandt sei, nach Kempten zurückgekehrt. Der Kaiser befinde sich — nach der Mitteilung eines ihnen befreundeten Bürgers in Innsbruck — gegenwärtig bereits in Brixen. In Innsbruck erwarte man täglich die Ankunft von 12 000 Italienern und Spaniern. Innerhalb von 10 Tagen würden weitere 2000 neapolitanische Reiter und 600 Hackenschützen zu Ross eintreffen. Das augsburger Schreiben langte wahrscheinlich kurze Zeit vor der Ratification des Passauer Vertrages durch Moritz im Kriegslager vor Frankfurt an. Möglich, dass es die letzten Bedenken, die den Kur-

1) Beide Schreiben Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 13, Bl. 323.
2) In der That hatte Philipp seinem Vater eine Million Ducaten gesandt. Sepulveda XXVII., § 34 u. 35 (bei Ranke V, 205).
3) Dresdn. Arch. Reg. III., 66 f. 164 Nr. 13, Bl. 381 ff.

fürsten von einer Annahme des Vertrags abhalten konnten, beseitigt hat.

Landgraf Wilhelm hat am 2. August gleichfalls den Vertrag ratificiert. Anfangs fand er für die durch den Kaiser an den Vertragsartikeln vorgenommenen Aenderungen nur Worte der Entrüstung. Am 26. Juli schrieb er an den Kurfürsten Joachim: er solle sich in 14 Tagen einstellen, da die Passauer Handlung nichts als eitel Betrug und Gerede sei.[1]) Nur die eindringlichen Vorstellungen des Kurfürsten Moritz haben ihn dazu vermocht, die Vertragsurkunde zu unterschreiben. Unter den Motiven, die Wilhelm zur Annahme des Vertrages bewogen, stand sicherlich in erster Linie die Rücksicht auf den gefangenen Vater, dem bei einer Fortsetzung des Krieges eine Verlängerung seiner Haft oder noch ärgeres bevorgestanden hätte.

Unbeugsam verharrten dagegen auf ihrem Widerspruch gegen den Passauer Vertrag die übrigen Bundesfürsten: Markgraf Albrecht, Herzog Johann Albrecht, Pfalzgraf Ottheinrich haben denselben nicht unterschrieben.[2])

Markgraf Albrecht ward dabei ausschliesslich bestimmt durch das Verlangen, seine Brandschatzungen fortsetzen zu können und dadurch seine heruntergekommenen Finanzen aufzubessern. Er hatte gegen jeden Friedensvertrag als solchen Widerwillen. Ob er an der Seite Frankreichs oder an der des Kaisers den Krieg weiterführe, das galt ihm gleich.[3])

Als vor Frankfurt Heinrich von Plauen ihn zur Annahme des Passauer Vertrages zu bewegen suchte, antwortete er: „der Vertrag gereiche der ganzen deutschen Nation zu unwiderbringlichem Nachtheil und Verkleinerung; die Sache sei mehr für eine Verrätherei deutscher Nation zu halten, als für einen Vertrag.“[4])

Wie ehrlich diese Entrüstung gemeint war, zeigt der Um-

1) Issleib p. 54.
2) Entgegen der bisherigen Annahme, nach welcher Joh. Albr. mit unterschrieben hätte. Vergl. Ranke V., 198. Issleib p. 55. Voigt I, p. 335.
3) Ich habe nicht finden können, dass Markgr. Albr., wie Ranke V., 215 behauptet, „lebhaft die allgemeinen Interessen umfasste.“
4) Voigt I., p. 335.

stand, dass um dieselbe Zeit in Passau Albrechts Gesandter Georg von Leuchtenberg die ersten Schritte that zu dem Bündnis, welches später zwischen Karl und Markgraf Albrecht zustande kam. Leuchtenberg erklärte den kaiserlichen Gesandten Rye und Seld: der Markgraf habe grosse Lust, sich mit dem Kaiser zu verbünden. [1]) Er habe nie etwas gegen Karl unternommen. Er missbillige die Unternehmung Moritzens gegen die Klause und gegen die Person des Kaisers. Wenn man billige Mittel zu einem Friedensschlusse fände, würde er Sr. Maj. ein besserer Diener sein, als er jemals gewesen.

Wie Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Pfalzgraf Ottheinrich über den Passauer Vertrag dachten, zeigt uns ein erhaltenes Bedenken, das in jenen Tagen abgefasst ist. [2]) Eben die beiden Punkte, die Karl geändert hatte, sind ihnen unannehmbar. Die Religionshandlung werde auf einen künftigen Reichstag verschoben. Dadurch werde den Gegnern das Schwert in die Hand gegeben. Wenn dann auch eine Vergleichung zum Scheine vorgenommen würde, so könne man doch aus des Kaisers bisherigem Benehmen ermessen, „was wir für ain religion haben wurden, dan wir solle je diese dreissig jar her erlernt und nun mer erfaren haben, wie man die religion alweg gemaint hat und noch maine.“ Auch die Libertät der Reichsstände ist keineswegs genügend garantiert. Weil es nun „geferlich und beschwerlich uns furfallen will, unsere ware religion vom gegenthail weiter disputirn und dirigirn, auch unsern herrn vom Pilato zum Herode fürn und verspotten zu lassen, desgl. da die gemeinen gravamina und libertet durch den Vertrag nicht erledigt, sondern auf gefährliche Weitleuftigkeit gestellt wird“, so weigern sie

1) come si le dict marquis avoit grande envie, de se appoincter avec votre maieste. Rye und Seld an den Kaiser 18. Juli. Lanz III., 384. — Schon am 6. Juni schrieb er: „haben auch darumb unser osterreichisch herz, unserer olten fusstapfen nach, nit von uns gelegt.“ Druffel II. p. 568.

2) Gedruckt bei Schirrmacher II., 175—178. Auf der Rückaufschrift steht: der kriegsfürsten herzog Otheinrichs pfalzgrafen, herzog Johann Albrechts v. M. u. Wilhelm landgravens zu Hessen bedenken. — Ursprünglich schloss sich also auch Wilhelm der Opposition an.

sich, den Vertrag zu unterschreiben. Politische Erwägungen haben die — in ihren Wurzeln auf religiöse Bedenken zurückzuführende — ablehnende Haltung Johann Albrechts und Ottheinrichs nicht zu erschüttern vermocht.

Was Moritz nach langem Zuspruch erlangte, war, dass sie versprachen, nicht offen Protest einzulegen gegen diesen Vertrag, dass sie ihn hingehen lassen würden, ohne sich doch durch seine Bestimmungen in der Freiheit ihrer Action für gebunden zu erachten. So ward das wenigstens erreicht, dass der Welt ihre ablehnende Haltung zunächst verborgen blieb — für Moritz Gewinn genug; denn kaum würde Karl den Vertrag ratificiert haben, wenn er gewusst hätte, dass neben Markgraf Albrecht auch Herzog Johann Albrecht und Pfalzgraf Ottheinrich die Bestimmungen desselben nicht anerkännten.

Johann Albrecht insbesondere glaubte, keine Concession machen zu dürfen, ohne die Zustimmung des französischen Königs Am 2. August richtete er ein Schreiben an Heinrich II. [1]) Er benachrichtigte den König, dass er zwar die Bestimmungen des Vertrages vorläufig beachten wolle, doch den Vertrag nicht besiegelt und unterschrieben habe. Auch habe er, in Gegenwart des Kurfürsten Moritz, des Pfalzgrafen Ottheinrich, des Landgrafen Wilhelm und des Herrn von Heydeck feierlich erklärt: falls der König von Frankreich eine Fortsetzung des Krieges wünsche, solle sofort seine für den Augenblick gegebene Zustimmung zu den Vertragsartikeln „nichtig und uncrefftigk“ sein. Mit gutem Rechte konnte Herzog Johann Albrecht in späterer Zeit seinen Räten erklären: er habe den Passauer Vertrag nicht anerkannt, er sei dem Bündnis mit Frankreich getreu geblieben. [2])

Ottheinrich handelte, wie Johann Albrecht. [3])

1) Dieser wichtige Brief ist gedruckt bei Lisch, Urkundensammlung zur Geschichte des Geschlechtes von Maltzan V., p. 268/269. Vergl. auch des Herzogs Schreiben vom 7. August ib. p. 270/271.

2) Diese Erklärung geschah am 3. Juni 1566. Schirrmacher I., p. 199. Anm. 4. Vergl. zu der Haltung Joh. Albrs. auch Frankf. Geschichtsquellen II, p. 420.

3) Vergl. Frankf. Geschichtsqu. II, p. 453.

Für den König von Frankreich war dieser Ausgang der Dinge äusserst günstig. Moritz hatte dem Einflusse, den er durch seinen Gesandten auf die übrigen Kriegsfürsten ausübte, nicht mit Erfolg entgegenzuarbeiten vermocht. Nach wie vor waren Markgraf Albrecht, Pfalzgraf Ottheinrich und Herzog Johann Albrecht bereit, in den Dienst Frankreichs ihre Waffen zu stellen. „Wiewohl Herzog Moritz und der junge Landgraf sich von der Liga zurückgezogen haben", so heisst es in einem aus der Umgebung König Heinrichs hervorgegangenen Schriftstücke [1]), „.... so sind doch Markgraf Albrecht, die Herzöge von Mecklenburg [2]), Ottheinrich, Wilhelm von Braunschweig, der Graf von Mansfeld mit den ihnen verbündeten Städten und Staaten — sei es durch offene Erklärungen, sei es geheim [3]) — fest beim Bunde geblieben mit ihren gesamten Streitkräften, unter dem Schutze [4]) des Königs und der Führung des Markgrafen Albrecht von Brandenburg."

Auch Kurfürst Moritz glaubte, bei dem bedenklichen Inhalte einiger Vertragsartikel, die Fühlung mit Frankreich nicht ganz fallen lassen zu dürfen: er hat, noch vor Frankfurt, mit dem französischen Könige neue Unterhandlungen angeknüpft. [5]) Aber er bewies durch sein Verhalten, dass er es mit der Ausführung der Vertragsbestimmungen ernst meinte.

Am 2. August einigte er sich mit dem Grafen Heinrich von Plauen noch über einige Punkte, die im Vertrage nicht geregelt waren. [6]) Heinrich musste versichern, dass das vom Kaiser unterschriebene Original dem Kurfürsten am 20. August [7]) in Donauwörth eingehändigt würde. Die Frage der Restitution wurde in diesem Nebenvertrage endgültig geregelt: Fürst

1) Ribier II, p. 421.

2) Herzog Joh. Albrs. Bruder, der Herzog Christof, befand sich damals als Geisel in Frankreich.

3) tant declarez que secrets.

4) protection.

5) Vergl. darüber J. Trefftz, Kursachsen u. Frankreich 1552—1557.

6) Dieser „Nebenvertrag" befindet sich im Dresdn. Arch. Reg. III, 66 f. 164, Nr. 12, Bl. 571—73.

7) Nicht am 15. August, wie Issleib p. 55 angiebt.

Wolf von Anhalt, die hessischen Räte Wilhelm von Schachten und Hermann von der Molsberg, der Rheingraf Johann Philipp, Reckerode, Schärtlin und Reiffenberg sollten ihre Güter und Lande wiedererhalten. Dafür versprach Moritz, „sampt seinen Ch. Gn. mitverwandten hinfürth gegen menniglich den frieden zu halten."

Der Verabredung mit Heinrich von Plauen gemäss gab Moritz am folgenden Tage, dem 3. August, seinen Truppen den Befehl zum Aufbruch aus dem Lager vor Frankfurt.

Die Söldner des Kurfürsten waren im höchsten Masse erbittert darüber, dass ihnen die sicher erhoffte Beute, die sie nach der Einnahme Frankfurts zu machen gedachten, entging. Ihrem seit langem angesammelten Groll gegen den verhassten Feldherrn machten sie in einem furchtbaren Tumulte Luft. [1]) Den Officieren versagten sie den Gehorsam. Ganze Scharen von Reitern desertierten. In geschlossner Kolonne ging das Reiffenbergsche Regiment in das Lager des Markgrafen Albrecht über. Moritz war ausser sich über die Meuterei seiner Truppen. In der höchsten Erregung gab er den Befehl, das eigne Lager in Brand zu stecken. Das Feuer griff um sich: der gesamte Proviant brannte nieder, viele kranke Knechte kamen um, mit Mühe rettete Pfalzgraf Ottheinrich sein Leben aus den Flammen. Ganz Frankfurt wurde von den aufsteigenden Rauchwolken verdunkelt.

Kurfürst Moritz hatte den Markgrafen Albrecht in dem dringenden Verdachte, das Reiffenbergsche Regiment zur Desertion verleitet zu haben. Er ersuchte ihn noch desselbigen Tages in einem Schreiben, er „wolle solche vorgessene Leute allen Deutschen zur schande bei ihrem haufen nit leiden, noch unterkomben lassen." [2])

1) Vergl. darüber die Untersuchung von Jung in Frankf. Geschichtsqu. II, p. 616/617.

2) Das Schreiben bei Schirrmacher II, 188/189. In einem Schreiben vom 3. August meldet Moritz seiner Frau, dass der Vertrag ratificiert sei. Er hofft, bald zu ihr zurückzukehren. „Doch mus ich", fügt er hinzu, „noch ein trub wetter helffen klar machen." Das Schreiben, gedruckt bei Arndt, Nonnulla de Ingenio et Moribus Mauritii. Leipzig 1806. — Seinem Bruder

Albrecht indessen dachte nicht daran, die Reiffenbergschen Truppen zurückzuweisen. Er nahm sie freudig bei seinem Heere auf. [1]) In hellem Unfrieden gingen Moritz und Albrecht aus einander. Der verhängnisvolle Krieg, welcher im folgenden Jahre zwischen beiden ausbrach, geht in seinem Ursprunge auf die Vorfälle vor Frankfurt am 3. August zurück. [2])

Moritz marschierte mit seinem Heere nach Donauwörth: von hier aus wollte er, seinem dem Könige Ferdinand erteilten Versprechen gemäss, nach Ungarn gegen die Türken ziehen. Wilhelm begleitete ihn bis Hanau und kehrte von dort in seine Heimat zurück. Vor seinem Abmarsch von Frankfurt hatte er noch seinem Vetter, dem Pfalzgrafen Ottheinrich, einige Mauerbrecher zugeschickt. [3])

Markgraf Albrecht, Herzog Johann Albrecht und Pfalzgraf Ottheinrich setzten die Belagerung Frankfurts einige Tage lang fort. Am 3. August wurde das Bombardement auf die Stadt von dem markgräflichen Lager bei Sachsenhausen aus wiederum eröffnet. Erst am 9. August hoben die Fürsten die Belagerung auf: sie überzeugten sich, dass bei der Entschlossenheit der frankfurter Besatzung an eine Eroberung Frankfurts nicht zu denken sei. [4])

Johann Albrecht zog bis Mainz zusammen mit Albrecht. Hier indessen trennte er sich von dem Markgrafen: [5]) die ideenlose Raubritterpolitik dieses verschuldeten Söldnerführers hatte in der tiefer angelegten Natur des Herzogs heftigen Unwillen hervorgerufen.

Während sich die geschilderten Ereignisse vor Frankfurt abspielten, hatte Kaiser Karl energisch seine Kriegsrüstungen

---

August trug Moritz auf, in Thüringen auf die flüchtigen Söldner zu fahnden und sie an Bäumen aufzuhängen. Issleib p. 56, Note 208.

1) Voigt I, p. 338.

2) Diese Erwägung stellt bereits G. Arnold Vita Mauritii bei Mencken II, col. 1446 an.

3) Nach Kirchner Geschichte der Stadt Frankfurt a. M. II, p. 197.

4) Frankf. Geschichtsqu. II, p. 372, 376.

5) Frankf. Geschichtsqu. II, p. 461. Ottheinrich finden wir im Oktober 1552 wieder in Neuburg, Druffel II, p. 753.

weitergeführt. [1]) Er begann es, zu bereuen, dass er seine Einwilligung zu dem Friedensschlusse mit den Reichsrebellen erteilt hatte. Versprechungen, im Affekt abgerungen, pflegen selten rückhaltlos zur Ausführung gebracht zu werden. Karl suchte nach Gründen und Ausflüchten, die ihn berechtigen könnten, die dem Bruder erteilte lästige Zusage wieder rückgängig zu machen. Neue Klauseln, die bei der Verabredung mit Ferdinand nicht vorgesehen waren, suchte er an die Annahme des Vertrags zu knüpfen. Am 25. Juli schrieb er dem Grafen Heinrich von Plauen: Moritz müsse spätestens 8 Tage nach Heinrichs Ankunft sich erklärt haben, ob er dem Vertrage zustimme. Sei diese achttägige Frist bei der Ankunft des Schreibens schon verstrichen, so wolle er noch drei weitere Tage — aber nicht mehr — hinzubewilligen. Wenn die Ratification des Vertrages durch Moritz bis dahin nicht vollzogen sei, so hielte er sich an denselben nicht mehr für gebunden. [2])

Am 7. August sandte der Kaiser von Innsbruck aus den Herrn von Andelot an seinen Bruder ab. In bündigen Worten sollte ihm dieser den kaiserlichen Entschluss mitteilen: Karl erkenne den Vertrag nicht an. [3]) Die Abfertigung Andelots geschah zu einer Zeit, da Karl bereits davon in Kenntnis gesetzt war, dass Moritz den Vertrag angenommen hatte. [4]) Sein gleichwohl ablehnendes Verhalten begründete Karl eben mit der von ihm in letzter Stunde hinzugefügten Klausel: neun Tage habe Moritz den Grafen Heinrich hingehalten. Während dieser Zeit habe er sein äusserstes gethan, Frankfurt zu erobern. Wahrscheinlich habe er den Vertrag nur ratificiert,

---

1) Karls kriegslustige Stimmung geht u. a. hervor aus seinem Schreiben an Herzog Albrecht von Baiern vom 25. Juli (Druffel II, Nr. 1677) und an den Obristen von Hanstein vom 29. Juli (Frankf. Geschichtsqu. II, 458).

2) Lanz III, 390. Vergl. auch das Schreiben Granvells an Maria vom 28. Juli bei Druffel II, Nr. 1683.

3) Die Instruction für Andelot bei Lanz III, 425—429.

4) Noch am 2. August hatte Heinrich von Plauen dem Kaiser die Annahme des Friedensvertrages mitgeteilt. Das Schreiben bei Lanz III, 409 ff. Darin interessant eine Stelle über die französischen Intriguen, p. 410. Karl erhielt dasselbe am 6. August. Vergl. Lanz III, p. 425.

weil er sich von der Unmöglichkeit, die Stadt einzunehmen, überzeugte und sich mit Anstand aus dem Handel ziehen wollte. Zudem nähme der Herzog von Braunschweig den Vertrag nicht an — wie Karl meint, aus berechtigten Gründen. Eine weitere Schwierigkeit erwachse schliesslich aus der Festsetzung des Datums der Freilassung des Landgrafen. Am 6. August sei das Schreiben des Grafen Heinrich bei ihm angelangt; am 9. bereits solle der in den Niederlanden weilende Landgraf Philipp seiner Haft entlassen werden.[1]) Das sei ein Ding der Unmöglichkeit.

Dem Briefe an Ferdinand liess Karl am folgenden Tage, dem 8. August, ein Schreiben an Maria folgen: sie solle Adam Trott[2]) und die übrigen Deputierten durch Vergnügungen hinhalten und den Landgrafen bis auf weiteren Befehl seiner Haft nicht entlassen.

In Passau hatte am 6. August Dr. Zasius die Nachricht von der Ratification des Vertrages durch Moritz den Ständen überbracht. Gross war auf allen Seiten die Freude darüber gewesen[3]) Die letzten Schwierigkeiten schienen jetzt endlich erledigt zu sein Am 8. August hat König Ferdinand die Passauer Versammlung aufgelöst.[4])

Man kann sich den Schrecken Ferdinands denken, als er durch Andelot erfuhr, dass Karl den Vertrag nun doch nicht annehmen wolle. Noch einmal hat er den Bruder bestürmt mit Bitten und Vorstellungen, das Friedenswerk nicht mutwillig wieder zu zerstören. In eingehenden Darlegungen weist er

---

1) Wie aus dem Schreiben Ferdinands vom 10. August an Karl hervorgeht, war das Datum „9. August“ durch das Versehen eines Schreibers in die Vertragsurkunde hineingesetzt. Thatsächlich hatte Heinrich von Plauen mit Moritz verabredet, dass die Freilassung Philipps am 11. oder 12. August erfolgen solle. Vergl. Lanz III, 442.

2) Dieser kurbrandenb. Rat war mit andern Gesandten zu Maria abgeschickt. Er sollte den Landgrafen Philipp nach seiner Freilassung in die Heimat zurückbegleiten. Das Schreiben bei Lanz III. 432.

3) Vergl. das Schreiben von Carlow. u. Mordeisen an Moritz vom 7. Aug. Dresdn. Arch. Reg. III, 66 f. 164, Nr. 12. Bl. 520. Erwähnt bei v. Langenn Christof von Carlowitz p. 205.

4) Issleib p. 55.

Karls Bedenken als völlig unbegründet zurück. Wolle Karl um eines kleinen Formversehens willen den Vertrag brechen, so würde alle Welt die Schuld am Vertragsbruche ihm zuschieben und auch Ferdinand würde von dem Vorwurfe nicht frei bleiben: er habe die Reichsstände mit zwecklosen Verhandlungen hingehalten und in die Falle geführt.[1])

Die Vorstellungen des Bruders haben Karl schliesslich vermocht, den Vertrag zu ratificieren. Graf Heinrich von Plauen eilte von Passau, wohin er sich vom Kriegslager vor Frankfurt aus begeben hatte, persönlich mit der Vertragsurkunde zum Kaiser. Am 15. August hat Karl in München[2]) seinen Namen unter dieselbe gesetzt.

In einem Erlasse verkündete der Kaiser die Gründe, die ihn zur Annahme des Vertrages bewogen hätten.[3]) Ob er wohl, so heisst es in demselben, zur Gegenwehr wohl bereit gewesen sei, so habe er dennoch in den Vertrag gewilligt, „damit das heylige Reich deutscher Nation eynmahl widder in fried und Ruhe gesetzt,“ „auch donebben dem Turcken und anderen der gantzen Cristenheit und des heiligen Reichs widerwertigen iren unwillen kegen denselben zu treiben, die Gelegenheit abgeschnitten“ werde. Er wolle demnach den Vertrag „in allen seynen puncten, artikeln, maynungen und begreiffungen ratificiert, bewilliget und angenommen haben, ratificieren, bewilligen und nehmen denselben auch an hie mit wissentlich und in kraft dis briffs bey unsern kaiserlichen wirden und wortten.“

In Donauwörth ward die vom Kaiser ratificierte Vertragsurkunde dem Kurfürsten Moritz durch den Grafen Heinrich zugestellt. Am 19. August fanden die letzten Verabredungen zwischen ihnen statt.[4]) Landgraf Philipp sollte am 2. September sicherlich freigelassen werden. Dass die Befreiung nicht eher

---

1) Das Schreiben Ferds. vom 10. Aug. bei Lanz III, 439—446.

2) Soweit war Karl bereits mit seinem Heere vorgerückt.

3) Gedruckt bei Druffel III., p. 532 ff. Eine notariell beglaubigte Copie von diesem Erlasse im Dresd. Arch. Reg. 40, Fol. 19, Nr. 3, eingeheftet zwischen Bl. 192 u. 193.

4) Die Verabredung im Dresdn. Arch. Reg. III, 66 f. 164, Nr. 12, Bl. 623 f.

erfolgt sei, hätte an „unvorsehenlichen furgefallenen missvorstand" gelegen.

Die langwierigen Verhandlungen über den Passauer Vertrag und seine Annahme seitens der Parteien hatten damit ihr Ende erreicht. Am 20. August verliess Moritz sein Heer und ritt in sein Kurfürstentum, um mit seinen Landständen noch vor dem Beginne des Türkenzuges einen Landtag abzuhalten.[1]

Anfang September ist er mit seinen Truppen nach Ungarn gezogen. Es ist schwer zu ermessen, welche Pläne der Kurfürst Moritz damals im Kopfe trug. Er gab stets vor, durch seine Teilnahme am Türkenkriege dem Könige Ferdinand einen Dienst zu erweisen. Die Möglichkeit aber scheint mir nicht ausgeschlossen zu sein, dass dieser ehrgeizige Politiker damit eignen dynastischen Zielen nachging: um dieselbe Zeit, als Moritz dem Könige Ferdinand das Versprechen einer Hülfe im Türkenkriege gab, entnehmen wir seiner Correspondenz mit dem Herzoge Herkules von Ferrara, dass er die Gründung eines Königreichs Ungarn unter türkischer Oberhoheit plante, an dessen Spitze er selbst treten sollte.[2]

Die beiden gefangnen Fürsten erhielten jetzt die lang ersehnte Freiheit wieder. Herzog Johann Friedrich ward am 27. August vom Kaiser förmlich zu Gnaden angenommen.[3] Landgraf Philipp wurde am 3. September seiner Haft entlassen.[4] Am 10. September traf er in Marburg ein.[5] Ergreifend war das Wiedersehen mit seinen Kindern. Beglückt schrieb Landgraf Wilhelm am 11. September an die Königin Maria, die allezeit dem gefangnen Landgrafen eine milde Herrin gewesen war und die mannigfachen Leiden seiner Gefangenschaft nach

1) Vergl. über denselben Issleib p. 59.

2) Vergl. Druffel Herzog Herkules von Ferrara etc. S. B. der Bair. Akad. 1878 p. 328/29.

3) Vergl. Issleib p. 58. Ueber die Rückkehr in seine Heimat vergl. die schönen Ausführungen Rankes V, p. 202.

4) Ueber die mannigfachen Schwierigkeiten, die seiner endgültigen Erledigung im Wege standen, bietet Duller Neue Beiträge zur Geschichte Philipps des Grossmütigen p. 247—281 reiches Material.

5) Vergl. Adam Trotts Schreiben an Moritz vom 11. Sept. Dresdn. Arch. Reg. III, 66 f. 164, Nr. 12, Bl. 687.

Möglichkeit zu lindern sich bemüht hatte, dass „vermittels gotlicher verleihung" sein „gnediger lieber her Vatter gestern alhie glucklichen und wohl angekommen sei."[1]

Die ihm durch einen Bund weniger protestantischer Fürsten bereitete Niederlage hat Kaiser Karl Zeit seines Lebens nicht zu verwinden vermocht. „Seit der Rebellion, welche Herzog Moritz von Sachsen gegen die kaiserliche Majestät unternahm," so lesen wir in einer italienischen Gesandtschafts-Instruction aus dem Jahre 1557,[2] „empfand die kaiserliche Majestät einen solchen Widerwillen gegen die Bewohner, das Benehmen und die Haltung (andamento et trame) Deutschlands, dass er keine Deutschen mehr sehen und nichts mehr von deutschen Geschäften hören konnte."

Wie Ferdinand und Moritz bemüht waren, Schwierigkeiten, die sich der Ausführung einzelner Vertragsartikel entgegenstellten, zu beseitigen: so spähte Karl alsbald nach Gründen für eine Cassation des Passauer Vertrags. „Wenn sie (d. h. die Bundesfürsten) mich täuschen", schreibt er am 1. September an Ferdinand[3], „so denkt nicht, dass ich mich noch an den Vertrag für gebunden erachte." Der Ausbruch einer lokalen Fehde im Norden Deutschlands kam dem Kaiser eben recht gelegen. Graf Wolrad von Mansfeld sammelte in der Gegend von Bremen Truppen gegen den Herzog Heinrich von Braunschweig: mit ihm verbanden sich die braunschweigischen Junker und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg. Es war gewiss willkürlich, die Teilnahme der letzteren an dieser rein localen Fehde als einen offnen Bruch des Passauer Vertrags hinzustellen — um so mehr, als ihr Gegner, Herzog Heinrich, selbst dem Vertrage seine Anerkennung versagt hatte.[4] Karl scheute sich gleichwohl nicht, diese Folgerung — die seinen Zwecken dienlich war — zu ziehen. Er schrieb an Ferdinand:

1) Duller p. 281.

2) Information des Nuntius Delphino für Cardinal Caraffa. 1557. Döllinger p. 228.

3) Lanz III, 484.

4) Vergl. Lanz III, 427.

jetzt sei er nicht mehr an den Vertrag gebunden, gemäss dem Wortlaute der Ratification. [1])

Karl hat schliesslich in einem geheimen Proteste seine Zustimmung zu dem Passauer Vertrage förmlich zurückgezogen. Wir besitzen darüber eine späte, aber unanfechtbare Nachricht. Am 3. November 1568 schrieb Granvella an König Philipp II.: Karl habe, unzufrieden mit dem Passauer Vertrage, in den Niederlanden (en Flandes) durch ein sehr ins einzelne gehendes und umfangreiches Schriftstück, von seiner Hand unterzeichnet und gegengezeichnet von Seld, gegen den Vertrag Protest eingelegt. Die Publication dieses Protestes sei unterblieben auf die dringenden Bitten Ferdinands hin, der dem Kaiser vorstellte, sie würde seinen und seiner Lande Untergang im Gefolge haben. [2])

Kein Moment spricht gegen die Glaubwürdigkeit der Angaben Granvells. Das gegebene Treuwort zu brechen, wenn Erwägungen der Nützlichkeit es anempfahlen, hat Karl nie Bedenken getragen. Bereits vor dem Abschlusse des Passauer Vertrags hat er zweimal seinem Bruder gegenüber ausgesprochen, dass er den Vertrag in der von der Passauer Versammlung beschlossnen Form zu ratificieren bereit sei, wofern ihm die Möglichkeit offen bliebe, gegen den Vertrag einen geheimen Protest einzulegen. [3])

Zudem ermöglicht ein uns erhaltner andrer geheimer Protest Karls aus dem Jahre 1551 auch für unsre Zeit einen Einblick in des Kaisers Denken und Sinnen. Am 3. Januar 1551 hat Karl in Augsburg ein geheim zu haltendes Schriftstück

1) Schreiben vom 17. Okt. bei Lanz III, 501. Ferdinand antwortete in dem Schreiben vom 27. Oktober: es wäre Karl nur gegenüber den genannten Uebertretern des Passauer Vertrags nicht mehr zum Festhalten an den Vertragsartikeln verpflichtet (Lanz III, 509) — eine Ansicht, die Karl sicherlich nicht zur seinen gemacht hat.

2) Gaschard, Correspondance de Philippe II. I. Rapport au ministre de l' Interieur p. 190 f. Döllinger p. 647. Das Verdienst, auf dies wichtige Aktenstück aufmerksam gemacht zu haben, gebührt Maurenbrecher p. 309. Vergl. ferner den Brief Granvellas gleichen Inhalts an Pfintzing vom 23. Nov. 1568 b. Gaschard l. c. p. 191.

3) Lanz III, 326. 360.

aufsetzen lassen, in dem er gegen die Bulle des Papstes Julius III. vom 13. November 1550 betr. die Wiedereinberufung des Tridentiner Concils protestierte. [1]) Karl that dies, wiewohl er vorher dem Papste seine volle Uebereinstimmung mit dessen Massnahmen hatte versichern lassen. Er that dies, trotzdem dass Julius III. sein politischer Bundesgenosse war und dass die Bulle vom 13. November nichts enthielt, was direct die kaiserlichen Interessen beeinträchtigte.

Karl hat sicherlich keine Skrupel empfunden, ein Verfahren, vor dem er gegenüber seinem politischen Verbündeten nicht zurückscheute, gegen die protestantischen Bundesfürsten einzuschlagen, die er tötlich hasste — besonders da er überzeugt war, hierfür einen formalen Rechtsgrund zu haben. [2])

Es kann nicht zweifelhaft sein: durch die Modificationen, die Karl an den Artikeln „Religion“ und „Reichsbeschwerden“ vorgenommen hatte, war der ursprüngliche Charakter des Passauer Vertrages völlig umgestossen worden. Die dauernde rechtliche Anerkennung ihres Glaubens hatten sich die Protestanten erkämpft gehabt: ein vorläufiger Friedstand blieb ihnen jetzt allein übrig, ein Friedstand, wie er schon des öfteren ihnen früher gewährt war — zu Nürnberg 1532, zu Frankfurt 1539, zu Regensburg 1541, zu Speyer 1544.

Dazu kam, dass die Ratification des Vertrages von Passau nur in sehr unvollkommener Weise vollzogen war. Auf der einen Seite hatten sich drei Bundesfürsten geweigert, ihre Unterschrift unter den Vertrag zu setzen — auf der andern der Kaiser gegen die Bestimmungen desselben geheimen Protest eingelegt.

1) Publiciert von Maurenbrecher Anhang 152. Zur Sache vergl. Maurenbrecher p. 231.

2) Wir dürfen vielleicht in dem Schreiben Karls an Ferdinand vom 18. Febr. 1553 bei Lanz III, 542 eine Hindeutung auf den geheimen Protest erblicken. Vergl. bes. die Worte Et ny aura faulte que le secret ne se garde. Dazu die Antwort Ferds. vom 4. März bei Lanz III, 549. Der Brief Karls ist aus Brüssel datiert: das würde trefflich stimmen mit der Angabe Granvells, der geheime Protest sei in den Niederlanden aufgesetzt.

Auch nach der Annahme des Vertrages blieben somit noch gefährliche Keime bestehen, die leicht zu neuen Verwicklungen und Fehden emporwuchern konnten. Es schien, als ob der Passauer Vertrag nur eine kurze Pause bringen würde in den Kampf der für die Anerkennung ihrer Religion streitenden protestantischen Stände und des an dem kirchlichen Einheitsprincip festhaltenden Kaisers.

Und doch ist dem Passauer Vertrage mehr als eine provisorische Bedeutung beizulegen. Nicht nur, dass das Kriegsfeuer, welches im Innern Deutschlands ausgebrochen war, durch ihn gelöscht ward; dass sich infolge dessen die deutschen jetzt mit ganzer Kraft gegen die äusseren Feinde des Reiches — die Franzosen und Türken — wenden konnten. Auch bleibende Folgen für das geistige Leben der Nation hat der Vertrag gehabt. Das Augsburger Interim ist durch ihn für alle Zeiten aus der Welt geschafft worden. Auf die Religionsverhandlungen zu Augsburg, die für die nächsten Zeiten zu einer definitiven rechtlichen Regelung der religiösen Frage führen sollten, haben die Beschlüsse von Passau ihre Strahlen vorausgeworfen.

Es bestand ein grundlegender Unterschied zwischen den vorläufigen Friedständen, die auf früheren Reichsversammlungen den Protestanten bewilligt waren, und dem jetzigen. Früher hatte Karl, wenn die politische Conjunctur ihm die Bundesgenossenschaft der protestantischen Reichsstände erwünscht erscheinen liess, ihnen momentanen Friedstand geschenkt — immer in der Absicht, die Ketzer zu bekriegen und zum alten Glauben zurückzubringen, sobald als sich ihm die Möglichkeit hierzu bieten würde. Hier in Passau hatten die mächtigsten Stände des Reiches im offnen Gegensatze zu dem Willen des Kaisers den Grundsatz verkündet: in Glaubenssachen müsse unbedingte Gewissensfreiheit herrschen, niemanden dürfe man „von seiner religion tringen". Die Idee der Toleranz ist in Passau zum ersten Male von einer aus katholischen und protestantischen Ständen gemischten Reichsversammlung proclamiert worden.

Karl verweigerte die Aufnahme jenes Passus, in dem der Gedanke der Toleranz ausgesprochen war, in die endgültige Fassung des Passauer Vertrages. Gleichwohl war vorauszu-

sehen, dass die Stände, wenn auf einem neuen Reichstage die religiöse Frage wiederum zur Beratung käme, dieselbe Haltung einnehmen würden, wie zu Passau. In dem Missiv, welches sie am 16. Juli ihren Gesandten an den Kurfürsten Moritz mitgaben, erklären sie: [1]) „So sollen E. L. und Ch. Gn. sich zu uns freundlich und gnediglich versehen, dass wir auf schierist künftigem reichstag alles dasjenig, so zu aufrichtung und erhaltung beharrlichs und bestendigs fridens, rue und einigkeit im h. reich Teutscher Nation immer dienstlich und fürtreglich sein kan oder mag, mit hochstem vleis befürdern wellen, nit weniger, als hie beschehen."

Als in Augsburg im Jahre 1555 die Religionsverhandlungen eröffnet wurden, hat man in der That nicht den im Passauer Vertrage enthaltenen Religionsartikel den Beratungen zu Grunde gelegt, sondern jenen ersten, von Karl verworfnen Beschluss der Stände. Ferdinand, der in Augsburg, mit kaiserlicher Vollmacht ausgestattet, mit den Reichsständen verhandelte, ward daran erinnert, dass er doch selbst diesen Beschlüssen zugestimmt habe — und er konnte dies nicht läugnen. [1])

Der Augsburger Religionsfrieden vom J. 1555 ist nicht zu verstehen ohne die Verhandlungen, die zu Passau im Jahre 1552 stattfanden.

---

1) Druffel III, p. 537.
2) Vergl. Schwabe N. S. Arch. X, 235.

Druck von C. Sell in Greifswald.



